

Stenographischer Bericht

Enquete Landtag Steiermark

„Entwicklungszusammenarbeit“

XV. Gesetzgebungsperiode – 27. Mai 2008

Beginn der Enquete: 10.03 Uhr

Präsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur Eröffnung der Enquete hören wir eine musikalische Darbietung von Frau Nikolic aus Serbien. Darf ich Sie bitten am Beginn ganz große Aufmerksamkeit dieser Darbietung zuzuwenden. Ich darf Sie bitten.

(Musikalische Darbietung von Frau Nikolic aus Serbien - Allgemeiner Beifall)

Vielen Dank unserer Saxophonistin Kristina Nikolic aus Serbien. Herzlichen Dank, dass Sie diese Enquete so feierlich eröffnet haben.

Hohes Haus, ich eröffne hiermit die Enquete des Landtages Steiermark in der XV. Legislaturperiode zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit“.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen für die Steiermärkische Landesregierung unsere Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder. Herzlich Willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich begrüße alle Abgeordneten zum Landtag Steiermark und ich darf Sie nun bitten am Ende mit einem kräftigen Applaus die ReferentInnen willkommen zu heißen.

Die ReferentInnen in der Reihenfolge der gehaltenen Referate:

Herr Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Frau Mag. Karin Kübelböck

Herr Mag. Christian Felber

Bischof der Diözese Cyangugu in Ruanda

Frau Mag Elisabeth Freiberger

Herr Josef Zotter

Herr Ing. Werner Weiss

Herr Dipl.-Ing. Dr. Burghart Zeiler

Herrn Monsignore Mag. Helmut Schüller

Frau Mag. Michaela Königshofer

Frau Mag. Doris Huber

Herr Vizekanzler a.D., Dipl.-Ing.Dr.h.c. Josef Riegler

Vertreterinnen und Vertreter der Steirischen Plattform und der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit sowie alle bisher noch nicht genannten anwesenden Damen und Herren.

Nun können Sie mit einem großen Applaus die Gäste begrüßen. (*Allgemeiner Beifall*)

Meine hochgeschätzten Damen und Herren, erlauben Sie mir einleitende Gedanken zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit“:

Entwicklungszusammenarbeit will Veränderungen bewirken. Sie sollte Ungleichheiten, Missstände und Versäumnisse beseitigen. Sie setzt sich für bessere Lebensbedingungen und Lebenschancen der Menschen ein. Denn nach wie vor besteht eine extreme Kluft vor allem zwischen Nord und Süd.

Armut, Umweltzerstörung und Gewalt machen nicht an Grenzen halt. Krisen in fernen Ländern wirken sich auf die Zukunftschancen der Menschen negativ aus. Unter dem Eindruck der in den Medien übermittelten Bilder von Hunger, Krankheit und Kriegselend denkt der westliche Mensch impulsiv an Nothilfe, also an die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Medikamenten, Kleidung und Zelten. Langfristige Probleme wie der Mangel an Zugang zu Bildung und schlechte Rahmenbedingungen für die Wissenschaft lassen sich viel schwerer in dramatischen Bildern darstellen. Aber eine funktionierende Wissensgesellschaft ist für nachhaltige Entwicklung ebenso unabdingbar wie ausreichende materielle Ressourcen. Die Versorgung mit Wasser und Elektrizität ist Grundlage jedes Fortschrittes. Bildung eröffnet neue Perspektiven und der Aufbau demokratischer Strukturen bringt Stabilität. Aber eine selbst bestimmte und dauerhafte Entwicklung kann nicht ausschließlich durch externe Inputs von Geld herbeigeführt, sondern allenfalls gefördert werden. Entwicklung bedeutet mehr als wirtschaftliches Wachstum und technologischer Fortschritt – es meint im ursprünglichen Sinn die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Vielen Ländern der südlichen Hemisphäre geht es heute nicht viel besser als zur Zeit der Erreichung der kolonialen Unabhängigkeit. Zum einen ist die jeweilige Politik dafür verantwortlich: Hausgemachte Ursachen sind z.B. in der geringen Transparenz und Verantwortlichkeit der Regierungen, prestigeträchtigen Investitionen, im wirtschaftlichen Missmanagement, im Machtmissbrauch und der fehlenden Partizipationsmöglichkeit der Bevölkerung sowie der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu sehen.

Auf der anderen Seite sind aber auch exogene Ursachen, wie die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen, wie die Verschuldenskrise, Verschlechterung der Handelsbedingungen und fehlende Zugangsmöglichkeiten zum von den Industrienationen beherrschten Weltmarkt verantwortlich.

Die Österreichische Entwicklungshilfe konzentriert sich im Wesentlichen auf sieben Schlüsselregionen in Afrika, Zentralamerika und Asien. Auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, in Südosteuropa, wirkt Österreich an der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung mit.

Die Leistungen aller österreichischen Ministerien, Länder und Gemeinden zusammengenommen betragen im Jahr 2007 1.313,40 Millionen Euro. Gegenüber dem vorangegangenen Berichtsjahr 2006 bedeutet diese eine Steigerung von 0,02 Prozent des Bruttoinlandseinkommens auf 0,49 Prozent. Erhöht wurden vor allem die Beiträge zu multilateralen Institutionen wie den Organisationen der Vereinten Nationen, internationalen Finanzsituationen sowie der Europäischen Union. Sie stiegen gegenüber 2006 um rund 30 Millionen Euro an.

Auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit wird bereits viel getan, manchmal, wie uns die Vergangenheit gezeigt hat, nicht das Richtige – wir müssen aus den Fehlern, die begangen wurden, lernen und diese zukünftig vermeiden. Bei genauerer Betrachtung dieser oftmals sehr komplexen Materie scheint eines doch so simpel zu sein: Es handelt sich vorrangig um Menschen mit Bedürfnissen, einer eigenen Lebensweise und –rythmus und speziellen kulturellen Hintergründen. Diese gilt es zu verstehen und zu respektieren. Die Beachtung systemischer und konkreter Lebenszusammenhänge der Bevölkerung in den „Dritte Welt Staaten“ sind Grundvoraussetzungen für das Funktionieren unserer bereitgestellten „Hilfeleistungen“. Lokales Wissen und die praktischen Erfahrungen dieser Menschen dürfen nicht übergangen oder diskreditiert und von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, dann wird die Entwicklungszusammenarbeit – wie dieses Wort eigentlich schon selbst erklärend sagt – auch funktionieren. Meine Damen und Herren, die heutige Enquete umfasst folgende Themenbereiche rund um die „Entwicklungszusammenarbeit“:

- „Globalisierung – wer profitiert“?
- „Die Rolle der neuen Geber (China und Indien) und ihr Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZA)“
- „Regionale Strategien in einer globalisierten Welt“
- „Der Beitrag des Landes Steiermark zur EZA“
- „Mit biofairen Produkten zum Unternehmenserfolg“
- „Nachhaltigkeit durch erneuerbare Energie“
- „Fair Schürfen“
- „Fairtrade: Verantwortung in einer globalisierten Welt“
- „Clean Clothes Kampagne““
- Das Projekt „MIRIAM“
- „Global Marshall Plan“

Meine Damen und Herren, die Enquete ist gemäß § 72 Abs. 6 GeoLT 2005 öffentlich. Sie ist die fünfte Enquete in der laufenden XV. Gesetzgebungsperiode und wurde von den Abgeordneten Walter Kröpfl, Bernhard Stöhrmann, Johannes Schwarz, Mag. Ursula Lackner, Gabriele Kolar, Ewald Persch, Karl Petinger, Mag. Gerhard Rupp, Ing. Gerald Schmid, Siegfried Tromaier und Franz Schleich am 01. März 2007 beantragt.

Zwecks Vorbereitung der heutigen Enquete wurde im Ausschuss für Europa am 13.03.2007 ein Unterausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen eingerichtet.

Die Beratungen des Unterausschusses führten zum heutigen Tagungsprogramm.

Dieses wurde in der Landtagssitzung am 11. März 2008 einstimmig beschlossen.

Für die zwölf Referate ist eine Redezeit von jeweils 10, 20 oder 30 Minuten vorgesehen.

Im Anschluss an das Statement des Bischofs der Diözese Cyangugu in Ruanda lade ich Sie zu einem Mittagsempfang im Rittersaal ein.

Nach den Vorträgen der verbliebenen ReferentInnen findet am Nachmittag eine 20-minütige Kaffeepause statt.

Den Landesrätinnen, den nominierten Abgeordneten zum Landtag Steiermark, den Referentinnen und Referenten sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die von den eingeladenen Organisationen entsandt bzw. von den Landtagsklub nominiert wurden, steht beschlussgemäß ein Rederecht zu. Ich ersuche die Damen und Herren, die von ihrem Rederecht gebrauch machen wollen, dass sie in der Sitzungsunterlage enthaltene Formular auszufüllen und beim Direktor des Landtages Steiermark an meiner rechten Seite abzugeben. Ich weise darauf hin, dass allen oben erwähnten Personen eine Redezeit von je 5 Minuten zusteht. Wir kommen nun, meine Damen und Herren, zum ersten Referat. Ich heiße Sie noch einmal herzlich willkommen zum Thema Globalisierung, wer profitiert. Der Referent ist Herr Univ. Prof. Dr. Ulrich Brand. Herr Univ. Prof. Dr. Ulrich Brand ist seit 2007 Professor für internationale Politik an der Universität Wien. Ich darf Sie nun um Ihre Ausführungen bitten. Ihre Redezeit ist mit Ihnen mit 30 Minuten vereinbart.

Univ.Prof. Dr. Ulrich Brand: Ja, schönen guten Morgen auch von meiner Seite sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Präsident des Landtages, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich möchte Ihnen zuerst einmal gratulieren, den Abgeordneten, die sich für diese Enquete stark gemacht haben. Ein Thema, was ja heute nicht ganz so oben auf der Tagesordnung steht, nämlich die Entwicklungszusammenarbeit hier zu einem Schwerpunkt zu machen und darüber zu diskutieren. Wissen zu schaffen, wie steht es eigentlich gegenwärtig mit der Entwicklungszusammenarbeit. Wie bereits gesagt wurde, bin ich seit September Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. Sie hören unschwer, dass ich der bin, der in Wien oft Piefke genannt wird. Ich weiß nicht, ob man das in der Steiermark auch sagt. Ich habe in Frankfurt studiert, promoviert und dann in Kassel am Fachgebiet Globalisierung Politik gearbeitet. Zu dem Thema auch meine Habilitation geschrieben und setze mich sehr stark empirisch mit dem Bereich der Umweltpolitik auseinander. Der Internationalen Umweltpolitik. Ich komme gestern gerade auch von der Vertragsstaatenkonferenz, der Konvention über biologische Vielfalt. Manche werden das vielleicht in der Zeitung verfolgt haben. Ähnlich wie der Timaramkonvention ist die Konvention ein Versuch international kooperativ die Erosion, also den Verlust biologischer Vielfalt – von agrarbiologischer Vielfalt – von Bilder von biologischer Vielfalt zu stoppen. Ein klassisches Feld das nur international geschehen kann. Das sind Kommunen, Länder oder auch Staaten allein gar nicht in der Lage. Ich werde darauf aber heute nicht eingehen. Ich werde auf die Konferenz noch einmal zurückfahren. Sie geht heute in die entscheidende Phase in den Verhandlungen. Ich danke dem Herrn Landtagspräsidenten auch für seine Einführung, weil er richtiger Weise gesagt hat, wir müssen heute den Kontext der EZA anders denken. Der Globalisierungsprozess ist der zentrale Kontext. Es geht eben auch bei Nichtentwicklung, Fehlentwicklung um externe Ursachen – neben internen Ursachen und die verändern sich eben im Globalisierungsprozess. Aus Fehlern lernen, auch das ist ein wichtiges Stichwort und ich möchte deshalb etwas in den nächsten eher 25 Minuten den Kontext darstellen. Ich möchte ganz kurz darauf eingehen. Was ist eigentlich Globalisierung? Ich setze das nicht voraus. Es ist ein Cach-all-Worth. Viele führen es im Mund und ich möchte ganz kurz umreißen, was ich darunter verstehe, was auch Gegenstand meiner Forschung ist.

Dann die an mich gestellte Frage, wer profitiert davon, das impliziert natürlich auch die Frage, wer profitiert nicht und möchte dann in einem ganz kleinen Einschub auf ein Thema eingehen, was wir unbedingt zusammen denken müssen. Entwicklung ist nicht mehr denkbar ohne die ökologische Krise zu berücksichtigen. Das ist nicht nur weil es mein Forschungsgegenstand ist, sondern es schlägt uns jeden Tag in den Zeitungen ja auch, sozusagen, zurück. Der Klimawandel, die Nahrungsmittelkrise. Die Thesen also, dass wir Entwicklung nicht herkömmlich als Wirtschaftswachstum, als Produktivitätsfortschritt im herkömmlichen Sinne verstehen, sondern wir müssen umdenken. Und schließlich möchte ich dann einige Anmerkungen zur Entwicklungszusammenarbeit machen. Ich muss gestehen, ich habe den Bericht hier des Landes Steiermark gerade erst gesehen. Ich kann mich also nicht auf den Bericht beziehen und bitte dafür um Entschuldigung. Es gibt verschiedene Interpretationen der Globalisierung. Ich möchte das nur ganz kurz nennen, wahrscheinlich sehen Sie das von Hinten nicht so gut, die Power-Point-Präsentation. Es gibt positive Interpretationen. Die Hauptakteure sind die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation, aber auch die sprechen seit einigen Jahren von Risiken der Globalisierung, von großen Risiken und kritische Beiträge der Globalisierung prominent von Joseph Stiglitz mit seinem Buch „Die Schatten der Globalisierung“, Georg Soros, ein Multimilliardär, der selber einer der größten Globalisierungsgewinner ist, spricht seit einigen Jahren vom „Kasinokapitalismus“, also sozusagen nicht mehr vom richtig revolviertem Kapitalismus und andere Interpretationen. Ich verstehe Globalisierung in zwei Phasen. Das ist meine Hauptüberlegung. Es ist ein Strukturbruch seit den 70iger Jahren. Es gab in den 70iger Jahren eine Krise der Weltwirtschaft, der Weltpolitik. Es gab Wachstumskrisen, es gab eine Zunahme von Arbeitslosigkeit - Österreich war nicht ganz so davon betroffen – es gab einen politischen Verlust der USA durch den Vietnamkrieg als eindeutig akzeptierter Hegemon. Es gab Suchprozesse, die ich hier nicht im Einzelnen aufzeichnen möchte, wie die Wirtschaftsdynamik und auch die politischen Gewichte wieder hergestellt werden können und eine Antwort war, ökonomische und auch politische aber vor allem ökonomische Außenöffnung. Das was wir heute kennen als Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte. Es gibt eine enorme Zunahme – ich habe in meinem Thesenpapier das mit Zahlen belegt – eine enorme Zunahme von Finanztransaktionen. Es gab eine größere Freiheit der Vermögensbesitzer, also die, die das Geld haben um es zu investieren, die konnten das durch den Abbau, beispielsweise von Kapitalsverkehrskontrollen stärker tätigen als früher und es gab eine enorme Zunahme internationaler Produktion unter dem Stichwort „Der neuen internationalen Arbeitsteilung“. Österreich hat das ja am eigenen Leib erfahren, das eben Stahlproduktion in Linz unter Druck kommt, weil Stahl in Südkorea billiger hergestellt wird, heute in China und deshalb sozusagen ganz andere Konkurrenzmechanismen wirken als eben noch in den 50iger – 60iger Jahren wirkten. Privatisierungen ist auch ein Element von Globalisierung als Strukturbruch, das eben seit den 70iger – 80iger Jahren gesagt wird, der Markt macht es besser, der Staat, die staatlichen Unternehmen sind ineffizient. Da mag vielleicht auch was dran sein, es ist ein starker Trend zur Privatisierung und auch das würde ich eben als Teil der Globalisierung bezeichnen. Auf einen Punkt möchte ich besonders eingehen, weil der in der Globalisierungsdebatte in der Regel ausgeblendet bleibt. Globalisierung ist verbunden mit Interessen. Ist verbunden mit Machtverhältnissen, Globalisierung ist kein Sachzwang, der über uns kommt. Und ein zentraler Aspekt der Globalisierung war, die Schwächung

der Gewerkschaften. Die Schwächung der Repräsentation der Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen und damit einhergehend eine Aufwertung derer, die eben Vermögen besitzen, die Kapital besitzen, die Unternehmensanteile besitzen. Ich glaube, dass ist ein ganz wichtiger Punkt, in Österreich auch, hat sich das sehr Zeit verschoben stattgefunden. Aber man kann das sehr gut an den USA, an Großbritannien, an Lateinamerikanischen Ländern verfolgen. Globalisierung hat in den einzelnen Ländern unterschiedlich stattgefunden, aber ich möchte darauf hinweisen, hinter den Entwicklungen stehen jeweils Akteure und Interessen. Es ist eben kein Prozess, der vom Himmel kam, der vom Weltmarkt allen diktiert wird. Sondern es ist Prozess, der auch hier in den Gesellschaften stattfindet. Die zweite Phase, die Beschleunigung der Globalisierung findet eindeutig nach 1989 statt. Mit dem Fall der Mauer. Gerade aus österreichischer Sicht, aus deutscher Sicht, hat sich natürlich in Osteuropa, haben sich riesige Märkte entwickelt und die Außenöffnung hat noch einmal eine ganz neue Dynamik bekommen. Auch die Privatisierungen haben eine neue Dynamik bekommen, nicht nur des ehemaligen Staatseigentums im Osten – denken Sie an die DDR – die Geschichte der Treuhand ist noch nicht geschrieben, aber die Privatisierung des Staatsvermögens in der ehemaligen DDR ist natürlich ein ganz wichtiges Thema und hat zu einer enormen Dynamisierung beigetragen. Der Staat selber ist transformiert worden, der Staat ist kein neutraler Akteur im Globalisierungsprozess sondern hat sich entwickelt zu etwas, was Joachim Hirsch, ein Politikwissenschaftler aus Frankfurt, den nationalen Wettbewerbsstaat genannt hat. Mit nationaler Wettbewerbsstaat meint Hirsch, dass die zentrale Orientierung staatlicher Politik immer stärker die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung des Standortes ist. Das war tendenziell immer so, aber das Argument ist, das seit den 80iger, 90iger Jahren verteilungspolitische Aspekte, sozialpolitische Aspekte unter Druck geraten mit dem Argument, wie stellen wir die Wettbewerbsfähigkeit her, wie wird der Standort, wie werden die Arbeitsplätze gesichert?

Das gilt für Sozialpolitiken, das gilt aber auch für Umweltpolitiken. Verfolgen Sie die Umweltdiskussion hier in Österreich, Statements von Minister Pröll, auch da wird immer wieder das Umweltthema in Verbindung gebracht mit dem Thema der Standortsicherung, mit dem Thema der Wettbewerbsfähigkeit. In Deutschland ist es wahrscheinlich noch stärker, weil Deutschland über eine relativ wettbewerbsfähige Umweltindustrie, Umwelttechnologien verfügt.

Globalisierung führt dann eben ab 1989 zu einer starken Rolle Osteuropas, konturiert heute sehr stark über die Rolle Russlands natürlich auf den Energiemärkten, aber auch die Schwellenländer. Wenn wir hier vor 15 Jahren gestanden hätten, hätten wir uns nicht ausmalen können, vor 15 Jahren, stellen Sie sich das vor, nicht ausmalen können, welche Dynamik sich in China und in Indien entwickeln wird. China wird heute die globale Werkbank genannt und Indien das globale Büro. Also die zentralen Orte, nicht die einzigen, aber die Orte, wo das Wachstum im Produktionsbereich und im Dienstleistungsbereich mit Abstand am höchsten ist. China hat immer noch Wachstumsraten von 10 bis 12 %, teilweise 14 % pro Jahr. Wie gesagt, es geht nicht alle Produktion nach China, das wissen wir. Weiterhin sind die USA der größte Produzent der Welt, aber die Wachstumsdynamik hat sich sehr stark nach China verlagert und vor allem die Lohnkosten geraten unter Druck auf Grund günstigerer Lohnkosten in anderen Ländern.

Ja und andere Länder, wir werden das nachher vom Statement des Bischofs aus Ruanda eventuell noch hören, andere Länder, afrikanische Länder, lateinamerikanische Länder werden stärker auf die Rolle von Rohstoffexporteuren zurückgewiesen, eigenständige Anstrengungen von Industrialisierung werden zerstört. Man kann das sehr gut beobachten in Lateinamerika, wo es in Ländern wie Argentinien, Mexiko, Brasilien in den 50er, 60er Jahren eine starke Industrie gab, die heute abgebaut wird, nicht komplett, aber sehr stark.

Die Dynamiken der Globalisierung, das ist dann ganz zentral für die Entwicklungszusammenarbeit, sind, dass wir zunehmende Verflechtung haben ökonomischer Art, politischer Art, sozialer Art, ökologischer Art, aber auch eine zunehmende Verwundbarkeit. Die Entitäten Graz, Steiermark, Österreich, EU sind verwundbarer gegen weltwirtschaftliche, gegen weltpolitische Schocks. Hier weniger verwundbar als in afrikanischen Ländern, als in lateinamerikanischen Ländern, weil es Instrumente gibt, mit der Verwundbarkeit umzugehen, aber auch hier durchaus verwundbar. Und die zentrale Dynamik aus meiner Sicht der Globalisierung ist, dass Effizienzkriterien, Rationalisierungskriterien in alle gesellschaftlichen Bereiche eingelagert werden. Das betrifft vor allem die Ökonomie, es betrifft aber auch die Politik, da können wahrscheinlich Politiker, Politikerinnen ein Lied davon singen. Die Methoden des New Public Management, ich würde sagen, in den staatlichen Stellen und ich kann Ihnen auch ein Lied davon singen in der Universität, wie Effizienzkriterien, Rationalisierungskriterien eingeführt werden. Das wird zur Meßlatte von allem. Wie effizient ist deine Tätigkeit, lieber Herr Professor? Wie effizient ist ihre Tätigkeit, liebe Frau Verwaltungsmitarbeiterin im öffentlichen Dienst und wie effizient seid ihr als private Unternehmen?

Ich möchte diesen Teil abschließen, um darauf hinzuweisen – und das ist heute weitgehend Konsens in der Globalisierungsforschung – dass Globalisierung nicht nur ein ökonomischer Prozess ist, sondern Globalisierung ist ein politischer Prozess, Stichwort: Nationaler Wettbewerbsstaat. Globalisierung ist ein kultureller Prozess, die Horizonte weiten sich. Mc Donalds ist heute globalisiert. Das Sendeformat „Wer wird Millionär“ ist fast globalisiert. Ja, das ist sozusagen selbst in China, in fast allen lateinamerikanischen Ländern läuft das Sendeformat „Wer wird Millionär“ und CNN brauche ich gar nicht besonders erwähnen, also eine globale Kommunikationsbranche.

Wenn aber die Globalisierung von Anfang an auch ein politischer Prozess war, dann kann die Globalisierungsdebatte nicht nur fragen, wie wird die ökonomische Globalisierung reguliert, sondern was sind die konkreten Inhalte der Politik. Sind die konkreten Inhalte von Politik eben nur ausgerichtet an der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit oder sind die Inhalte von Politik auch ökologischer Art oder sozialer Art. Also mein Argument ist hier, es geht nicht darum, den ökonomischen Prozess als eigenständigen zu sehen, sondern die ökonomische Globalisierung ist immer ein politischer Prozess. Es sind politische Entscheidungen, ob die Finanzmärkte, die reguliert werden, es sind politische Entscheidungen, ob die WTO, also die Welthandelsorganisation und ihre Liberalisierungsstrategien vorangetrieben werden, und, und, und. Also das wäre mein Take-home-Argument, wie man so schön sagt, das sollten Sie mitnehmen als These. Der Globalisierungsprozess ist auch ein politischer und auch hier im steirischen Landtag wird immer wieder entschieden, wie konkret die Globalisierung in der Steiermark gestaltet wird. Es ist kein Prozess, der über unseren Köpfen abläuft.

Ganz kurz zur aktuellen Situation, wie ich sie einschätze, eher als Auftakt für eine systematischere Diskussion und dann komme ich auf die Frage „Wer profitiert und wer verliert“.

Aus meiner Sicht beobachten wir eine Funktionskrise der Globalisierung, eine Funktionskrise durch die Krise der Finanzmärkte, eine Funktionskrise sehr stark durch die aktuelle Nahrungsmittelkrise. Ein Beispiel nur: Die Währungs- und Finanzkrise in Argentinien 2001 führte dazu, dass 60 % des Volkseinkommens, also 60 % des erwirtschafteten Bruttonominalprodukts innerhalb von kürzester Zeit weg gebrochen ist, also über die Hälfte der Wertschöpfung, für die Menschen ein ganzes Jahr arbeiten, für die sie ihre Ausgaben haben, ist weg gebrochen auf Grund der Krisen. Und auch hier kommen so langsam die Krisen an und es gibt neben der Funktionskrise eine Legitimationskrise. Es gibt ein Aufwachen in der Bevölkerung – ich gehe nachher nochmals kurz darauf ein – die sagt, diese Form der Globalisierung akzeptieren wir nicht. Deutlichster Ausdruck sind natürlich soziale Bewegungen wie Attack, ist eine zunehmende, eben auch öffentliche Diskussion, aber die Legitimationskrise zieht sich bis weit in den Alltag der Menschen herein, zieht sich bis in die Gewerkschaften herein, wie sozusagen da läuft was falsch. Es ist ein Gefühl, dass die Märkte allein es nicht richten. Und auch das hat Konsequenzen für EZA, für staatliche Politik, für die Frage von zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Die Antwort auf die Frage, wer profitiert und wer nicht, die macht es mir nun relativ einfach, weil ich vorhin, als ich in den Landtag kam, habe ich unten eben sehr informative Wände gesehen. Und auf diesen Wänden ist viel detaillierter ausgeführt, wer nicht von der Globalisierung profitiert, dass ich mir das hier weitgehend sparen kann. Das ist sehr detailliert, ich habe das auch in meinem Text nochmals in einigen Zahlen verdeutlicht.

Aber wir sollten auch fragen, wer profitiert. Und dann sollten wir nicht den Fehler machen, nur die Länder zu betrachten. Also profitiert China oder profitiert Österreich nicht oder profitiert Österreich, sondern die Frage, wer profitiert, muss sich konkreter an Bevölkerungsschichten richten. Es gibt nämlich in den Gesellschaften soziale Spaltung auch in China, auch in Indien und es ist kein allgemeiner Entwicklungsprozess nur in China.

Es profitieren „over all“, also insgesamt vom Globalisierungsprozess die Vermögensbesitzer, also die, die Geld haben, die viel Geld haben und die das Geld einsetzen können. Das ist eindeutig, das ist erwiesen. Ich nenne hier nur die 800 Milliardäre, die Zahl der Milliardäre hat enorm zugenommen, die Tausenden von Millionären nehmen auch stetig zu. Das sind die, die eindeutig gewinnen im Globalisierungsprozess. Das sind 20 % der Menschheit, die über 75 % des globalen Einkommens verfügen. Sie haben unten im Hof noch viel genauere Zahlen.

Aber auch wettbewerbsfähige Unternehmen profitieren, die eben weltweit produzieren können. Ich nenne die Automobilindustrie, die Chemieindustrie, der Maschinenbau, der eben „global sourcing“ betreibt, also der auch eben in anderen Ländern sozusagen generiert, also bestimmte Produkte, bestimmte Teile der Produktkette generiert. Banken, Versicherung, Finanzmarktakteure, das sind die Profiteure und - das sollten wir nicht vergessen – auch die Belegschaften, auch große Teile der Belegschaften von wettbewerbsfähigen Unternehmen profitieren von der Globalisierung.

In wettbewerbsfähigen Schwellenländern wie eben vor allem China und Indien profitiert ein Teil der Bevölkerung, es sind nicht die Länder allgemein – ich gehe gleich noch darauf ein – aber ein Teil der Bevölkerung, die eben in den Branchen arbeiten, die durchaus für den Weltmarkt produzieren. Dann geht es aber auch darum, was sind die konkreten Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken in China, in den Call-Centers, in Indien.

Aber anerkennen muss man, wenn man sozusagen das statistisch betrachtet, dass in China deutlich die Armut, wenn man das misst – Armut, also die extreme Armut ist ein Einkommen von unter zwei US-Dollar am Tag – durchaus abgenommen hat. Das ist nicht wenig Holz, von 880 Millionen auf 530 Millionen, also immerhin 250 Millionen Menschen haben ein Einkommen, das statistisch gesehen über der absoluten Armutsgrenze ist. Das heißt nicht, dass sie damit ein auskömmliches Einkommen haben, dass sie ein bestimmtes Konsumniveau haben, aber trotzdem sind es Kämpfe gegen extreme Armut.

Ich möchte in der knappen Zeit auf einen Aspekt hinweisen, den ich im Papier ausführlicher dargestellt habe, der mir für eine Debatte um EZA, um Umweltpolitik, um die begrenzten Ressourcen sehr wesentlich scheint.

Zwei britische Forscher Myers und Kent haben vor einigen Jahren den Begriff der „transnationalen Verbraucherklasse“ geprägt.

Sie haben gesagt, zur „transnationalen Verbraucherklasse“ zählen alle die, die Automobile, Fleisch und Elektrogeräte konsumieren. Das sind in unseren Gesellschaften fast alle, aber auch zunehmend Menschen im Globalen Süden. In China sind es ungefähr 200 Millionen Menschen, die ein Konsummuster haben von Automobil, Fleisch und Elektrogeräten, das ist natürlich viel, viel weniger als hier. Der durchschnittliche US-Amerikaner hat 34 Elektrogeräte, in China sind es nur ganz wenige, ich will das jetzt nicht auf eine Stufe stellen. Ich glaube, es gibt uns interessante Hinweise, dass eben eine globale Mittelklasse sich wirklich globalisiert. Eine Globale Mittelklasse ist nicht nur im Norden angesiedelt. Wer profitiert nicht? Aus ökologischer Perspektive die Insel Tuvalu. Tuvalu ist eine Insel, die in den nächsten Jahren im Südpazifik verschwinden wird und diese Insel hat bereits mit Australien ein Abkommen, dass die Bewohner wenn sie da nicht mehr leben können in Australien – sozusagen – Asyl bekommen, Öko-Asyl wenn Sie so wollen. Also es gibt aufgrund des Klimawandels die Veränderung von Lebensverhältnissen, dass Menschen nicht mehr leben können wo sie wollen. Das wollte ich nur am Rande als traurige Anekdote sagen. Wer profitiert nicht? Es sind insgesamt viele Lohnabhängige, vor allem die, die nicht in den wettbewerbsfähigen Branchen arbeiten. Die unter einen enormen Arbeitsdruck kommen. Die so genannten „working poor“, also das sind die Menschen die nicht mehr von ihrem Einkommen selbst bestimmt leben können, sondern dass sind die, die obwohl sie eine ganze Stelle haben, also einer Tätigkeit nachgehen nicht davon leben können und auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und es ist natürlich eine wachsende Arbeitslosigkeit, auch das sind die, die erstmals nicht von der Globalisierung profitieren. Die ärmsten 40 % der Weltbevölkerung haben ungefähr 5 % des weltweiten Einkommens, auch das sind Zahlen die unten noch einmal deutlicher ausgeführt sind und der Bischof wird uns darüber später auch noch berichten. Im subsaharischen Afrika ist die absolute Zahl derer die unter der 2 US-Dollar Grenze pro Tag liegen dramatisch angestiegen und hat sich fast verdoppelt von 290 auf fast 520 Millionen Menschen. Ja, ich will es dabei belassen und möchte nur auf

eine UNDP, also die Entwicklungsorganisation der UN hinweisen, die errechnet hat, dass die soziale Ungleichheit in 53 von 73 Ländern in den letzten 20 Jahren zugenommen hat und nur in 9 Ländern abgenommen hat. Auch das nochmals als Hinweis auf Effekte von Globalisierung. Ich wollte Ihnen als Beispiel Deutschland nennen – das werde ich jetzt aus Zeitgründen nicht machen – ich wollte darauf hinweisen, dass es eine wichtige Studie von INFRATEST – in Deutschland 2006 veröffentlicht – deutlich macht, dass zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sich nicht zu den Globalisierungsgewinnern zählt, dass nur noch ein Drittel der deutschen Bevölkerung sichere Aufstiegschancen, sichere Lebenschancen für sich reklamiert und das zweite Drittel ganz enorme Abstiegschancen hat und das untere Drittel sozusagen noch ärmer ist und enorme Probleme hat und insgesamt 10 % der Bevölkerung als so genanntes „abgehängtes Prekariat“ bezeichnet wird. Ich weiß nicht wie es in Österreich aussieht, ich vermute in der Tendenz ähnlich, aber das ist natürlich ein ganz wichtiger Befund für unserer Gesellschaft, auch wenn wir über die EZA nachdenken, weil wir ja nachdenken wollen, wie wollen wir Südthemen wie wollen wir Armut in anderen Ländern in unserer Gesellschaft verdeutlichen, wenn es in unserer eigenen Gesellschaft Verarmungsprozesse gibt. Diese Spannung müssen wir ja aushalten um die EZA zu fördern. Bei sozialökologischen Krisen – das habe ich im Papier auch ausführlich – möchte ich darauf hinweisen, dass Entwicklung nicht mehr denkbar ist als Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum, Wirtschaftswachstum. Das ist heute fast Komensens, es hat nur politisch so gut wie keine Konsequenzen. Das ist das Problem, das ist das Dilemma des Entwicklungsbegriffes, dass der oligarchische Lebensstil, also der reiche, der wohlständige Lebensstil der auf dem Rücken anderer und auf dem Rücken der Natur basiert, dass dieser Lebensstil kaum in Frage gestellt wird. Meine zweite Hauptthese heute ist, dass wenn wir die EZA auf der Höhe der Zeit formulieren wollen, müssen wir die Produktions- und Konsumverhältnisse in unseren Gesellschaften verändern. Wir sind völlig unglaubwürdig, wenn bei uns alles so weiterläuft und wir gegen Krisen in anderen Ländern agieren. Die Produktions- und Konsumverhältnisse hier müssen verändert werden. Das ist die Einsicht der ökologischen Krise und hinter dieser Einsicht können wir nicht zurück. Das wäre meine These und das erzeugt enorme Aufgaben für die EZA. In den letzten 5 Minuten möchte ich einige Konsequenzen für die EZA skizzieren. Ich habe noch nie mit so einer Uhr vor mir gesprochen, muss aber sagen, dass ist sehr angenehm – man kann die Zeit gut kontrollieren. Ja, das erste habe ich bereits gesagt, der Imperativ ist soziale und ökologische Fragen im Globalen Kontext zusammen denken und anzugehen. Das ist noch nicht die Lösung, aber wir dürfen dahinter nicht zurück. Das ist die große Einsicht der letzten 15 Jahre, seit der Rio Konferenz 1992. Das dürfen wir nicht verlieren. Wir müssen natürlich auf ökonomische Effizienz achten und auch auf politische Legitimation, die 2 großen Fragen von Ökonomie und Politik. Wir sollten sie aber wieder stärker mit Fragen der Gerechtigkeit und Fragen von wirklicher Nachhaltigkeit verbinden. Ich betone die wirkliche Nachhaltigkeit deswegen, weil der Nachhaltigkeitsbegriff derzeit weit von der Automobilindustrie gepachtet ist. Wenn Sie sich mal Werbung ansehen, es gibt kaum noch eine Autowerbung, die nicht darauf hinweist, wie nachhaltig die immer größer werdenden Autos werden. Die „Special Utility Vehicle“ sind alle sehr nachhaltig – das meine ich nicht mit nachhaltig – sondern mit wirklicher Nachhaltigkeit meine ich eine Veränderung von Produktions- und Konsumweisen. Wichtig ist auch – für die EZA, und das ist natürlich ein Grundanliegen der EZA – dass

schwächere Interessensgruppen aus dem Süden aber auch in unseren Gesellschaften sich überhaupt organisieren und artikulieren können. Wie gesagt ich komme gerade aus der Konferenz in Bonn – der Konferenz zu biologischer Vielfalt – dort sind die Indigenen Völker und die lokalen Bauern und Bäuerinnen, also die, die biologische Vielfalt erhalten, die sie über Jahrhunderte und Jahrtausende entwickelt und erhalten haben, sind überhaupt nicht angemessen repräsentiert. Sie haben überhaupt keine Artikulationsmöglichkeit und das ist ein ganz wichtiger Punkt für die EZA, diesen Bevölkerungsgruppen Artikulationsmöglichkeiten zu geben. Als normative Leitbilder beziehe ich mich sehr stark auf die UNO, die seit ungefähr 10 Jahren darauf pocht, ich meine jetzt nicht die Weltbank und den IWF, aber sehr stark die Entwicklungsorganisation der UNO. Die Umweltorganisation der UNO, also UNDP und UNEP, die sagen, wir brauchen neue Leitbilder und die Leitbilder sind so etwas wie menschliche Entwicklung, menschliche Sicherheit oder eben ein gerechter Zugang zu Ressource und Energie, also um eben raus zukommen aus der Konkurrenzmaschine Weltmarkt – aus der Wachstumsmaschine Weltmarkt. Auch wenn wir das ernst nehmen, dann bedeutet EZA nicht nur Politik wo anders, sondern dann ist EZA Gesellschaftspolitik in unserer Gesellschaft. Zum Schluss, dass Politikfeld EZA, also die staatliche Politik auf der Ebene der Kommunen, auf der Ebene des Landes, auf der Ebene des Bundes, auf der Ebene der EU muss anerkennen, dass sie ein relativ schwaches Politikfeld ist. EZA ist im Vergleich zur Wirtschaftspolitik, zur Finanzpolitik relativ schwach. Ich vermute, dass selbst hier in den Ausschüssen das sich schon spiegelt, die Musik spiegelt im Wirtschaftsausschuss, im Finanzausschuss???. Das anzuerkennen heißt aber dann darum zu ringen und ein zustehen, dass dieses Politikfeld ausgeweitet wird, ich vermute, dass es durchaus auch Dissenz gab ob diese Enquete heute stattfinden soll. Das der Stellenwert in Parteien und im Staat ausgeweitet wird. Eine Initiative könnte sein, ganz konsequent in der staatlichen Verwaltung „fair gehandelte“ Produkte zu verwenden. Kaffee, Tee, Zucker und anderes. Das wäre ein wichtiger Beitrag auf staatlicher Ebene, auf der innerstaatlichen Ebene. Staat heißt aber immer auch Regeln zu setzen, Gesetze zu machen und hier geht es meines Erachtens darum, verbindliche Sozial- und Umweltstandards einzuführen. Das ist durchaus auch im Interesse von vielen Menschen hier, das eben auch in anderen Ländern, wenn produziert wird mit verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards produziert wird und zwar nicht mit Freiwilligen. Es gibt ganz viele Initiativen für freiwillige Standards und ich denke es ist ganz entscheidend, dass diese Standards verbindlich sind. Es ist eine große Diskussion, es gibt bereits viel Erfahrung und die muss aufgearbeitet werden und muss dann politisch produktiv gemacht werden. Zum Schluss plädiere ich natürlich als Wissenschaftler dafür, dass auch die Entwicklungsforschung ausgeweitet wird. Das ist ein Graubereich in den Hochschulen, in den Forschungsinstitutionen, in Österreich – mein Eindruck – noch stärker als in Deutschland und der Bereich muss unbedingt ausgeweitet werden. Schließlich geht es darum Öffentlichkeit zu schaffen und Öffentlichkeit kann nicht nur über den Staat und über Parteien geschaffen werden, sondern es geht darum die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu stärken die zum Thema arbeiten.

Diese Initiativen brauchen Ressourcen. Diese Initiativen brauchen Anerkennung. Diese Initiativen brauchen Zugang zu Parteien zu staatlichen Unternehmen und die Erfahrung der letzten 30 Jahren EZA`s, das genau das starke Pfund der EZA ist, dass sie sich auf zivilgesellschaftliche Akteure bezieht und das sie die einbindet. Das letzte Argument hier an der Power Point, die meisten können es ohnedies nicht sehen, ist

nochmals das Argument, es geht darum EZA beginnt hier. Beginnt damit, dass unsere Lebensweise, unsere Konsumweise in Frage gestellt wird und schrittweise verändert wird zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung. Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident: Ich danke Ihnen Herr Univ.Prof. Dr. Ulrich Brand für den interessanten Vortrag. Bedanke mich auch, dass Sie die Redezeit auf die Minute eingehalten haben. So werden wir mit unserm Zeitbudget heute auskommen, wie wir uns das vorgenommen haben. Da es eine Reihe von Persönlichkeiten gibt, die sich heute für die Enquete angemeldet haben, aber nicht gekommen sind, sind im Plenumsbereich hier im Sitzungssaal Plätze frei. Wenn es im Zuschauerraum hinten Damen und Herren gibt, die die Charts und die Bilder, die hier gezeigt werden, noch besser verfolgen zu können, können Sie gerne hier im Plenum Platz nehmen. Das erleichtert die Dinge ungemein. Wir kommen nun zum zweiten Referat des heutigen Vormittags zum Thema „Die Rolle der neuen Geber (China und Indien) und ihr Einfluss auf die EZA“. Als Referentin ist hier tätig Frau Mag. Karin Küblböck. Sie ist seit 1996 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung. Ich ersuche Sie nun, Frau Magistra, um Ihre Ausführungen. Ihre Redezeit ist mit 30 Minuten vereinbart.

Mag. Karin Küblböck: Einen schönen Vormittag wünsche ich Ihnen auch.

Ich möchte auch sehr herzlich gratulieren den Veranstaltern dieser Enquete, dass hier zu so einem wichtigen und oft so unterbelichteten Thema gesprochen wird. Wir haben jetzt ein bisschen einen Themensprung. Wir gehen jetzt sozusagen von allgemein vom Thema Globalisierung zum Thema „Die Rolle Chinas und Indiens in Afrika“. Aber es ist gar nicht soweit entfernt. Es ist vielleicht gar nicht so ein Sprung, weil ja gerade China und Indien sehr wesentliche Akteure sind in diesem Globalisierungsprozess. Und wenn man sich ansieht, wie viel Anteil der Weltproduktion und des Welthandels mittlerweile von diesen beiden Ländern kommen, dann sind diese beiden Länder ein wesentlicher Teil dieses Globalisierungsprozesses. Ich möchte Ihnen zuerst Facts an Figs zur wirtschaftlichen Entwicklung von China und Indien präsentieren und dann auf China und Indien in Afrika genauer eingehen, als Handelspartner, Investor und eben auch als so genannter neuer Geber, obwohl ich dann später ausführen werden so Neu sind China und Indien nicht als Akteure in Afrika. Und dann am Schluss möchte ich gerne darauf eingehen, welche Rolle und welchen Einfluss hat jetzt die neue Rolle Chinas auf die traditionelle Entwicklungspolitik der OECD-Länder. China und Indien sind ja heutzutage auch in aller Munde. Es gibt sehr beeindruckende Wachstumsraten. 2000 – 2006 in China 10 % pro Jahr, in Indien 7 % pro Jahr. Dieses Wachstum findet statt in einem Kontext der Weltmarktintegration über Internationalen Handel, über Investitionen, über Finanzmarktliberalisierung. Die jährliche Exportsteigerung - jährlich - von 2000 – 2006 waren 23 % bzw. in Indien 16 % und mittlerweile ist es so, dass sind die Zahlen von 2006, dass China 8 % der Weltexporte für sich beansprucht. In den 1 % im Vergleich dazu die USA sind 8,6 % der Weltexporte. Und 6,5 % der Weltimporte bei den USA sind es 15,4 %. Daher kommt auch das große Leistungsbilanzdefizit, dass die USA aufweisen. Was bedeutet das? Das bedeutet natürlich eine steigende Präsenz vor allem Chinas und auch Indiens in der Weltwirtschaft und auch in der Weltpolitik. Und wenn man sich ansieht, wie hoch ist der Beitrag Chinas und Indiens im

globalen Wachstum, dann sieht man der Beitrag, sozusagen, der Beitrag, das ist das globale Wachstum gemessen in Kaufkraft. Also in lokaler Kaufkraft. Das wäre 7,4 % und der Beitrag Chinas zum globalen Wachstum ist 20 %. China trägt 20 % zum globalen Wachstum bei. Indien 7 % im März 2004. Ja, das ist die dazugehörige Tabelle. 2004 - China trägt fast 20 % zum globalen Wachstum bei. D.h. natürlich auch, durch dieses große Wachstum und durch diese großen Handelsströme gibt es einen immer steigenden Energiebedarf. Z.B. ist die Energie, der Energiekonsum in China zwischen 2000/2003 jährlich um über 6 % gewachsen. Oder z.B. wie der Konsum von Rohstahl ist recht beeindruckend, ist in dieser Zeit pro Jahr um fast 18 % gewachsen. Die Nachfrage Chinas nach Rohstoffen steigt insgesamt und das hat einen sehr engen Zusammenhang mit dem verstärkten Engagement Chinas in Afrika. Bei dieser Grafik sieht man wie hoch Chinas Anteil an der globalen Nachfrage nach, in diesem Fall, Stahl, Nickel, Kupfer, Aluminium ist und ich glaube einfach sozusagen, man sieht einfach sehr schön, wie stark in den letzten 10 Jahren die Nachfrage nach diesen Rohstoffen in die Höhe geschossen ist. Diese Tabelle können Sie dann gerne nachlesen, das ist die dazugehörige Tabelle zu der Grafik.

Dieses große Wachstum und dieser große Energiebedarf Chinas beruht sehr stark auf eine zunehmende Weltmarktorientierung. Man sieht, wie der stark der Anteil der Exporte Anbot Inlandsprodukt in China steigt. Die Exporte Chinas haben einen Anteil von 37 % an der chinesischen Produktion und auch in Indien gibt es sehr starke Steigerungsraten. Auch bei den Importen gibt es große Steigerungsraten. Und bevor ich jetzt konkret zu Afrika komme, sieht man auch, dass obwohl auch die Importe aus Entwicklungsländern relativ hoch sind in China, sind die Importe Chinas aus Afrika immer nur 3,4 % der Gesamtimporte Chinas. Aber Sie haben sich trotzdem in den letzten 10 Jahren verdreifacht, sozusagen. Auch als Anteil an den Gesamtimporten Chinas. Aber immer noch eine relativ geringe Zahl eigentlich. In Indien gehen die Zahlen in den letzten Jahren sogar ein bisschen zurück. Der Anteil der Importe aus Entwicklungsländern, das waren im Jahr 2006 1,5 % der Gesamtimporte, Indiens kamen aus Afrika. China in Afrika. China ist mittlerweile Afrikas drittgrößter Handelspartner nach den USA und Frankreich und mittlerweile Großbritannien überholt. Die wichtigsten Handelspartner sind Angola, Südafrika, Sudan, Kongo, Äquatorialguinea, Gabun und Nigeria. Hauptimportprodukte sind Rohstoffe insbesondere Erdöl und Mineralien. Da sieht man auch wie stark in den letzten 15 Jahren die Exporte Afrikas nach China zugenommen haben und auch die Importe. Die blauen Linien sind China bezogen und die gelbe und rote auf Indien. Dennoch ist es so, dass der Hauptanteil der Exporte Afrikas weiterhin in Industrieländern abgewickelt wird. Also weiterhin 68 % der Exporte Afrikas der Handelsbeziehungen finden mit Industrieländern statt. Nur 30 % mit Entwicklungsländern und man sieht hier, wie stark der Anteil Chinas gewachsen ist, von 0,29 % 1991 auf 7,89 % 14 Jahre später. Also China war eigentlich Anfang der 90er Jahre als Handelspartner Afrikas zu vernachlässigen und hat sich in den letzten 15 Jahren extrem stark entwickelt, hat sehr stark zugenommen. Bei den Importen sieht man eine ähnliche Entwicklung. 9 von 1,2 % bei der ganz linken Grafik auf 9,21 % sind die Importe Afrikas aus China.

Und hier sieht man sehr schön an ausgewählten Ländern, wie stark der Einfluss Chinas zugenommen hat. Der gelbe Bereich der jeweiligen Säulen ist auf China bezogen und man sieht, 1995, das ist die linke Spalte, ist insgesamt Sub-Saharan Africa, daneben Angola, Burkina Faso, Tschad, Demokratische Republik Kongo,

Republik Kongo, Nigeria, Sudan und Sambia. Man sieht dann sozusagen zehn Jahre später – zum Beispiel am Sudan ist es sehr schön zu sehen – welchen Anteil mittlerweile China an den Exporten Afrikas einnimmt. Also im Sudan ist momentan China der wichtigste Importeur an Rohstoffen, aber eben auch in Burkina Faso oder in Angola zählt China mittlerweile zu den größten, wenn nicht überhaupt zum größten Handelspartner.

Ja, was importiert China aus Sub-Saharan Africa? Die schwarze Fläche ist Erdöl, darüber dann ist Eisen, dann Baumwolle, Diamanten und Holz. Also man sieht, der ganz große Anteil ist Erdöl und auch sonst sind es hauptsächlich Rohstoffprodukte.

Afrika ist in den letzten Jahren zu einem umkämpften Markt geworden. Lange ist ja Afrika ignoriert worden auch von wirtschaftlichen Interessen. Es gibt sozusagen jetzt, dadurch auch China einfach verstärkt in Afrika aktiv wird, auch von anderen Industrieländern Bestrebungen, diesen Markt auch nicht zu verlieren. Es gab zum Beispiel von Seiten der USA den African Growth and Opportunity Act, wo ein Marktzugang zu den USA auch gewährt wurde. Es gibt im Rahmen der Europäischen Union die Freihandelsverhandlungen rund um die Economic Partnership Agreements, von denen vielleicht viele von Ihnen schon gehört haben, wo es auch der EU darum geht, diesen Marktzugang, sich diesen präferenziellen Marktzugang zu bewahren, wo natürlich auch China und die verstärkte Präsenz Chinas ein wesentlicher Faktor ist. Und das ist eben ein Grund, weil eben China, Indien, aber auch Brasilien und Russland als neue Akteure wahrgenommen werden. Und man muss sich die Frage stellen, weil gerade vom Westen immer wieder verstärkt Kritik kommt am Engagement Chinas in Afrika, wie seriös ist diese Kritik? Geht es den westlichen Staaten wirklich um Sorge, um das Schicksal der Afrikanerinnen, um die Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen oder geht es eigentlich um die Angst vor dem Verlust vom traditionellen europäischen und amerikanischen vorbehaltenen Marktzugang. Also das ist eine Frage, die wir uns alle stellen müssen. Woher kommt eigentlich diese Kritik am verstärkten Engagement Chinas.

China als „Neuer Geber“. China wird immer wieder sozusagen als der typische „Neue Geber“ in der Entwicklungspolitik auch bezeichnet. Wenn man sich aber anschaut, wie lange es schon diplomatische und auch wirtschaftliche Beziehungen Chinas mit Afrika gibt, dann ist China nicht so ein „Neuer Geber“ in Afrika. Es hat auch schon in den 50er und 60er Jahren immer wieder Beziehungen gegeben, auch Unterstützungen der Unabhängigkeitsbewegungen, aber auch Investitionen wie zum Beispiel in den Eisenbahnbau in Tansania oder viele andere Projekte. Aber China tritt jetzt natürlich auch im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Strategien auch als Entwicklungshilfe-Geber verstärkt in Afrika auf und hat in einem ganz wichtigen Strategiepapier von 2006 die fünf Prinzipien, die eigentlich aus den 1950er Jahren sind, wieder wiederholt als Prinzip eben für seine Afrikapolitik. Und diese fünf Prinzipien sind der gegenseitige Respekt für die Territoriale Integrität, die Nicht-Aggression, die Nicht-Einmischung in interne Angelegenheiten, die Gleichheit und der gegenseitige Nutzen und die friedliche Koexistenz.

Und eine wesentliche Voraussetzung, damit China überhaupt kooperiert mit afrikanischen Ländern und Entwicklungshilfe gibt, ist, dass die Länder eine „Ein China“ Politik haben, das heißt, dass sie Taiwan nicht formal anerkennen.

Im so genannten Forum on China and Africa Cooperation, im November 2006, das war das bis jetzt wichtigste Forum, was die Entwicklungszusammenarbeit von China mit Afrika betrifft, wurden verschiedene Zielsetzungen vereinbart. Einerseits die Verdoppelung der EZA von 2006 bis 2009. Fünf Milliarden präferentielle Kredite in dieser Zeit, dann unter anderem die Gründung des Afrika-China Development Funds, eine Schuldenreduktion für alle Heavily indebted Poor Countries, also alle hoch verschuldeten Länder in Afrika und für alle Least developed Countries, für alle ärmsten Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, eine weitere Öffnung des Chinesischen Marktes für Afrika, das heißt Zollsenkungen für Hunderte von Produkten, und weiters noch dann ganz viele andere Punkte wie zum Beispiel die Ausbildung von 15.000 Fachkräften, die Errichtung von Spitälern und Schulen, die Erbauung eines Konferenzzentrums für die Afrikanische Union und vieles mehr. Also das war ein ganz wichtiger Summit, wo auch – ich glaube, es war damals auch recht bezeichnend – dass, glaube ich, alle afrikanischen Regierungschefs anwesend waren bei diesem Summit.

Was bedeutet das jetzt, was bedeutet dieses verstärkte Engagement Chinas für die OECD-Entwicklungspolitik? Es gibt ja im Rahmen der OECD sehr starke Harmonisierungsbemühungen im Rahmen der Paris Declaration on Aid Effectiveness, die viele von Ihnen wahrscheinlich kennen, die mit Entwicklungszusammenarbeit betraut sind, weil das sozusagen die oberste Zielsetzung momentan ist, die Entwicklungszusammenarbeit zu harmonisieren, um sie effektiver zu machen, um eben mit den beschränkten Mitteln mehr zu erreichen. Da gibt es auch fünf Prinzipien:

Das eine ist das Prinzip der Ownership, also dass die Strategien, die implementiert werden, von den Ländern selbst mitgetragen und entschieden werden, also sozusagen materialisiert soll das werden, indem die Partnerländer eigene operationale Entwicklungsstrategien haben, die dann von den Gebern nur mehr unterstützt werden.

Dann das zweite Prinzip, das wichtige, ist Alignment, das heißt, dass sich die Geber anpassen an nationale Prioritäten, dass die Hilfe vorhersehbar ist, dass die Hilfe vor allem auch ungebunden ist, also nicht gebunden an Lieferungen aus den jeweiligen Staaten, die die Entwicklungszusammenarbeit leisten.

Harmonisation, das heißt gemeinsame Abläufe, nicht dass die Länder wie zum Beispiel in Tansania 200 verschiedene Berichte schreiben müssen pro Jahr an die Geber und Hunderte von Gebermissionen empfangen sollen und eben dass die Abläufe koordiniert sind, um auch den Aufwand zu reduzieren und das ganze wieder effizienter zu machen.

Managing for Results ist verstärkte Resultatorientierung, dass man eben verstärkt evaluiert, was sind eigentlich die Resultate der Entwicklungszusammenarbeit.

Mutual Accountability – gegenseitige Rechenschaftspflicht. Das sind diese fünf Prinzipien der Paris Declaration.

Und China hat einen interessanten Stellenwert in diesem Zusammenhang, weil China diese Paris Declaration zwar unterzeichnet hat, aber man weiß nicht genau, ob als Geber- oder als Empfängerland, weil China auch ein Empfängerland weiterhin von Entwicklungshilfe ist. Die Interpretation ist jetzt weithin, es hat es wahrscheinlich als Empfängerland unterzeichnet, weil es sich überhaupt nicht an diese Kriterien hält, die in dieser Pariser Deklaration festgehalten sind, vor allem, das ist jetzt der zweite Punkt auf dieser Power

Point Folie, was wichtig ist, dass China keine Daten veröffentlicht. Also es gibt immer nur so vage Schätzungen, wie viel China jährlich an Entwicklungszusammenarbeit leistet. Man glaubt, die OECD schätzt momentan circa zwei Milliarden US-Dollar, aber das ist wirklich nur eine Hausnummer, weil von China einfach keine Daten kommen.

Das Zweite, was explizit dieser Pariser Deklaration widerspricht, ist, dass die Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit explizit an chinesische Leistungen gebunden ist. Also da ist China ganz explizit und sozusagen versucht, das ganze gar nicht zu beschönen.

Die weitere Frage in Bezug auf Harmonisierung ist eben die Frage der Schuldentragfähigkeit. Die OECD-Länder und die traditionellen Geber-Länder haben sich ja in Bezug auf Afrika zu einer recht weitgehenden Entschuldung durchgerungen, die immer noch nicht weit genug geht. Aber immerhin gab es doch die HIPC-Initiative und dann in der Folge darauf die so genannte Multi level debt relief initiative die eben beide doch zu einer relativ substantiellen Entschuldung beigetragen haben.

Und es ist jetzt natürlich die Frage, wenn China sich an überhaupt keine Kriterien hält, Kredite vergibt, was passiert dann wieder mit der Schuldentragfähigkeit? Rutschen die afrikanischen Länder nicht sofort wieder in eine große Schuldenfalle und ist nicht China dann so etwas wie ein „Free Rider“ der dann profitiert davon, dass die Länder den anderen Ländern keine Schulden mehr zurückzahlen, aber dafür eben wieder Mittel frei geworden sind um an China Schulden zurückzuzahlen. Wenn man das mit chinesischen Autoritäten diskutiert, dann sagen die, na, ja aber wir erwarten eh nicht wirklich, dass wir diese Schulden zurück bekommen unser Engagement in Afrika ist ja eher ein längerfristiges und das geht es ja eher um längerfristige Beziehungen, dennoch ist es eine große Sorge der OECD Geber, was passiert eben jetzt wenn wir Schulden erlassen und China aber gleichzeitig wieder kommt und Kredite vergibt. Dann ist eben auch ein wesentlicher Kritikpunkt, dass eben China mit diesen Prinzipien der Staatssouveränität, der Nichteinmischung eigentlich Menschenrechtsverletzungen und undemokratische Praktiken unter diesen Deckmängeln legitimiert, weil eben China sagt, na ja aber wir kooperieren mit diesen Ländern und wir wollen uns eigentlich nicht einmischen, was intern in diesen Ländern passiert. Eines dieser Beispiele ist Angola. In Angola ist mittlerweile China der zweitwichtigste Handelspartner, hat langfristige Erbelieferverträge, hat die die EZA substanziell erhöht, unter anderem durch Zuschüsse und durch zinsfreie Darlehen und der internationale Währungsfonds wollte 2006 in das Kreditabkommen eine Transparenzklausel inkludieren um eben sicher zustellen, dass diese Kredite auch dafür verwendet werden was im Kreditdokument drinnen steht. Plötzlich – man wusste eigentlich am Anfang gar nicht warum, hat Angola diese Verhandlungen gestoppt, da - ist man dann draufgekommen - die Exportkreditagentur Chinas ein Darlehen von 2 Milliarden US-Dollar angeboten hat, ohne Klauseln mit jährlichen Zinsen von nur 1,7 Prozent, gebunden an Erbelieferungen, an steigende Erbelieferungen, aber eben nach dem Prinzip der „Non into finance“, d.h. es gibt keine Transparenzklauseln und es muss nicht garantiert sein, dass das Geld nicht in irgendwelchen Taschen verschwindet. Andererseits muss man natürlich sagen, dass gerade in Angola aber auch in vielen anderen Ländern, auch von chinesischer Seite wichtige Investitionen kommen, wie zum Beispiel Infrastruktur, das Schienennetz wird ausgebaut, ein Flughafen wird gebaut etc.. Es kommen auf der anderen Seite auch Mittel die das Land notwendig braucht. Ich glaube gleichzeitig zu diskutieren, wenn von

China jetzt mehr Mittel kommen ob dann die Abhängigkeit von der Weltbank reduziert wird, was das auch für afrikanische Länder bezüglich ihrer Konditionalitäten kann man auch sagen ist natürlich auch ein großer Vorteil und könnte auch für die afrikanischen Staaten mehr an Gestaltungsspielraum bringen. Aber in Angola ist eben wirklich die Frage wie eine so korrupte Regierung mit fehlenden demokratischen Strukturen, wie das gehen soll, dass Kredite wirklich einem vernünftigen Zweck zugefügt werden. Es gab dann auch Proteste von der angolanischen Bevölkerung oder auch von Unternehmen die eben dagegen protestierten, dass eben diese Erdöllieferungen als Bedingung für die Kredite auferlegt wurden. Vor allem steigende Erdöllieferungen. Die Vorteile der chinesischen Entwicklungspolitik in Afrika, es kommen dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur. Durch die steigende Nachfrage nach Rohstoffen steigen auch die „Terms of Trade“ d.h. es verbessern sich die Austauschbedingungen die ja jahrelang sich verschlechtert haben. Die Auswahl afrikanischer Regierungen wird größer, wenn es um finanzielle Mittel geht. Das bedeutet auch das die Macht des internationalen Währungsfonds und von der Weltbank und auch von westlichen Regierungen tendenziell zurückgeht, was auch die Konditionalitäten betrifft, die ja auch genauso an die westliche Entwicklungshilfe geknüpft sind, an westliche Entwicklungshilfe sind oft Privatisierungen geknüpft, wo dann eben auch westliche Unternehmen profitieren. Außenhandelsöffnung, Finanzmarktliberalisierung, die westliche Hilfe kommt vielleicht mit dem Hütchen un tide, also nicht gebunden, aber gleichzeitig sind sehr viele harte Bedingungen damit verknüpft. Wenn sich da das Portfolio der afrikanischen Regierungen vergrößert dann kann das natürlich auch einen größeren Gestaltungsspielraum bedeuten. Und, als Argument welches dazukommt ist, die Ressourcen werden für die Millennium Development Goals dringend benötigt. Wir haben unten auch die Millenium Development Goals – die Entwicklungsziele auf den Plakaten noch mal aufgelistet und ohne Mehrressourcen in Afrika werden diese Millennium Development Goals auch nicht erreicht werden können. Was bedeutet das jetzt für die afrikanischen Regierungen? Heißt das jetzt, dass mit China einfach eine neue imperiale Macht auf Afrika zukommt, die China wieder ausbeutet, wo China nichts davon hat, bis auf ein paar korrupte Eliten. Ich denke mir es geht einerseits darum, dass die afrikanischen Regierungen die Initiative ergreifen sollten „geschlossen“ diesem neuen Akteur auch gegenüber zu treten, genauso wie sie geschlossen auch den anderen Gebern gegenüber treten sollten. Um zum Beispiel gemeinsam regionale Rahmenbedingung für Industrialisierung zu schaffen, die die chinesische Expansion, aber das trifft auf alle anderen Expansionen oder Länder auch zu in die Bereiche lenkt wo es nationale oder subregionale Interessen gibt, d.h. wo man sagt das gibt es ein Entwicklungspotential, da wollen wir auch eine Industrialisierung oder einen Entwicklungsplan weiterführen, zum Beispiel auch durch den Transfer von Technologie oder von Managementkapazitäten etc.. Dann geht es auch – und das geht wieder nur gemeinsam – um gemeinsame Rahmenbedingungen für den Abbau von Bodenschätzen und für Soziale und Umweltverantwortlichkeit, da bräuchte es auch ganz dringend ein geschlossenes Auftreten um eben gemeinsame Rahmenbedingungen für den Außenhandel im Gegensatz zu den bilateralen Wirtschaftsabkommen die tendenziell die Fragmentierung des Kontinents unterstützen und die Verhandlungsfähigkeit einzelner Staaten schwächen. Das trifft aber genauso wieder auf andere Verhandlungen mit anderen Ländern zu. Zum Beispiel ist die Europäische Union im Rahmen Economic Partnership Agreements auch dazu übergegangen wieder mit

einzelnen Ländern statt mit Gruppen zu verhandeln, wie es ursprünglich vorgesehen war. Sozusagen diese gemeinsamen Rahmenbedingungen für die Industrialisierung, Entwicklungsstrategien für den Abbau von Bodenschätzen würde gegenüber China helfen, aber das würde auch gegenüber den anderen Gebern helfen. Ich würde sagen ob der Einfluss von China in Summe positiv oder negativ ist, hängt davon ab wie die afrikanischen Regierungen und Gesellschaften diese höheren Rohstoffpreise und die steigenden Finanzmittel nützen. Das hängt wiederum davon ab wie die lokalen Kräfteverhältnisse aussehen, also die Regierung, die Parlamente, der Privatsektor. Wer von diesen Gruppen hat wie viel Einfluss? Welche Interessen können sich da wie durchsetzen? Und eben auch wie viel Druck von der afrikanischen Bevölkerung auf ihre Regierungen kommt diese steigenden Rohstoffpreise für eine Diversifikation der Wirtschaft zu nützen. Für bewusste, nachhaltige Entwicklungsstrategien und eben auch die Ressourcen in jeweilige Bereiche zu lenken wo sie gebraucht werden. Das bedeutet auch das eine Demokratisierung stärker nötig ist als je und auch das die Strategien lokal formuliert werden müssen und nicht von oben aufgedrückt werden können. Es hängt auch davon ab, wie sich die Demokratiesituation in China selbst weiterentwickelt, also wie viel Druck in China von unten kommt, dieses Vorgehen der chinesischen Regierungen zu verändern. Wie viel Druck auf China ausgeübt wird Menschenrechte, Transparenz und Antikorruption einzuhalten, aber auch wie sich die westlichen Geber verhalten, natürlich auch in ihrer eigenen Entwicklungspolitik, sozusagen wie sie nicht nur mit dem Finger auf China zeigen und dann selbst ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen einfach nur vollziehen, sondern wie sie selbst auch schauen in wie weit sie mit ihrer Entwicklungspolitik wirklich eigene lokale Entwicklungsstrategien unterstützen. D.h. auch wie ernst die westlichen Regierungen ihre diskursiven Demokratisierungsbestrebungen eigentlich nehmen, bezüglich China und bezüglich Afrika. Davon wird auch vieles abhängen, ob der Einfluss von China in Afrika positiv genutzt werden kann oder ob es eben eine weitere Runde der Ausbeutung sein wird, die Afrika ja schon einige Male erlebt hat. Danke sehr! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident: Ich danke der Frau Mag. Karin Kübelböck für ihren Vortrag, auch hier haben wir die Redezeit sehr gut einhalten können. Wir kommen nun zum dritten Referat des heutigen Vormittages zum Thema „Regionale Strategien in einer globalisierten Welt“ von Herrn Mag. Christian Felber. Er ist Mitbegründer von Atac Österreich und Autor zahlreicher Bücher zu diesem Thema. Die Redezeit wurde mit 30 Minuten vereinbart. Ich darf Sie bitten.

Mag. Christian Felber: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Sehr geehrter Herr Bischof und insbesondere auch, sehr geehrte Gäste, die Sie mit Interesse an dieser öffentlichen Erörterung teilnehmen. Ich danke und freue mich, dass ich eine halbe Stunde zu Ihnen sprechen darf. Zur Fragestellung, wie die Globalisierung auf Regionen einwirkt und wie Regionen reagieren können, welche Handlungsoptionen, welche Handlungsstrategien Sie wählen können. Und ich knüpfe in dieser Frage ein bisschen an Ulrich Brand, der schon zum Schluss seines Beitrages eingefordert hat, dass neue Leitbilder die Globalisierung bestimmten sollten, wie z.B. die menschliche Entwicklung, der Vorrang der Menschenrechte oder von Ernährungssouveränität und ich kontrastiere diese Abschlussbemerkung von Ulrich Brand mit der

gültigen derzeitigen Leitphilosophie, die in eine ganz andere Richtung geht und einen ganz anderen Weg einschlägt. Nämlich derzeit ist Globalisierung ein Ziel an sich. Je höher der Grad der Internationalen Arbeitsteilung, je tiefer die Integration in den Weltmarkt, desto besser. Es ist ein Ziel an sich, dadurch steigt auch die Abhängigkeit oder Verwundbarkeit. Aber darüber wird hinweggesehen. Wichtig ist, dass wir globalisieren. Es kommt im öffentlichen Diskurs bis hin zu sehr skurrilen Meldungen dazu, wie z.B. des ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt. Er hat gesagt, ich möchte dazu fragen, kann man ganz hinten die Folien lesen oder nicht? Ja oder nein? Kann man hinten im Publikumssaal die Folien lesen? Sie hören mich gar nicht? Doch. Man kann sie nicht lesen? Halbe, halbe. Weil dann lese ich die Zitate vor, es sind eh nur kurze Zitate. Er hat gesagt: „Pro Prozent Öffnung eines Landes, steigt das pro Kopfeinkommen um 1 %“. Also eine ganz lineare unzusammenhängende Formel, die er geglaubt hat, sehr salopp an die globalisierungskritische Gemeinde in mehreren Europäischen Tageszeitungen veröffentlichen zu können. Guy Verhofstadt wäre dann um ein Haar Präsident der aktuellen Europäischen Kommission geworden. Es ist jetzt José Manuel Durão Barroso. geworden, der Satz könnte genauso gut von ihm stammen oder vom alten oder neuen Handelskommissar Pascal Lamy oder Peter Mendelssohn. D.h. es gibt eine sehr starke Mainstreamphilosophie. Ein Leitparadigma, das Globalisierung und Integration in den Weltmarkt als Ziel an sich verfolgt. Und das gilt nicht nur für die maßgebenden und politikmachenden Organisationen auf der weltweiten auf der EU-Ebene, sondern das gilt auch für die österreichischen bundesstaatlichen und bis hinunter zu den regionalen Akteuren. Ein Beispiel der aktuelle Präsident der Wirtschaftskammer, Christoph Leitl, hat gejubelt vor kurzem über den neuen österreichischen Exportrekord. Die Exportquote beträgt bereits 2/3 der Volkswirtschaft, d.h., dass die Summe der Werte der exportierten Güter und Dienstleistungen 60 % der österreichischen Wirtschaftsleistung ausmacht. Wenn man diesen Jubel weiterdenkt und noch größeren Jubel erzielen möchte, dann heißt das, das früher oder später 70, 80 und 100 % der hier erzeugten Güter und Dienstleistungen exportiert werden, alles was hier produziert wird. Und umgekehrt, alles was hier konsumiert wird, wird dann importiert werden. Das wäre die perfekte internationale Arbeitsteilung. Das kann natürlich nicht das Ziel sein. Aber es gibt derzeit keinerlei Aussagen, wo der Zug, der derzeit mit Vollgas in Richtung weitere Exportorientierung und internationale Verflechtung fährt, wo der sinnvoller weise halten sollte. Der nächste Schritt sind 10.000 weitere Unternehmen, die in den Export wechseln sollen. Also weg von regionalen Bezugsrahmen hin zu einem globalen Bezugsrahmen. Neoliberale Globalisierung ist kein Schlagwort, sondern sie kann gut definiert werden und hier möchte ich anknüpfen an Ulrich Brand, sie ist eine politische Globalisierung. Eine politisch gemachte Globalisierung, die nicht naturgesetzlich über uns hereinbricht und wir sind dann betroffene, sondern die wird dann gemacht von unseren politischen Entscheidungsträgern und –trägerinnen, auf der bundesstaatlichen Ebene, auf der EU-Ebene und auf der globalen Ebene insbesondere in der Welthandelsorganisation oder im Internationalen Währungsfond der Weltbank oder der OECD. Und neoliberale Globalisierung, die jetzt die Gegenwart prägt, kann man definieren durch die einseitige Bevorrangung von Wirtschaftsfreiheiten. Die weltweite Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs, des freien Handels, des grenzüberschreitenden Investierens, des globalen Schutzes von geistigem Eigentum in Form von Patenten. Hierfür gibt es, und das ist ein ganz wesentliches Missverständnis in der Globalisierungsdebatte, hier gibt es heute sehr umfangreiche und

mächtige globale Regeln. Die Globalisierung ist kein unregelter Prozess. Die Globalisierung ist ein streng und mächtig geregelter Prozess mit völkerrechtlichen Weichenstellungen, allerdings im Interesse der Mehrheit, weder im Norden noch im Süden, sondern zugunsten von gewinnenden Minderheiten, die der Ulrich Brand beschrieben hat. Uns wird gesagt, die Globalisierung hat jetzt so irgendwie von selber stattgefunden, jetzt muss die Politik aufwachen und Regeln nachjustieren, das ist eine völlig täuschende Analyse über die Globalisierung. Die Politik war in den letzten 20 – 30 Jahren hoch aktiv auf der globalen Ebene. Sie hat globale Regeln eingerichtet. Sie hat Globalgouvernements geschaffen. Allerdings vom freien Kapitalverkehr, vom Freihandel und vom globalen Investitionsschutz für transnationale Konzerne profitiert nicht die durchschnittliche Bevölkerung aus Ruanda und profitiert auch nicht die Mehrheitsbevölkerung in Österreich. Vielleicht ein kleines Beispiel, wie weit die Verrechtlichung der Globalisierung bereits geschritten ist. Wir haben für Transnationale Konzerne weltweiten Rechtsschutz für Reinvestitionen in der ganzen Welt. Das weiß niemand. Das ist hinter dem Rücken der Bevölkerung in Österreich, in den EU-Ländern, in den betroffenen armen Ländern gemacht worden. Wir haben derzeit eine Klageflut von Transnationalen Unternehmen, mehrheitlich aus dem Westen gegen Länder des Südens vor einem globalen Gericht. Eine extreme Verrechtlichung. Exxon, der größte Erdölkonzern, klagt gerade Venezuela. Telecom Italia klagt gerade gegen Bolivien, Siemens klagt gerade gegen Argentinien, das deutsche Flughafenunternehmen am Frankfurter Flughafen klagt gerade gegen die Philippinen. Die Schadensersatzansprüche gehen in die Milliardenhöhe und werden mehrheitlich auch stattgegeben. D.h. wir haben eine extreme Verrechtlichung, die wir neoliberale Globalisierung bezeichnen, während hingegen die Mehrheitsinteressen der Menschen, die Ulrich Brand angedeutet hat, die wir, z.B. die globale verbindliche Durchsetzung der Menschenrechte, ökologisch nachhaltige Entwicklung, soziale Sicherheit und gerechte Verteilung des geschaffenen Wohlstandes oder kulturelle und ökologische Vielfalt. Dafür gibt es auch Globalgouvernements, dafür gibt es auch globale Regeln. Aber die sind entweder gar nicht oder weit weniger durchsetzungsfähig als die Wirtschaftsfreiheiten, die genannten. Und was dann sozusagen für die öffentliche Diskussion besonders bezeichnend ist und auch politisch hochinteressant ist, dieser Prozess einer Verrechtlichung des Wirtschaftens auf globaler Ebene, die bereits stattgefunden hat, die wird vernebelt hinter dem Deckmäntelchen eines angeblichen naturgesetzlichen verlaufenden Prozesses. Und diese Mystik und diese Metapher eines alternativlosen und unaufhaltsamen naturgesetzlichen Prozesses kommt derzeit von den wirtschaftlichen und politischen Eliten. Ich habe zwei Zitate, ich lese sie vor. Eines vom ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von Siemens, Heinrich von Pierer. Er hat gesagt, die Globalisierung lässt sich genauso wenig aufhalten, wie sich die Donau aufhalten lässt. Starke naturgesetzliche Metapher. Auch die Gravidation liegt auf einem Zitat von Martin Bartenstein, dem amtierenden Wirtschaftsminister zu Grunde: „Die Globalisierung aufhalten zu wollen ist, als wolle man die Erde darin hindern sich zu drehen“. Hinter diesen Vernebelungsmetaphern wird versteckt, dass politische Eliten gegen das Mehrheitsinteresse der Menschen im Norden wie im Süden die Globalisierung seit 30 – 40 Jahren ganz aktiv und bewusst gestalten. Ich möchte den Schwerpunkt jetzt noch legen auf eine These. Die These der irregionalen Wirtschaftspolitik. Damit möchte ich sagen, dass die in der Mehrheit der Politikfelder auf bundesstaatlicher, aber insbesondere auf EU-Ebene und WTO-Ebene Politiken gemacht werden, die gegen die Interessen der

meisten Regionen wirken. Das ist irregionale Wirtschaftspolitik. Sie ist multidisziplinär. Ich habe hier viele, viele, exemplarisch viele politische verschiedene Politikfelder aufgelistet. Ich werde nicht alle abhandeln. Ich werde drei davon exemplarisch herausgreifen um zu zeigen, wie die übergeordneten Rahmenbedingungen auf Bundes EU und WTO-Ebene gegen die Mehrheitsinteressen in den Regionen wirken. Erster Politikfeld ist die Standardpolitik, das derzeit das Motto verfolgt, nicht nur Vorrang für die Ferne und je größer desto besser. Wir identifizieren uns volkswirtschaftlich mit den Global-Players, die große Mehrheit der Wirtschaftsakteure, Sie sehen es unten, 99,6 % der Unternehmen in Österreich sind Klein- und Mittelständische Unternehmen. 0,4 % der Unternehmen sind Großunternehmen. Die Global-Players sind definitiv, zählen zu den Größten. Sie erhalten z. B. 44 % der Wirtschaftsförderungen in Österreich, obwohl sie nur 0,4 % der Betriebe ausmachen.

Ein spektakuläres Beispiel wäre Nokia. Nokia erhält als Einzelbetrieb eine öffentliche Förderung im Ausmaß von 60 Millionen Euro. Als Dank dafür sperrt es genau den Standort zu für den es diese Förderung bekommen hat aus Steuergeldern. 4.000 Arbeitsplätze sind zerstört. In diesem systematischen Vorrang für das Große und für das Ferne werden die lokalen und die kleinen Mehrheitsakteure systematisch benachteiligt. Welches Kleinunternehmen erhält 60 Millionen Euro?

Wir werden in den Standortwettbewerb hineingeritten. Der Standortwettbewerb findet nicht einfach statt, sondern der Standortwettbewerb wird hergestellt durch die Befreiung des Kapitalverkehrs und durch die Wahlfreiheit für Investoren und durch den freien Handel. Durch die Umsetzung dieser Wirtschaftsfreiheiten entsteht der Standortwettbewerb. Er wird politisch inszeniert könnte man sagen und in diesem Standortwettbewerb ist die Mehrheit der Akteure, zählt zu den Verlierern und Verliererinnen. Es wird uns gesagt, wir sollten auf etwas Lohn verzichten, wir sollten auf etwas soziale Sicherheit verzichten, wir sollten die Globalisierungsgewinner nicht zu hoch besteuern, weil dann laufen sie davon. Wir sollten beim Umweltschutz nicht zu ehrgeizig sein, weil sonst müsste die Industrie abwandern und das gleiche gilt für den Klimaschutz. Das heißt, genau diejenigen Politikbereiche, die in den letzten Jahren mehrheitsfähig waren, von denen wird uns jetzt gesagt, hier sollten wir auf die Bremse steigen oder sie sogar zurückbauen, damit wir in der globalen Standortkonkurrenz nicht unterliegen. Langfristig bringt uns das mehr Wohlstand, wird uns gesagt.

Es ist aber glaube ich legitim zu fragen, ob wir durch niedrigere Löhne, geringere Lohnnebenkosten ist gleich Kürzung der Sozialsicherungssysteme durch längeres Arbeiten oder durch niedrigere Besteuerung der Globalisierungsgewinne, ob wir tatsächlich langfristig unseren Wohlstand auf diese Weise mit dieser Strategie sichern. Es gibt viele, die sich prominent genau für diese Strategie einsetzen. Sie sehen ein paar gesammelte Beispiele:

„Die Löhne sind zu hoch“, der Wienerberger Chef. „Die Verkürzung der Arbeitszeit gefährdet den Standort“, sagt die Wirtschaftskammer. „Die Lohnnebenkosten sind auch zu hoch“, sagt die Industriellenvereinigung. Nochmals „Die Löhne sind zu hoch“. „Klimaschutz am besten nur global aber nicht einseitig europäisch“, sagt der Wirtschaftsminister.

Das beste Zitat, was ich gefunden habe, ist vom deutschen Arbeitgeberpräsidenten. Dieter Hunt hat gesagt „Die Deutschen arbeiten im internationalen Vergleich zu wenig. Wir müssen wieder mehr leisten.“

Kurios ist das „Wir“, es gibt keinen Interessenskonflikt mehr im Standort. Kurios ist, dass er das ausgerechnet zu Deutschland sagt, wo doch Deutschland 2006 – so viel ich weiß noch – nicht nur relativ Exportweltmeister war, sondern sogar absoluter, noch vor China und vor den USA. Das heißt, das Land, das in dem Konkurrenzparadigma am meisten leistet weltweit und selbst das Land, das in dem Konkurrenzparadigma am meisten leistet weltweit, leistet in den Augen des Arbeitgeberpräsidenten noch zu wenig, was logischerweise bedeuten würde, dass alle anderen Länder noch viel mehr zu wenig leisten als Deutschland.

Aber das wirklich Kuriose an dem Zitat ist, das sagt ja nicht nur der deutsche Arbeitgeberpräsident im internationalen Standortwettbewerb, sondern das sagen alle. Und das ist jetzt ein bisschen ein Kunstgriff, den ich hier mache, aber für die die es lesen können, auch der chinesische Arbeitgeberpräsident hat deshalb kurze Zeit später das gleiche gesagt und der brasilianische und wahrscheinlich auch der ruandische und der US-amerikanische Arbeitgeberpräsident. Und nach einer Woche hat dann der Weltarbeitgeberpräsidentenbund gesagt, „die Menschen auf der ganzen Welt arbeiten zu wenig, wir müssen wieder mehr leisten“. Das ist ein Kunstgriff, um Ihnen die Logik des Standortwettbewerbs zu verdeutlichen. Zurück zur Realität: „Ich liebe den Wettbewerb“ – nicht zwischen Unternehmen, sondern zwischen Standorten – Karl-Heinz Grasser hat das als amtierender Finanzminister gesagt, als er den Kapitalgesellschaften in Österreich, einer Minderheit aller Unternehmen, eine radikale Steuersenkung zugute kommen hat lassen. Denen, die es eh nicht gebraucht haben, hat er eine Milliarde Euro geschenkt. Selber hält er sich nicht so an die Steuerpflicht, das wissen wir. Daraus lernen wir nicht, dass der Karl-Heinz Grasser ein böser Mensch ist, sondern daraus lernen wir, dass der freie Kapitalverkehr in Steueroasen strukturell unsere Budgets unterminiert und defizitär macht.

Virgin Islands, ein Beispiel: 19.000 Menschen leben dort. 300.000 Unternehmen sind im Firmenregister eingetragen. Also das nützen viele. Entsprechend schaut es dann mit den Budgets der Herkunftsländer aus. In Österreich ist das Geldvermögen der privaten Haushalte seit 1970 von der Hälfte auf die Wirtschaftsleistung auf das Eineinhalbfache der Wirtschaftsleistung angewachsen. Die Besteuerung müsste, analog müssten die Vermögenssteuern heute dreimal so hoch sein im Verhältnis zum gesamten Steueraufkommen wie 1970. Sie sind aber heute um zwei Drittel geringer, weil die Globalisierungsgewinne zwar immer konzentrierter anfallen, auf der anderen Seite aber nicht besteuert werden. Warum? Durch den freien Kapitalverkehr, der nicht in Frage gestellt wird, sondern im Gegenteil durch den paktuellen und den neuen EU-Vertrag noch einmal in Stein gemeißelt wird und erstmals auch in den Verfassungsrang gehoben werden hätte sollen. Wenn die öffentlichen Budgets entweder schwächer gefüllt sind oder prekärer finanziert sind durch die Überwälzung der Steuerlast auf die breite Masse, dann wird auch das, was wir in den letzten 30 Jahren problemlos finanzieren konnten, nämlich eine flächendeckende öffentliche Infrastruktur, insbesondere auch eine regionale Infrastruktur wird deshalb immer schwieriger finanzierbar, obwohl wir ja nicht ärmer werden. Wir werden ja reicher. Das Wirtschaftswachstum in den letzten zehn Jahren ist gleich hoch wie in den zehn Jahren davor oder den anderen zehn Jahren. Trotzdem wird es aber schwieriger, das, was wir uns in Zeiten leisten konnten, als wir noch ärmer waren, heute uns weiterhin zu leisten.

Finanzpolitik wäre ein weiteres Politikfeld. In Großbritannien sind wir so weit, dass 10 % der Menschen kein Girokonto mehr haben, weil Menschen, die nicht zusätzlich zum Girokonto sich Versicherungsprodukte oder Aktienfonds kaufen, die werden von der Hausbank gekündigt, weil sich das nicht mehr rentiert.

Basel II ist eine massive Überregulierung in Bezug auf die Kredite an lokale Unternehmen. Ein 30, 40 Jahre lang bewährtes System, das Hausbankensystem, wird abgeschafft, auf übergeordnete Ebene, auf OECD-Ebene, gleichzeitig bietet Basel II ein radikales Regulierungsversagen dort, wo Regulierung notwendig wäre, nämlich bei der Kreditvergabe an Private, was der Auslöser für die Hypothekenkrise in den USA war.

Die „Kapitalmarktoffensive“ richtet sich nicht an den klassischen Kapitalmarkt, mit dem wir in den letzten 40 Jahren Erfolg hatten, nämlich das Hausbankensystem, sondern wir befinden uns in einer manischen Förderung von Börsen und Risikokapitalmärkten, obwohl volkswirtschaftlich kein Zusammenhang nachweisbar ist zwischen sehr starken Börsen und einem höheren Wachstum, mehr Arbeitsplätzen, höheren Investitionen. Der einzig nachweisbare Zusammenhang ist höhere Instabilität und ungerechtere Verteilung.

Und das letzte Politikfeld, was ich zitiere: Der paktuelle Reformvertrag der EU legt als Ziel für die Agrarpolitik fest, nicht die Förderung der Multifunktionalität, nicht die Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft, nicht die Förderung des Feinkostladens, was sich die ganz große Mehrheit der Menschen in Österreich und in den anderen EU-Ländern wünschen, nein, die verfassungsmäßigen Ziele oder zumindest vertragsmäßigen Ziele der europäischen Agrarpolitik ist die Steigerung der Produktivität – im Wortlaut von 1957. Kein Wort von Nachhaltigkeit, regionaler bäuerlicher Landwirtschaft oder Multifunktionalität.

Im Grünen Bericht von 2004 sagt der amtierende Agrarminister, auch Agrarminister: „Wettbewerbsfähigkeit stärken ist das oberste Ziel der österreichischen Agrarpolitik!“ Das ist die übergeordnete Politik, die sich in der Europäischen Union und hinabwirkend auf die unteren Politikebenen als neuer Königswert herauskristallisiert. Also ich kann hier anschließen an den nationalen Wettbewerbsstaat.

Ursula Plassnik hat gesagt, das europäische Lebensmodell ist eine einzigartige Kombination aus - und jetzt finde ich das sehr spannend – an der ersten Stelle steht die Wettbewerbsfähigkeit, erst danach kommt ein Teil der französischen Dreifaltigkeit noch und die Nachhaltigkeit wenigstens hat sich eingeschlichen. Aber ich habe noch – glaube ich – am Bereich der Landwirtschaftspolitik zeigen können, dass es nicht ernst gemeint ist.

So – die Folge ist, dass weltweit rasante Konzentration stattfindet. Natürlich, wenn die Weichen auf Ferne gestellt werden, dann wachsen die größten weltweiten Konzerne mit extremer Rasanz. Vor zehn Jahren war der Umsatz der 500 größten Weltkonzerne noch ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung, heute ist es bereits ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung. In einem extrem kurzen Zeitraum, extrem rasante Konzentration auch bei den Einkommen. Der bestbezahlte Manager in Österreich, ich glaube, er ist ein Steirer, verdient das 600fache eines leider nicht existierenden gesetzlichen Mindestlohnes von 1.000 Euro. In Deutschland ist es das 5.000-fache, in den USA das 34.000-fache, es ist schon das 65.000-fache. Und der bestbezahlte Finanzmanager in den USA verdient das 360.000-fache des gesetzlichen Mindestlohnes in den USA für die gleiche Arbeitszeit, also für eine volle Wochenstunde.

Wird bei uns in 20 Jahren der Fall sein, also vor 20 Jahren war es in den USA ja auch nicht so, es hat sich in den letzten 20 Jahren so entwickelt. Und wenn wir noch 20 Jahre nichts tun und alles dem Markt überlassen, dann wird es in 20 Jahren bei uns auch so sein.

Die letzte Folie der Analyse: Sie sehen, in Deutschland wächst die Wirtschaft brav dahin, nicht spektakulär, nicht galoppierend, aber trotzdem sinkt das Realeinkommen des durchschnittlichen Alleinverdieners oder der durchschnittlichen Alleinverdienerin in Deutschland (Angaben der Deutschen Bundesregierung).

So, wie können Regionen reagieren? Ich habe 3 Szenarien mitgebracht wie man auf diesen Rahmen der Mehrheitlich – das war selbstverständlich nicht vollständig das war exemplarisch, aber die Kernaussage ist, dass die Rahmenpolitik auf bundesstaatlicher Ebene, auf EU- Ebene und insbesondere auch auf globaler Ebene gegen die vitalen und demokratischen Interessen von Regionen wirkt. Wie können Regionen jetzt darauf reagieren? Regionen wie zum Beispiel das Bundesland Steiermark? Möglichkeit Nr. 1, wir nehmen das ganze hin, nehmen es locker und versuchen uns anzupassen. Eigenverantwortung bedeutet heute, – im politischen Mainstream – dass wir versuchen global wettbewerbsfähig zu werden. Wir versuchen konkurrenzfähige Industrien anzusiedeln, anzulocken und damit auch den Weltmarkt zu reüssieren. Das ist Wettbewerbsfähigkeitstrategie die nicht nur für Nationalstaaten gilt, sondern auch in fast allen regionalen Leitbildern und Leitprogrammen sich wieder findet. Wir sind in dieser Konkurrenzstrategie schon drauf gekommen, dass wir es billiger nicht schaffen, also wenn wir versuchen uns mit China auf eine Lohnkonkurrenz einzulassen, oder mit Liechtenstein auf eine Steuerkonkurrenz oder mit der Slowakei auf eine sozial Konkurrenz, dann werden wir es auf diesem Wege nicht schaffen, d.h. es hat sich bereits innerhalb der Standardkonkurrenz eine neue Philosophie herausgebildet, wir sollten nicht versuchen „billiger“ zu sein, wir sollten versuchen „besser“ zu sein. Dieses Zitat stammt vom hiesigen amtierenden Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Ja, die Frage ist, ob diese Strategie gelingen kann, weil es versucht ja nicht nur die Steiermark besser zu sein als alle anderen Regionen der Welt, sondern alle anderen Regionen der Welt wollen ja auch besser sein als alle anderen Regionen der Welt. Darum frage ich mich schon grundsätzlich, sollen wir uns wirklich das Ziel setzen „besser sein zu wollen“ als andere, woraus sich zwingend logisch ergibt, dass andere schlechter sein müssen, damit es uns gut geht. Ist das die richtige Strategie? Passt das zusammen mit den Lippenbekenntnissen zur Partnerschaftlichkeit, zu Solidarität und zu weltweiter Kooperation, oder ist es nicht das genaue Gegenteil? Ist es nicht im Kern nationalistisch weil es uns gut gehen soll, in dem wir besser sein sollen als die anderen, egal ob damit die Steiermark damit gemeint ist, ob Österreich gemeint ist, oder ob die europäische Union gemeint ist, deren oberstes Ziel es ist – ich habe es vorher nicht zitiert – die Erreichung der größten weltweiten Wettbewerbsfähigkeit. Ist es sinnvoll den „American Dream“ auszuweiten auf einen „Global Dream“? American Dream bedeutet, dass alle in Amerika in den USA die freie und gleiche Chance haben, sich an die Spitze der Gesellschaft emporzuarbeiten. In keinem anderen Industrieland wird der American Dream heftiger geträumt als in den USA und in keinem anderen Industrieland der Welt ist die Zahl derer die unter Armutsgrenze leben so hoch wie in den USA. 50 Millionen Menschen sind nicht krankenversichert, die Lebenserwartung der USA ist auf Platz 42 der Länder, also tief im Bereich der Entwicklungsländer. Strategie B. wäre meine Empfehlung an die Politik einer Region. Strategie B. heißt, wir überlegen einmal was Eigenverantwortung wirklich heißt.

Eigenverantwortung – Verantwortung – kann nur jemand übernehmen der die Freiheit besitzt. Der die Freiheit besitzt die politischen Spielregeln, innerhalb derer ich mich bewähren kann, in Konkurrenz oder in Kooperation, dass ich diese Regeln mitgestalte und das ist derzeit nicht der Fall. Die Handelspolitik, die große Infrastrukturpolitik, die Steuerpolitik wird auf Ebenen gemacht, die Agrarpolitik, Energiepolitik wo die Regionen „nicht oder wenig entscheidend“ mitzureden haben. D.h. man kann eigentlich von regionalen Akteuren gar nicht Eigenverantwortung einfordern, wenn man ihnen gar nicht gleichzeitig die Freiheit gibt an dieser Politik mitzuwirken. Das ist ein Widerspruch in sich und deshalb sollten Regionen eine stärkere Subsidiarität einfordern oder zumindest eine stärkere demokratische Mitsprache und ein höheres Mitentscheidungsrecht bei diesen globalen Politikfeldern einfordern. Es wäre dann höchst fraglich, dass die Handelspolitik von der EU zentral gemacht wird ohne, dass die Regionen, auch nicht mehr die Nationalstaaten einzelner etwas einwenden könnten, was mit dem neuen Reformvertrag kommt. Das die Europäische Union unter dem Deckmantel des freien Warenverkehrs entscheiden kann, wo gentechnisch veränderte Organismen angebaut werden müssen, selbst wenn es die Regionen einheitlich und einstimmig nicht wollen, ist ein klarer Bruch der demokratischen Teilhabe der Subsidiarität und hier könnten Regionen, weil sie – das ist mein Kalkül – weil hier Regionen ein sehr viel ähnlicher gelagertes Interesse haben als Nationalstaaten, könnten sie sich zusammenschließen zu neuen politischen Bündnissen und das einfordern was ihnen die Nationalstaaten in höheren Staatenverbänden wie die EU oder der WTO verweigern. Das ist zum Beispiel das Recht auf Gentechnikfreiheit, da gibt es glaube ich eine Mehrheit von Regionen in der EU, die wünschen selbst entscheiden zu dürfen, ob sie gentechnisch veränderte Organismen anbauen wollen oder nicht. Sie haben derzeit nicht das Recht, eine Möglichkeit wäre, dass man sich zusammenschließt zu einem europäischen Bündnis von Regionen für eine Änderung des EU-Rechts. Mehr Subsidiarität, Steuergerechtigkeit. All die Regionen leiden unter dem Steuerwettbewerb, weil sie immer weniger in der Lage sind, regionale, öffentliche Güter zu finanzieren. Die Bundesstaaten, die Bundesregionen schaffen es nicht, die kriegen es nicht zu Stande, dass sie sich absprechen auf europäischer Ebene, vielleicht schaffen es die Regionen – ich glaube sie haben ein ähnlicher gelagertes Interesse. Der Standortwettbewerb innerhalb der EU, die Nationalstaaten schaffen es nicht den Standortwettbewerb innerhalb der EU einzudämmen, durch Kooperation in der Sozialpolitik in der Steuerpolitik, in der Arbeitsrechtspolitik, in der Lohnpolitik. Vielleicht könnten die Regionen hier einen Anstoß machen. Wir sind uns alle einig, dass wir Fairtrade lieber habe als unfair Trade. Eine Anregung war schon, dass zumindest die steirische Landesregierung im öffentlichen Einkauf faire Produkte bevorzugen sollte, aber wäre es nicht noch Ziel führender und sinnvoller gleich rechtliche Vorrangstellungen für faire Produkte einzurichten. Das es der faire Kaffee leichter über die Grenze hat als der unfaire Kaffee. Das machen derzeit die nationalstaatlichen Regierungen nicht in der WTO. Vielleicht könnten das die Regionen einfordern. Auch nicht schaffen die nationalstaatlichen Regierungen weltweit einheitliche Regeln für transnationale Konzerne zu machen. Die sind schon fix ausgearbeitet. Die Vereinten Nationen haben seit 2003 einen Pflichtenkatalog für transnationale Unternehmen fix fertig ausgearbeitet, aber die Nationalstaaten haben sich nicht einmal die Mühe gemacht uns das mitzuteilen. Die „Draft norms on the behavior of transnational Cooperation“, die gibt es seit 5 Jahren und wir die Demokratische Souverän wissen das nicht einmal, vielleicht könnten sich die Regionen

hier zusammenschließen und auf die Beine stellen. Ein Gegenparadigma zu freiem Handel wäre ökonomische Subsidiarität, d.h. das wir nicht blind und alles weltweit herumtransportieren, sondern dass wir wieder von der Zielrichtung her die Grundversorgung regional ausrichten, dann würde das was hier ist weder links noch rechts auf der Welt passieren, sondern ich habe es ausrechnen lassen mit dem Schweizer Bundesamt für Verkehrsfragen, würde 1 Kilometer für einen 40 Tonnen LKW auf der Autobahn €3 kosten und dadurch würde sich das lebensnotwendige in der Wirtschaft wieder regionalisieren und der Weltmarktanteil wäre tendenziell das Salz in der Suppe. Ökologische Kosten im Transport wird seit 25 Jahren gefordert, wäre breit mehrheitsfähig in der Bevölkerung, die nationalstaatlichen Regierungen schaffen es nicht. Vielleicht sollten die Regionen die alle davon profitieren würden gemeinsam etwas einfordern. Es gibt prominente Unterstützung für diese Idee, John Maynard Keynes war dafür, dass wir die Waren möglichst regional zirkulieren lassen und insbesondere die Finanzen. Eine weltweite Finanzmarktaufsicht und Kontrolle liegt fix fertig in den Schubladen nur die Nationalstaatsregierung setzen sie nicht um. Vielleicht sollten die Regionen hier etwas Politik machen und den Regierungen „Dampf“. Es wäre ganz einfach, warum soll die Bank Austria auf den Cayman Islands eine Filiale unterhalten dürfen. Das widerspricht dem Grundrechtsempfinden jedes Menschen in Österreich, trotzdem sagt der Gesetzgeber überhaupt nichts dagegen. Artikel 63 des neuen EU-Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, verbietet die Einschränkung des Kapitalverkehrs in die allerletzte Steueroase. Dieses Unrecht soll geändert werden, vielleicht könnten sich Regionen dafür zusammenschließen, dann hätten wir im Österreichischen Bundeshaushalt und hinunter dekliniert auch auf die anderen Haushalte, starke Budgetüberschüsse und wir könnten uns - Vorschlag Nr. 31 aus der Publikation „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“ öffentliche Güter wieder ausreichend finanzieren. Ich nenne sie moderne Allmenden im Bezug auf das Wort was wir immer kannten, Allmende das was allen gehört. Allerdings sollten öffentliche Güter im Unterschied zu heute demokratisch organisiert sein. Dafür gibt es sehr gute Erfahrungsbeispiele aus aller Welt, aus Brasilien in Kalifornien ist ein Energieversorger direkt demokratisch gewählt, wenn wir das nachahmen wollen, dann könnten wir moderne Allmenden nicht nur neu organisieren, sondern auch demokratisch finanzieren. Die letzte Strategie, wenn sich das noch ausgeht ist dass Regionen sich zwar dazu bekennen, dass sie die Regierungen in die Pflicht nehmen wollen andere Regeln zu schaffen.

Gleichzeitig aber, weil das nicht so schnell gehen wird, gleichzeitig aber Projekte umsetzen, wie sie derzeit auch weit und breit gemacht werden, wie Dorfwerkstätten, wie Kreditgenossenschaften, wie Regionalkaufhäuser, wie Arche Noah's oder moderne Allmenden. Bis es soweit ist, dass wäre sozusagen als letzte Strategie eine Doppelstrategie und eine einzelne Idee möchte ich als letztes herausgreifen. Das ist die Idee der Regionalakademie. Auf der Regionalakademie lernt man nicht, wie man auf dem Weltmarkt reüssiert und wie man besser ist als die Chinesen oder besser ist als die Menschen in Ruanda, sondern auf der Regionalakademie lernt man die Schätze die wirtschaftlichen Potenziale jeder Region kennen. Die Einzigartigkeit der Region. Das Entwicklungsleitbild der Region ist, dass man die Stärken jeder Region hebt und dann auf der Einzigartigkeit ein neues Wirtschaften aufbaut in Solidarität mit allen anderen Regionen dieser Welt und nicht in Konkurrenz zu ihnen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident: Herr Mag. Felber, ich danke auch Ihnen für den sehr interessanten und informativen Vortrag und wir kommen nun zum nächsten Referat und ich darf mich herzlich dafür bedanken, dass der Bischof der Diözese Cyangugu in Ruanda heute zu uns gekommen ist in den Landtag Steiermark zu unserer Enquete um über seine Gedanken in seinem Land uns zu informieren. Ich darf Sie sehr geehrter Herr Bischof nochmals herzlich begrüßen und ich bedanke mich auch beim Diözesanrat Mag. Hermann Glettler. Er ist Pfarrer von Karlau und St. Andrä und wird es heute übernehmen, dass Referat seiner Exzellents zu übersetzen. Vielen herzlichen Dank. Es wurde eine Redezeit von 20 Minuten vereinbart. Wir müssen aber die Übersetzungszeit hinzurechnen, sodass wir mit 30 – 35 Minuten auskommen sollen. Vielen herzlichen Dank. Bitte, Eure Exzellents.

Jean Damascene Bimenyimana, Bischof der Diözese Cyangugu in Ruanda, Deutsche Übersetzung durch Herrn Pfarrer Glettler, Pfarre Graz – Karlau:

Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte nicht theoretisch über Globalisation sprechen sondern Ihnen in einem kurzen Portrait ein bisschen über Ruanda erzählen. Geografische Situation, politische, sozialökonomische Situation, damit Sie weiterhin ihr Engagement weiterhin in Solidarität eben ausüben können. Ruanda ist ein Land Zentralafrikas. Situiert in der Gegend der Großen Seen. Im Norden von Ruanda findet sich Uganda, im Osten Tansania, im Süden Burundi und im Westen die Demokratische Republik Kongo. Ruanda hat eine Ausdehnung von 26.338 km² und eine Bevölkerung zurzeit ungefähr von 10 Millionen. D.h. die Größe ist ungefähr Steiermark und Kärnten zusammen. Diese Dichte der Population bedeutet 500 Einwohner pro km² und das Wachstum der Bevölkerung beträgt pro Jahr 3 %. Ein paar Zahlen und Hintergrundinformationen zur politischen Situation. Ruanda war ein Königtum bis die Kolonisation begonnen hat Ende des 19. Jahrhunderts. 1898 – 1916 war Ruanda eine deutsche Kolonie. 1916 – 1962 war Ruanda ein belgisches Mandat. Am 1. Juli 1962 wurde Ruanda unabhängig. Von 1962 - 1974 gab es die 1. Republik mit dem Präsidenten Grégoire Kayibanda. 1974 – 1994 die zweite Republik mit dem Präsidenten Juvénal Habyarimana, das ist der Präsident der abgeschossen wurde und das war der Ausbruch des Genozids. Diese zwei Regime sind charakterisiert durch, das ist grob gesagt, weil die Situation ist sehr viel komplexer, ein Ausschluss der Tutsi und die Macht sich auch auf die Regionen verteilt hat. 1994 hat der Genozid begonnen, hauptsächlich gegen die Tutsi bzw. der ganze Genozid hat fast 1 Million Todesopfer gefordert innerhalb von 100 Tagen. Durch den Genozid sind viele Ruandesen ins Exil gedrängt worden, nach Burundi, in den Kongo, nach Uganda auch nach Kenia und im zweiten Schlag sind Tutsi, die vorher schon verdrängt wurden, wieder zurückgekehrt in ihr Land. 1994 wurde der Genozid dann im Juli gestoppt und bis 2003 gab es dann die 3. Republik mit dem Präsidenten Pasteur Bizimungu, abgelöst dann 2003 vom jetzigen Präsidenten Paul Kagame, der der Front Patriotique Rwandais (FPR) angehört.

Ruanda ist ein armes Land. Es hat keinen Zugang zum Meer. 95 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, hauptsächlich kleine Bauern.

Ruanda ist ein armes Land. Es hat keinen Zugang zum Meer. 95 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, hauptsächlich kleine Bauern. Die Landwirtschaft ist nicht technisiert wie bei uns hier. Jeder kultiviert sein Fleckchen Land, um zu überleben. Und auf Grund der Überpopulation wird auch die

Erde – sagen wir – ausgedünnt und jedes Jahr steigert sich das. Die Schwankungen des Klimas provozieren jedes Jahr auch eine Hungersnot, die fast den Charakter einer Epidemie annimmt.

Ruanda exportiert Kaffee und Tee – und er hat hier eingefügt, wie uns im sehr kontroversiellen und richtigen Statement vorhin gesagt wurde – profitieren tun davon eben Konzerne in Amerika bzw. also vom Kaffee und vom Tee im Norden Europas, einige Länder auch aufgezählt.

Bodenschätze sind kaum vorhanden. Das was da ist, Tantalit, in sehr kleiner Menge.

Zurzeit versucht die Regierung, eine Initiative zu lancieren, sie hat den schönen Namen auf Ruanderisch „Imidugudu“. Das bedeutet, man lädt junge Erwachsene ein, dass sich Dorfgemeinschaften bilden und so im Sinne von Kommunen auch eben Tiere halten. Es wird ihnen pro Familie eine Kuh zur Verfügung gestellt, wenn sie eben so eine kleine Struktur, Infrastruktur, landwirtschaftliche, schon aufgebaut haben nach dem Prinzip, eine Familie – eine Kuh!

Der Genozid im Jahr 1994 hat sehr viele Waisen zurückgelassen. Einige Waisenkinder leben unter der Führung ihrer älter geborenen Geschwister, die die Familien versuchen zusammenzuhalten. Andere sind von auch armen Familien aufgenommen. Unsere Waisen haben kaum die Mittel, um zu überleben bzw. die Kinder nicht die Möglichkeit, in die Schule zu gehen. Vielleicht darf ich in Klammer sagen, unsere Patenschaft, Pfarre Karlau, versucht gerade da hinein auch etwas konkret zu helfen, indem man Witwen Häuser finanziert, kleine Häuser in Dorfgemeinschaften, wenn sie auch bereit sind, Waisenkinder aufzunehmen. Da haben wir schon einiges in dieser Richtung helfen können.

Also diese Familien, meist auch die selbst das Wenigste für einen Unterhalt haben, nehmen noch andere auf, mit denen sie ihre geringen Mittel teilen.

Der Bürgerkrieg hat auch viele Witwen zufolge gehabt, die auch nicht einmal Haus und ein kleines Fleckchen Land haben, das sie kultivieren können. Sie haben Schwierigkeiten, ihre Kinder aufzuziehen. Die Waisen und Witwen versuchen nun so in Zusammenschlüssen – das ist eben dieses Projekt, das er jetzt noch einmal erwähnt, von dem ich schon sprach – um in diesen kleinen Dorfgemeinschaften auch landwirtschaftlich und andere Produkte zu produzieren, um sich erhalten zu können. Aber als Initiation, als Initiativenimpuls braucht es eine finanzielle Hilfe auch von außen.

Auf Grund des Genozid gab es sehr viele Personen, die angeklagt waren wegen der Teilnahme am Genozid und eingesperrt waren in den Gefängnissen. 1994 hat man 120.000 Gefangene in Ruanda. Diese Situation hat die Familien, von denen sie kommen, verarmt und Familien zurückgelassen, die nicht das Notwendigste haben, um sich ihr Leben zu gestalten. Viele Kinder haben auch die Schulen verlassen. Um aus dieser misslichen Lage herauszukommen, also diese Unmenge von Gefangenen, hat man wieder ein Rechtssystem eingeführt, ein traditionelles mit dem Namen GACACA. Wir haben bei unseren Besuchen immer wieder die großen Werbetafeln gesehen, dass die Leute teilnehmen an diesen Dorftribunalen, wo mit einer Aufsicht von außen eben alle Dorfbewohner eingeladen werden, ihre Erfahrung des Genozids auszusprechen. Das geht bis heute. Das ist also schon 14 Jahre danach. Und viele Gefangene konnten im Nachhinein Recht bekommen und aus den Gefängnissen entlassen werden. Andere wurden verurteilt, aber nicht zu einer Gefängnisstrafe, sondern zu einem gemeinnützigen sozialen Dienst bzw. zu einer Arbeit, die im Interesse des Gemeinwohls ist.

Die Situation der Schulen: Aufgrund der vielen Kinder und Jugendlichen reichen die Schulen, die vorhanden sind, nicht aus. Viele sind auch in einem sehr schlechten Zustand, viele Kinder können keine Schulen besuchen bzw. haben nicht das notwendigste an Ausrüstung und auch an Geld um die Schulen aufzusuchen. Die „Acall premiere“ ist offen für alle, aber „acall secundäre“ ist an ein Schulgeld gebunden und auch die Universität. Viele Schulen haben auch keine Elektrizität und er sagt hier es müsste auch Solarenergie eingeführt werden um andere Energiequellen zu erschließen. Er spricht jetzt vom Gesundheitssystem, man hat eine Initiative gestartet, dass man bei uns einem Versicherungssystem ähnlich bezeichnen könnte. Mutuel de san di te, das ist gegenseitiger Beistand in Krankheit oder zur Erhaltung Gesundheit. Jede Person zahlt pro Jahr 1.000 ruandesische France und erhält dafür eine einfache Gesundheitsversorgung. Trotzdem können sich das viele der Bevölkerung nicht leisten, dieses System Mutuel de san di te, aber man schätzt in der Zukunft wird dieses System positive Auswirkungen haben. Er spricht das Thema des Wassers an, viele haben keinen Zugang zu trinkbarem Wasser, oft müssen die Leute viele, viele Kilometer zu den Brunnen gehen wo sie eben Wasser schöpfen können. Kleine Kinder gehen mit den großen Kanistern, aber ich glaube das kennt man leider aus vielen Ländern. Das nicht trinkbare Wasser verursacht viele Krankheiten und er hat einige aufgezählt. Wie auch überall sonst in vielen Ländern der Welt, der so genannten Dritten Welt, ist Aids ein großes Problem, das viele Waisenkinder zur Folge hat und die diese Krankheit aber auch schon tragen. Es müssten hier stärkere Initiativen eben geschaffen werden um dem etwas entgegen zu halten. Er spricht jetzt vom Erdbeben das leider stattgefunden hat am 03. Feber 2008, in diesem Jahr das 38 Todesopfer gefordert hat. Es wurden viele Häuser zerstört. Kirchen, Kapellen, Pfarrzentren, Schulen, Gesundheitszentren. Ungefähr 1.200 Personen sind noch immer ohne Dach über dem Kopf. Einige oder viele Schulzentren sind jetzt unter provisorischen Zelten, 2 große Sekundärschulen sind geschlossen worden bzw. die Schüler in andere Schulzentren transferiert worden. Der Wiederaufbau, die Rekonstruktion wird ca. 20 Milliarden ruandesische France ausmachen, das sind ungefähr 10 Millionen Euro. Vorhin habe ich vergessen, das Erdbeben hat genau in seiner Diözese im Südwesten von Ruanda stattgefunden, an der Grenze zu Burundi und Kongo am Kiwu-See. Im letzten Teil seiner Intervention spricht er jetzt über die Notwendigkeit dieser gegenseitigen Hilfe und das sagen wir auch aus der Erfahrung heraus. 20 Jahre besteht unsere Partnerschaft zwischen Karlau und Nyamasheke und das ist ja nur ein Beispiel, ein Gesicht für viele Partnerschaften die es gibt, von NGOs von kirchlichen Gruppen und Pfarren. Er sagt, um diesen Problemen, die er aufgezählt hat, speziell den sozialwirtschaftlichen Problemen irgendwie Herr zu werden, braucht es und zählt Ruanda sehr auf die internationale Hilfe. Mit dieser Hilfe kann man weiterhin Unterkünfte für Waisen und Witwen schaffen, Schulen aufbauen, Zugänge zu Wasser schaffen, Brunnen bauen. Familien die arm sind unterstützen und auch landwirtschaftliche Projekte inszenieren und unterstützen, damit sie Kühe bzw. Ziegen erhalten und eine kleine landwirtschaftliche Produktion beginnen können. Diese Hilfe muss aber auch uns Ruandesen dazu bringen, dass wir über unserer eigene Situation mehr nachdenken und selbst unsere Eigenkräfte mobilisieren, im Nachdenken und Entwickeln von Projekten, wie wir aus dieser Situation auch selbst herauskommen können. Wir möchten durch Ihre Hilfe auch zeigen, dass wir dazu fähig sind. Ich möchte allen danken, die in Entwicklungshilfe- und Entwicklungszusammenarbeit großzügig sich engagieren und speziell eben – ich spreche für Ruanda – sich für Projekte in Ruanda einsetzen. Speziell in

meiner Diözese Cyangugu, werden noch einmal unserer Partner – Pfarre Nyamasheke erwähnt. Diese Projekte und man könnte sagen viele andere NGOs und ehrenamtliche und professionellen Leuten in der Entwicklungszusammenarbeit, diese Projekte geben uns Hoffnung zum Leben und sind ein Zeichen einer universellen Solidarität, vielen Danke! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Bischof für seine wichtigen Informationen für uns alle die hier an dieser Enquete teilnehmen, ich wünsche ihm für seine Bemühungen recht viel Erfolg, weil wir wissen, dass die Hilfe die dort gebraucht wird eine lebensnotwendige Hilfe ist und ich hoffe, dass er auf seiner Reise die er jetzt unternommen hat – in der Folge nach Belgien – viele Partner findet, die ihm diese Hilfe angedeihen lassen. Ich bedanke mich auch beim Herrn Pfarrer Glettler für diese hervorragende Übersetzung.

Bevor ich nun zu einem kleinen Mittagsempfang hier hinten links im Rittersaal einladen, möchte ich noch darauf hinweisen, dass es im Landhaushof – genießen Sie diesen schönen Landhaushof bei diesem schönen Wetter – eine hervorragende, sehr informative Ausstellung gibt und das es auch in der Mittagspause ein Straßentheater unter dem Titel „Märchen von der Armut“ gibt. Ich möchte Sie also bitten nachdem Sie sich gestärkt haben von diesem Angebot Gebrauch zu machen und ich darf Sie bitten, dass Sie sich pünktlich wieder um 13.30 Uhr hier in der Landstube einfinden, wir hören dann das Referat von Frau Mag. Elisabeth Freiberger, der Beitrag des Landes Steiermark zur EZA. Ich bitte Sie daher wieder pünktlich um 13.30 Uhr sich einzufinden und wünsche nun eine gute Mittagspause. Ich unterbreche die Enquete bis 13.30 Uhr.

(Unterbrechung der Enquete von 12.19 Uhr – 13.30 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich glaube, dass das Läuten der Glocke auch nebenan gehört wurde und das Sie alle herinnen sind, um die es geht. Ich läute noch einmal zur Vorsicht. (*Glockenzeichen der Präsidentin*) Dann darf ich als 4. Referat und am Beginn unseres Nachmittagsprogrammes die Frau Mag. Elisabeth Freiberger ersuchen, dass Sie zu Ihrem Thema „Der Beitrag des Landes Steiermark zur Entwicklungszusammenarbeit“ Stellung nimmt. Sie ist seit 2004 Leiterin der Fachabteilung 1A Organisation der Steiermärkischen Landesregierung und die Frau Magistra um Ihre Ausführungen bitten. Sie haben 10 Minuten bitte.

Mag. Elisabeth Freiberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete zum Landtag Steiermark, sehr geehrte Gäste dieser Enquete. Ich danke für die Einladung, dass ich hier die EZA des Landes Steiermark präsentieren darf und berichte in meiner Funktion als Vorsitzende des Beirates für Entwicklungszusammenarbeit beim Land Steiermark. Der Beirat für Entwicklungszusammenarbeit beim Land Steiermark berät seit 1981 die Landesregierung in Fragen der Dritten Welt oder in Bezug auf die Länder des Südens. Damals stand ein Budget von rund 1 Million Schilling zur Verfügung. Und bereits damals wurden die Grundsätze für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Steiermarks festgelegt, die sich durch folgende Punkte definiert oder unter anderem durch folgende Punkte. Sie finden in Ihren Tagungsunterlagen, in den Unterlagen der Enquete einen Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit, dem Sie

weitere Details entnehmen können. Die Prinzipien sind vorrangig und vor allem das Prinzip der Partnerschaft. Jedes Projekt, das vom Land Steiermark gefördert wird und durch den Beirat geht, wird darauf hin geprüft, ob es eine Partnerorganisation im jeweiligen Land gibt und eine Organisation, eine Gruppe oder Menschen hier in der Steiermark, die das Projekt gemeinsam entwickeln. Es legt der Beirat sehr großen Wert darauf, dass es nicht Topdown Projekt ist, sondern dass es auch von der Bevölkerung vor Ort gut und nachhaltig mitgetragen wird. Da bin ich auch beim zweiten Stichwort der Nachhaltigkeit. Aus dem Aspekt wird bei der Projektförderung sehr großes Augenmerk gegeben. Und schließlich auch in diesem Zusammenhang die Hilfe zur Selbsthilfe. Besonders begrüßt und befürwortet werden Projekte auch immer dann, wenn erkennbar ist, dass sie dazu dienen, die Bevölkerung vor Ort, eine Gruppe, eine Region, ein Dorf, einen Stadtteil zu einer eigenständigen, selbständigen, emanzipierten Entwicklung zu verhelfen. Derzeit umfasst der Beirat 24 Mitglieder. Diese Mitglieder umfassen ein breites Spektrum der entwicklungspolitischen Arbeit und entstammen Solidaritätsgruppen, NGO's, Selbststeuerungsgruppen, Vereinen, Universitäten, Schulen und kommen in der Regel auch aus der entwicklungspolitischen Arbeit mit ihrem beruflichen oder privaten Engagement. Weiters sind im Beirat auch die im Landtag vertretenen politischen Parteien vertreten. Der derzeitige Beirat wurde am 2. März 2006 von Herrn Landeshauptmann Mag. Voves angelobt. Die Budgetentwicklung für die Arbeit des Beirates ist eine recht erfreuliche, wenn man auch im Gesamtkontext sagen muss, dass die Summen bzw. die Arbeit in der globalen Dimension nur ein kleiner Tropfen auf dem heißen Stein sind. Umso mehr ergibt sich daraus auch die Verantwortung, mit diesem Geld sehr sorgsam umzugehen und zu versuchen, mit den Förderungen auch möglichst viel bewirken zu können. Die Budgetentwicklung ist, wie gesagt, eine steigende. Wir haben auch in der laufenden Legislaturperiode die Zusage, oder in dieser Legislaturperiode die Zusage, dass das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit jährlich um 30.000 Euro gesteigert wird. Sie sehen die langen blauen Balken sind das Budget, über das der Beirat berät. Die anderen kleineren Summen sind auch Budgettöpfe für das Thema Entwicklungszusammenarbeit, aber nicht im Beratungsbereich des Beirates, sondern budgetär schon mehr oder weniger fix vergeben. 2006 wurden Projekte mit einer Summe von rund 348.000,- Euro unterstützt und Sie sehen an der Graphik die Vielfalt der Länder, in denen Projekte durchgeführt werden. Das ergibt sich in erster Linie aus dem Faktum, dass das Land Steiermark Projekte fördert, die von steirischen Gruppen, von steirischen Personen initiiert werden und d.h. je nach dem wo sich die Gruppen engagieren, wo die Gruppen Ihre Verbindungen haben, in diesen Ländern eben Projekte durchgeführt werden. Es gibt keine klassische Schwerpunktsetzung, sondern die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Steiermark ist eben vom Gedanken getragen, das Engagement von Gruppen zu fördern und zu unterstützen. 2007 wurden ebenfalls Projekte mit einer Gesamtsumme von 380.000,- Euro unterstützt. Auch hier sehen Sie wieder die Vielfalt der Länder, die auch hier noch einmal aufgelistet sind. Es ist auch Albanien dabei. Das in dieser Phase der Beratungen auch als ein Land eingestuft wurde, in dem man Projekte fördern soll und führt eben über Äthiopien, Bolivien usw. Sie sehen das auf der Folie, bis Tansania und Uganda. Also eine sehr breite Palette von Ländern, wo steirische Gruppen sich in ihrer entwicklungspolitischen Arbeit engagieren. Heute Vormittag wurde ein Thema angesprochen, nämlich was passiert in den Ländern des Nordens hier bei uns in diesem Kontext. Herr Prof. Brand hat darauf

hingewiesen, dass es auch darum geht, hier Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen zu verändern. Deshalb ist es dem Beirat auch immer wichtig Bildungsprojekte im weiteren Sinn, wir sagen jetzt im Arbeitstitel „Bildungsprojekte“, auch hier vor Ort zu fördern bzw. in Österreich, in der Steiermark Akzente zu setzen. Deswegen wird auch ein Teil des Budgets, des Förderbudgets, für Projekte in der Steiermark verwendet, die sich im weiteren Sinne damit beschäftigen Wissen zu vermitteln, Einstellungen zu verändern, den Leuten einfach das Thema nahe zu bringen und dieser Bereich umfasst auch den Themenbereich Fairer Handel. Auch hier gibt es in der Steiermark eine Vielzahl von sehr guten und sehr fundierten Projekten. Das Verhältnis ist, wie Sie sehen, 20:80. Und die Projektförderungen in den Ländern des Südens sind nach den Richtlinien des Beirates sehr vielfältiger Natur. Als Beispiele sind hier genannt Themen wie Gesundheit, Bildung, Umwelt, Energie und Arbeit. Das beginnt bei Gesundheitsprogrammen, bei Dingen wie Versorgung mit sauberem Wasser, Nahrung, medizinische Hilfen im Bereich der Bildung Bau von Schulen, Ausstattung von Schulen. Im Bereich Umwelt und Energie, da werden wir ja heute noch etwas dazu hören, die Versorgung mit alternativen Energieanlagen und eben auch Bereich Arbeit, Einrichtung von Handwerksbetrieben, Unterstützung in der Entfaltung von handwerklichen Tätigkeiten. Die Stärken durch das Land Steiermark geförderten Entwicklungszusammenarbeit sind, dadurch dass Gruppen, NGO's aktiv sind, dass diese Gruppen über Jahre mit Ländern, mit Regionen, mit Dörfern in den Ländern des Südens kooperieren und dadurch auch sehr gut wissen, was gebraucht wird und auf die Bedürfnisse der Zielgruppen eingehen können. Die Gruppen, die NGO's haben direkten und unmittelbaren Kontakt zu den Projektpartnern und dadurch ist jeder Fördereuro, jetzt wollte ich Förderschilling sagen, jeder Fördereuro ein Anreiz sozusagen, der durch die Gruppen, durch die NGO's vervielfacht wird. Eine Evaluierung hat ergeben, dass jeder Euro, den das Land Steiermark als Förderung gibt, mal 4 zu multiplizieren ist durch die eigenen Initiativen, durch die Leistungen, die dann die Gruppen selber noch aufbringen. Und natürlich wichtig sind die Vernetzungsaktivitäten und die Verknüpfung von Projektarbeit und Bildungsarbeit, die, wie schon ausgeführt, in der Förderpolitik des Landes Steiermark einen hohen Stellenwert hat. Aktuelle Schwerpunkte darf ich Ihnen zum Abschluss nennen. Die Schwerpunkte der Steirischen Entwicklungszusammenarbeit sind geprägt durch das Engagement, durch die Arbeit der steirischen NGO's und Gruppen mit den Ländern, in den Ländern des Südens. Wir hatten erfreulicherweise in den letzten Jahren eine Aufstockung der Budgetmittel. Dem Thema Fair Trade wird viel Augenmerk gegeben. Es gibt alljährlich einen Fair Trade Tag und Mitglieder des Beirates wirken auch mit am Projekt des Landes Steiermark zum Global-Marshall-Plan. Das sind die aktuellen Schwerpunkte der EZA. Mit diesen Ausführungen darf ich schließen und mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Dankeschön (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Vielen Dank, Frau Magister, auch danke ich für die Zeitdisziplin und ich darf nun zum 5. Referat kommen, zum Thema „Mit biofairen Produkten zum Unternehmenserfolg“, es ist eingeladen der Herr Josef Zotter. Herr Josef Zotter ist der Gründer der Firma Zotter Schokoladenmanufaktur GmbH und ich bedanke mich vorneweg schon für die Kostproben. Danke vielmals, und darf Sie ebenfalls um Ihre Ausführungen bitten. Auch Sie haben zehn Minuten zur Verfügung.

Josef Zotter: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie auch recht herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass es so einen Tag wie diesen heute – oh, das ist praktisch, das geht automatisch in die Höhe – dass es so einen Tag wie diesen gibt, weil es für mich als Unternehmer natürlich ganz besonders wichtig ist, dass in Sachen Entwicklungszusammenarbeit einiges gemacht wird. Die Steiermark scheint ja da irgendwie auch auf diesem Gebiet ein bisschen Vorreiterrolle zu spielen. Ich für meine Person, ich glaube, viele kennen mich ja, ich habe vor circa 20 Jahren das Unternehmen Zotter Schokoladenmanufaktur gegründet. Damals nicht als Schokoladenmanufaktur, sondern noch als kleine Konditorei, mein Unternehmen habe ich damals in Graz gestartet. Und das Thema Schokolade hat mich schon immer sehr interessiert. Einerseits nicht nur, weil es gut schmeckt, ich glaube, es gibt ja doch auch einige, denen es so geht, aber es hat mich schon sehr früh auch inspiriert dieses Thema, dass Kakao und verschiedene Zutaten für Schokolade doch in Ländern entstehen oder wachsen, wo wir überhaupt nicht darüber nachdenken, wie das funktioniert und wie die Produkte entstehen und was da eigentlich dahinter steht. Durch meine ersten Reisen habe ich sehr früh erkannt, dass da ein unglaubliches Ungleichgewicht herrscht. Wenn man damals überlegt hat, ich weiß nicht, vor 15 Jahren hat eine Schokolade drei Schillinge gekostet oder fünf Schillinge und es war für mich total unlogisch, dass hier ein Ausgleich stattfinden soll bzw. dass die Produzenten, die ja eigentlich verantwortlich sind für den Geschmack und die Qualität, unglaublich wenig dafür kriegen müssen. Bin dann eben auf Reisen gegangen und habe das dann wirklich hautnah miterlebt und habe in den letzten 15 Jahren natürlich sehr, sehr viele Reisen in so genannte – „Dritte Welt“ soll man ja nicht sagen – eher Entwicklungsländer gemacht, um eben ein Konzept aufzubauen für mein Unternehmen, das natürlich irgendwo auch einen Hintergrund hat, wirtschaftlich zu bestehen. Ich habe relativ früh erkannt, dass es nur eine Möglichkeit gibt, die Dinge transparent zu machen und den Menschen, denen man Produkte verkauft, auch zu erzählen, wo die Rohstoffe herkommen und wie das Ganze funktioniert.

Und so haben wir dann sehr bald begonnen, hier ein bisserl was – wie man so schön sagt – zu emotionalisieren, also die Produkte, die wir produziert haben, haben wir auch einen Namen gegeben. Und ich habe diese Entwicklung – heute sind wir ein reiner Biobetrieb und wir verarbeiten in unserem Unternehmen nur fair gehandelte Produkte. Auch das war glaube ich relativ eine Konsequenz oder ist aus meiner Sicht relativ konsequent für ein Unternehmen, dass man sich nicht für einen Teilbereich, für nachhaltiges Wirtschaften entscheidet, sondern dass man sich halt irgendwie ganz dem Thema widmet, weil ich glaube, dass der Konsument das nur so wirklich spüren kann bzw. jetzt auf steirisch gesagt, „einem abnimmt“, wenn das Unternehmen sich wirklich ganzheitlich engagiert.

Und das haben wir jetzt vor ein paar Jahren ganz konsequent umgesetzt, was den fairen Handel betrifft. Wir sind jetzt seit drei Jahren Partner des fairen Handels sozusagen und des ökologischen Wirtschaftens, weil das Thema „Bio und fair, kann man damit erfolgreich sein“ natürlich immer ein brennendes ist. Ich kann Ihnen nur sagen, wir sind wie man ja mittlerweile weiß sehr erfolgreich geworden damit. Ich kann da nur jedem empfehlen, es macht Spaß, in diesem Segment zu arbeiten und vor allem wenn man es so ganzheitlich macht.

Dass fairer Handel irgendwie auch ökologisch Wirtschaften beinhaltet, das ist für mich eigentlich gar kein Thema, sondern das ist eine gnadenlose Selbstverständlichkeit, weil von was reden wir? Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein fairer Handel funktionieren könnte, auch wenn nicht auch noch ökologisch gewirtschaftet wird. Denn letztendlich muss man die Zusammenhänge schon als ein Ganzes sehen. Und deswegen wäre auch mein Wunsch an alle Leute, die mit Entwicklungshilfeszusammenarbeit zu tun haben, dieses Thema noch mehr zu emotionalisieren, weil das glaube ich der einzige Weg ist, um auch die Nachhaltigkeit wirklich zu unterstreichen.

Und vielleicht, nachdem ich mein Referat ja sehr kurz halten muss, ein paar Beweggründe, warum macht ein Unternehmen den fairen Handel oder warum engagiert man sich, wo man vielleicht meinen könnte, das ist ja wirtschaftlich ein schwieriges Unterfangen, wenn für Rohstoffpreise mehr bezahlt werden muss, wenn man das jetzt einmal so auf die wirtschaftliche Ebene hebt. Es ist letztendlich natürlich so, ein Produkt muss in erster Linie einmal was Besonderes sein und muss gut sein. Und das war mein erster Antrieb bzw. mein Ansatz. Mein Ansatz war nicht fair zu handeln und ökologisch zu wirtschaften, sondern mein Ansatz war, dass dieses Segment erfolgreich werden kann, geht nur für mich unter einer Bedingung, dass man die Produkte, die man erzeugt, in einer derartigen Sicherheit hat, dass es nicht darum geht, dass man nur emotionalisiert und sagt, ja die Bauern vor Ort haben ein schweres Leben und deshalb zahlen wir ein paar Cent mehr, sondern ich habe den anderen Weg gewählt. Ich verführe meine Kunden sozusagen zuerst mit gutem Geschmack und mit guter Qualität, weil ich sowieso der Meinung bin, in Zukunft werden Spitzenlebensmittel – und wir machen halt Lebensmittel – sich wahrscheinlich am Markt schon dadurch unterscheiden, dass sie in erster Linie gut sein müssen. Und wenn sie gut sind und noch fair gehandelt und noch ökologisch produziert, das ist halt einfach die Draufgabe für den Konsumenten. Denn eines habe ich auch sehr schnell gesehen, die Leute in den Entwicklungsländern wollen keine Almosenempfänger sein. Wir haben oft zwar das Bedürfnis zu sagen, wenn gewisse Feiertage anbrechen oder sonst irgendwelche Festlichkeiten, dass wir sagen, man muss was tun und man muss sich irgendwo engagieren oder wenn ein schweres Erdbeben passiert oder sonst irgendwas, aus meiner Sicht – das ist schon gut, dass es so ist, ich weiß schon, dass es durch Medien und so weiter gut zu transportieren ist, wenn irgendwo wieder ein Orkan drüberfegt und dass die Leute dann eine bisserl lockere Brieftasche haben, das ist eine Sache. Aber letztendlich das wirklich Nachhaltige ist aus meiner Sicht, aber ich kann auch gar nichts anderes sagen, das nachhaltige Wirtschaften, das ist, dass Unternehmen sich dem Bereich stärker widmen, gute Produkte erzeugen. Gute Produkte haben automatisch einen Preis. Und eigentlich muss ich sagen jetzt aus meiner Sicht, von was rede ich, wenn unsere Produkte, die tatsächlich im oberen Preissegment positioniert sind, nicht auch noch fair gehandelt sein können, also das wäre ja sowieso das Schlimmste. Und deswegen denke ich, eigentlich sind das, was wir machen, sowieso Selbstverständlichkeiten. Ein Unternehmen hat ja auch Verantwortung. Unser Unternehmen hat ja momentan 86 Arbeitsplätze auch in einer Region geschaffen, wo es vorher keine Arbeitsplätze gegeben hat. Also ich sage immer, in meiner Gemeinde bin ich der größte Arbeitgeber, weil ich der einzige bin. Aber auch das ist ein Faktor, glaube ich, der in Zukunft immer wichtiger sein wird. Es ist vielleicht hier der richtige Raum auch dafür, dass man sensibilisiert, dass in Zukunft vielleicht Unternehmen nicht nur in Ballungszentren angesiedelt werden in Anbetracht der

Energiesituation, die man ja jetzt hat. Das zeigt es ja sehr, sehr gut auf, dass es wahrscheinlich in Zukunft schon wieder notwendig werden wird, ein bisschen mehr die Unternehmen auch aufs Land zu bringen, um näher zu den Arbeitsplätzen zu kommen, weil auch das ist ein Thema, das man in Zukunft noch stärker diskutieren muss.

Eines vielleicht noch für uns als Unternehmen. Ich werde auch sehr oft gefragt, es ist für mich so ein zwiespältiges Verhältnis. Einerseits arbeiten wir ökologisch und nachhaltig und importieren Kakao und Zucker und Kaffee und Bananen und alles, was exotische Zutaten sind für unsere Produkte aus fernen Ländern, dass das nicht so unbedingt ökologisch ist, weil das natürlich sehr weit her kommt. Aber wir sind nun einmal Schokoladeproduzenten und müssen das Beste daraus machen.

Und immer wenn mich Journalisten fragen und sagen, ja, Zotter, Wahnsinn, Ihre Produkte habe ich in Japan gesehen und in USA oder sonst irgendwo, dann denke ich mir immer, in den letzten Jahren oder vor fünf Jahren habe ich mich irrsinnig gefreut, dass es so ist. In letzter Zeit habe ich meine Strategie sehr stark geändert. Wir wollen versuchen, mehr wieder hier in Zentraleuropa tätig zu sein, sind wir ja sowieso, es ist ja unser Kerngebiet, der deutschsprachige Raum. Da können wir gut kommunizieren und da versteht man uns auch.

Aber wir müssen auch, glaube ich, endlich von dieser Erotik wegkommen, dass nur der Export das einzige Mittel ist. Wir müssen, es hat ja keinen Sinn, wenn ich mein Unternehmen anschau, wir haben 4 % Marktanteil in Österreich, ein Tafelschokoladesegment. Wenn ich 8 % hätte und wir exportieren mehr als 50 % ins Ausland, bräuchte ich eigentlich nichts mehr exportieren und das muss das Ziel sein aus meiner Sicht. Ich glaube, auch das ist noch etwas, wo wir massiv umdenken müssen. Dass wir Waren quer durch die Welt transportieren, das wird nicht die Zukunft sein. Auch das ist glaube ich noch eine Verantwortung für ein Unternehmen und auch für die Politik, in Zukunft da neue Maßnahmen zu setzen. In dem Sinn bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen noch einen angenehmen Nachmittag, einen interessanten – der bestimmt interessant wird, weil ich habe gesehen, auf der Liste stehen ja lauter interessante Personen, die viel zu sagen haben. Danke schön. (Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Danke vielmals, Herr Zotter. Ich darf nun zum sechsten Referat den Herrn Ing. Werner Weiss bitten. Er ist spricht zum Thema Nachhaltigkeit durch erneuerbare Energie. Er ist Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft „Erneuerbare Energie“ (AEE) und Projektleiter in diversen nationalen, europäischen und internationalen Projekten für Systemtechnikentwicklung, Implementierung und den Transfer von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien. Ich darf Sie um Ihre Ausführungen ersuchen. Sie haben 10 Minuten, bitte.

Ing. Werner Weiss: Danke für die Vorstellung. Wir wechseln das Thema von süßen Sachen, von Schokolade zu Technik – Nachhaltigkeit durch erneuerbare Energien. Wir haben eingangs gehört beim ersten Referat dieses Tages, Handelsöffnung, weltweit Globalisierung. Ich habe in den letzten 13 Jahren hautnah erlebt, auch im Bereich erneuerbaren Energien, wie sich Globalisierung auswirkt. In unserem Bereich, auf den wir üblicherweise sehr stolz sind, in Österreich, in der Steiermark Technologien zu

entwickeln, zu exportieren mit einem Exportanteil von 80 % - die österreichischen Firmen. Wir, die Arbeitsgemeinschaft „Erneuerbare Energie“ seit 20 Jahren im Bereich erneuerbare Energien, wie der Name schon sagt, beschäftigen uns aber im Wesentlichen mit Forschung und Entwicklung. Habe begonnen vor 25 Jahren mit Selbstbaugruppen. Wir arbeiten jetzt im Wesentlichen, wie gesagt, im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Verkaufen also keine Anlagen, haben aber in der Diskussion vor 15 Jahren ungefähr über nachhaltige Entwicklung festgestellt, wir sollten eigentlich nicht nur in Österreich etwas tun, sondern welchen Beitrag können wir auch in Entwicklungsländern leisten. Diese Folie habe ich vor, ich denke es ist 14 Jahre her, gemeinsam mit Prof. Lang von der Montanuniversität gemacht in einem Projekt. Die Situation hat sich nicht geändert und das war für mich das Wesentliche. D.h., wir haben auf dieser Seite hier weltweit die Bevölkerung rund 6 Milliarden, in der Zwischenzeit etwas mehr. Wie wir wissen, die Industrieländer emittieren in etwa 4,6 Milliarden Tonnen Kohlenstoff und die 4,1 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern nur 1,7. D.h., da gibt es ein ganz klares Missverhältnis. D.h., pro Person ist es so, dass wir 1990 – inzwischen ist es nur noch gestiegen – 3,4 Tonnen Kohlenstoff pro Einwohner emittieren in den Industrieländern und nur 0,4 in den Entwicklungsländern. Werden Sie sagen, das ist kein Problem, kennt jeder. Wenn Sie sich alle Nachhaltigkeitsszenarien ansehen, dann ist völlig klar, dass wir, wenn Sie sich die letzten Jahre ansehen, dass wir den Kohlenstoffausstoß in etwa halbieren müssen und wenn wir weiters davon ausgehen, dass jeder Mensch weltweit einen einigermaßen gleichen Zugang zur Energie hat, dann würde das bedeuten, wir müssen von diesen 6 Milliarden Tonnen auf 3 Milliarden Tonnen reduzieren, also halbieren. Wenn wir sagen, jeder hat den gleichen Zugang, dann gestehen wir jedem Menschen weltweit zu, dass er 0,3 Tonnen Kohlenstoff emittieren darf. Wenn Sie sich jetzt anschauen, d.h., die Entwicklungsländer müssen reduzieren von 0,4 auf 0,3, die Industrieländer von 3,4 auf 0,3 Tonnen pro Einwohner. Kann sich jeder von Ihnen vorstellen, dass Sie nur mehr 10 % Auto fahren von dem was Sie jetzt fahren, nur mehr 10 % heizen, 10 % Ihre Elektrogeräte in Betrieb nehmen. Das ist dass, was wir tun müssen, um einen nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich zu gewährleisten. Kann sich vermutlich niemand vorstellen, aber die Konsequenz daraus ist, Sie können es nicht mit Öl, Gas und Kohle tun, Sie müssen das mit Erneuerbaren tun. Das ist der Versuch den wir seit mehr als 20 Jahren gehen. Aber daran hat sich nichts geändert. Die Situation hat sich nur noch verschärft. Die Ungerechtigkeit zum Zugang zur Energie wurde schlimmer. Ich zeige Ihnen jetzt ganz schnell was wir gemacht haben in den letzten 13, 14 Jahren in den Entwicklungsländern und möchte am Schluss noch meine Schlussfolgerungen daraus ableiten. Vorausschicken möchte ich, wir haben im Wesentlichen Ausbildungsprojekte gemacht. Wir gehen nicht hin und installieren Anlagen irgendwo. Der wesentliche Zugang ist, wir machen Ausbildung in den einzelnen Ländern, haben immer entweder Universitäten oder Firmen als Partner in den Ländern und die Projektdauer ist zwischen 3 Jahren, die kürzesten Projekte bis hin, in Simbabwe sind wir in der Zwischenzeit seit 12 Jahren. Der Focus jetzt, wir arbeiten im Bereich Wassertechnologien, Focus auf Solarenergie. Es gibt viele Möglichkeiten Solarenergie zu nutzen in diesen Ländern. Von der Warmwasserbereitung, über Kochen, Trocknen, Kühlung, Meerwasserentsalzung. Der Wärmebereich, der Bereich Stromerzeugung oder Photovoltaik, im Bereich Beleuchtung, Kommunikation. Der Bereich Kühlen. Kühlen insbesondere im Bereich wenn Sie an den ganzen Medizinbereich denken. Kühlen von Medikamenten und ähnlichen

Dingen, Wasserpumpenanlagen, Desinfektion von Wasser und Sterilisieren. Solares Kochen mag der Hit sein und ich habe gedacht, das ist die Sache wie ich das erste Mal nach Afrika bin. Solares Kochen, die haben genug Sonne und wenn man sieht Dreisteinfeuer, so sieht die Umgebung von zahlreichen Dörfern aus. Also, die Bäume werden gekappt und verheizt. Solares Kochen wäre doch nahe liegend. In der Zwischenzeit bin ich überzeugt, dass solares Kochen technisch zwar perfekt funktioniert, überhaupt kein Problem ist, aber was sie wirklich brauchen ist eine Hacke, eine Säge und dass man ihnen beibringt, wie man nachhaltig mit Wald umgeht. Das ist wesentlich sinnvoller als Technologie zu implementieren, die zwar technisch super funktioniert, aber soziale Probleme dort zu überwinden, das ist wirklich die wesentlich größere Herausforderung. Nichtsdestotrotz, solares Kochen von Kochkisten über konszentrierende Systeme funktioniert perfekt. Der technische Teil, habe ich gelernt, ist nicht das Problem. Das Problem ist, das können sie auch ganz leicht in den Ländern produzieren, das Problem ist, wie machen sie es sozial akzeptabel. Das ist der eigentliche Punkt solcher Projekte. Im Bereich der Warmwasserbereitung haben wir in Simbabwe, in Uganda, in Tansania gemeinsam mit Universitäten, gemeinsam mit lokalen Firmen die Produktion implementiert in bestehende Firmen die es schon gab, die also im Bereich Metallverarbeitung gearbeitet haben. Wir haben versucht lokale Fertigungen aufzubauen mit den Möglichkeiten die es dort gibt. Haben uns dann konzentriert bei den ersten Anlagen das zu kombinieren mit Ausbildung und zugleich aber die Nutznießer der ersten Anlagen waren Spitäler, Waisenhäuser, die zuerst mit Kohle, wie auch immer, Warmwasser bereitet haben. Das waren also die ersten Nutznießer dieser Anlagen, Schulen, Spitäler. Es ist sehr gut gelungen. Mehrere hundert Anlagen in allen Ländern lokal gefertigt. Im Bereich solares Trocknen, riesiges Potential. Gestartet von Früchten über Kaffeetrocknung. Trocknung wie sie üblicher Weise in afrikanischen Ländern passiert. Sie können sich vorstellen, was sich hygienisch dabei abspielt und mit Niederschlägen, ähnliche Dinge. Wir haben also Trockner gebaut. Sie versucht so zu bauen, dass die das ganze Jahr über eingesetzt werden können im Kooperativen, also zum Kaffeetrocknen, zum Fruchttrocknen. Eine kleine Kooperative im Osten von Simbabwe die Kaffee getrocknet haben, eine bessere Qualität dadurch bekommen haben und dadurch auch einen besseren Preis. Auch hier wieder, technisch war es nicht so schwierig das umzusetzen. Bedeutet auch Herausforderung. Das Problem ist, wie vermarkten die das dann. Es sind alle begeistert.

Eine Vermarktungsstruktur aufzubauen, das ist die wirkliche Herausforderung, denn die produzieren nicht die Mengen, die üblicherweise auch im Fair Trade gebraucht wurden. Wir haben dann versucht, um ein kleines Beispiel, ah, herzugehen und zu sagen, in allen diesen Ländern gibt es sozusagen die obere Klasse der Hotels, dort zahlen Leute für getrocknete Früchte, die normale Bevölkerung kann sich das nicht leisten. Wir haben dann versucht, über diese Hotels einen ersten Absatzmarkt zu finden für diese Produkte, sonst stehen die da, beginnen mit viel Engagement das zu tun, finden dann aber für die kleinen Mengen zu Beginn keine Absatzmärkte. Wir sind dann in größere Dimensionen gegangen, Kaffeetrocknen in Costa Rica, die Fläche, die Sie hier sehen, ist nicht nur ein normales Dach, sind Sonnenkollektoren, Luftkollektoren, relativ große Anlage mit fast 600 Kilowatt Leistung, fahren dort auf einem Trommeltrockner, das hat eine andere Dimension, also hier wirklich kommerzielle Trocknung mit Sonnenenergie, andere ah Beispiele hier mit Wasseraufbereitung, solare Homesysteme, also ah

Stromerzeugung für kleine Kliniken, ah, nahe liegend ist natürlich immer, das kommt also meistens als erstes Beispiel, ein Photovoltaik-Modul, und woran die meisten denken, dann kriegen die alle endlich Fernsehen, ah, es gibt aus meiner Sicht auch sinnvollere Einsätze, nämlich im Bereich Schulen, in größeren kommunalen Einrichtungen, in Kleinanlagen habe ich sehr häufig erlebt, dass diese Anlagen dann nach 3 Wochen weg sind, und verkauft werden, das ist ein Dreijahreseinkommen. Also für mich ist die Frage, ob jede afrikanische Hütte als ersten Schritt ein Photovoltaik-Modul haben muss. Aus meiner Sicht ist es wesentlich besser, kommunale Einrichtungen, Spitäler und ähnliches damit zu versorgen. Nur ein Beispiel zu den Kosten. Die Kosten fallen in den Industrieländern an, oder die Wertschöpfung. Wir haben noch Wasserpumpenanlagen gemacht, relativ große in Ost-Uganda, sind glaube ich immer noch die größten Anlagen, ah, ganz schnell, Projekte, die wir gemacht haben oder zum Teil noch laufen: Die roten, die gelben sind Solarenergieprojekte, die grünblauen Wasserprojekte, die wir machen. Wir könnten uns zurücklegen und sagen, es waren hunderte Anlagen in den Ländern initiiert. Meine Schlussfolgerung nach all diesen Jahren ist trotzdem, da komm ich auf den Vortrag von Herrn Professor Brand zurück. Ein Schlüsselerlebnis oder mehrere Schlüsselerlebnisse in diese Richtung: Man baut lokale Strukturen auf, es gibt kleine Firmen, die das produzieren können, und die Schlüsselaussage eines österreichischen Unternehmens, der der größte Hersteller von Sonnenkollektoren in Europa ist, das finde ich super, dass ihr das macht, wer sind die Leute, die das dort machen, dorthin exportieren wir jetzt. Mit dem ersten Container, den wir hinschicken, ist der lokale Markt innerhalb von einem Monat tot gewesen, weil die Produktion im Land hier in Österreich billiger ist, als in jedem Dritte-Welt-Land oder Entwicklungsland, die Firmen kaufen Kupfer, Aluminium, was immer sie dazu brauchen, am Weltmarkt ein, also das heißt, ein Entwicklungsland kriegt nicht billiger, auch in Sambia, wenn die Kupfer produzieren, kriegen die das fertige Kupfer nicht billiger, und damit haben sie das Problem, da bin ich wieder zurück bei der Globalisierung: Wenn sie diesen Ländern nicht erlauben, massive Handelsschranken einzuführen, nämlich Importzölle, bauen sie nie und nimmer eine lokale Fertigung auf. Wir werden ihnen den Markt immer wegnehmen. Das ist so für mich so eine etwas bittere Erkenntnis und deshalb glaube ich, dass Globalisierung nur denen nützt, die wirklich am Drücker sind und die das Geld haben, sonst sind diese Projekte, die wir machen, wir werden damit nicht aufhören. Aber zu glauben, dass man damit lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze schafft, glaube ich in der Zwischenzeit nicht mehr, und da glaube ich, dass die Politik ganz massiv gefordert ist, sonst wird das nicht passieren mit noch soviel Engagement von tausenden Leuten, die in diesem Bereich arbeiten. Danke.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Danke dem Herrn Ing. Weiss für seine Ausführungen und darf zum 7. Referat, zum Thema „Fair Schürfen, der Ansatz der Firma Wolfram“, den Herrn DI Dr. Burghart Zeiler, um seine Ausführungen bitten. Er ist seit 2000 Geschäftsführer der Firma Wolfram Bergbau- und Hütten GmbH und ich darf ebenfalls um Zeitdisziplin ersuchen, 10 Minuten bitte. Bitte Herr Diplomingenieur.

Dipl. Ing. Dr. Burghard Zeiler:

Die Zeitdisziplin ist bei mir nur möglich, wenn ich mir das vorher genau aufschreibe, darum um Vergebung, wenn ich das meiste jetzt herunterlese.

Es geht los. Im Unterschied zu Schokolade werde ich ein bisserl erklären, was Wolfram ist. Mein Name: Burghart Zeiler, Geschäftsführer der Wolfram Bergbau- und Hütten Gesellschaft, die in Sankt Martin im Sulmtal zu Hause ist, in der Steiermark. Unsere Firma gewinnt das Element Wolfram aus der Natur und stellt daraus hochreine Wolfram-Metall- und Wolfram-Karbid-Pulver her. Wolfram selbst ist ein Metall, es schmilzt erst, wenn Eisen schon kocht, ist so schwer wie Gold und fast so hart wie Diamant im Zusammenhang mit Kohlenstoff. Jeder von Ihnen hat einen Wolfram-Teil im Vibrationsalarm des Mobiltelefons bei sich, weil es so schwer ist und ordentlich rütteln kann. Sie schreiben mit dem Kugelschreiber auf einer Kugel aus Wolfram-Karbid und Sie haben sicher schon einmal beim Zahnarzt die direkte Bekanntschaft mit einem Bohrer aus Wolfram-Karbid gemacht. Außerdem verwenden Sie unzählige Dinge des täglichen Gebrauches, für deren Herstellung Hochleistungswerkzeuge aus Wolfram notwendig sind. Unsere Firma selbst betreibt den größten Wolfram-Bergbau Europas in Mittersill, im Bundesland Salzburg, in unmittelbarer Nähe des Nationalparks Hohe Tauern, ohne dass die Nationalparkbesucher jemals merken, dass sie da am größten Wolfram-Bergbau Europas vorbeifahren. Dieser Betrieb beliefert den Hüttenbetrieb in Sankt Martin im Sulmtal in der Steiermark, aus dem dann wiederum weiterproduzierende Unternehmen in der ganzen Welt beliefert werden. Nachdem Wolfram nur an bestimmten Stellen an der Welt hergestellt wird, müssen wir es dann notgedrungen exportieren, schön langsam geniere ich mich ja schon für den Export. Wir haben 88 % Exportanteil, Wolfram ist allerdings sehr schwer, das heißt, es ist relativ klein, die, das wirkliche Volumen, das wir hier herumschippern.

Unser Weltmarktanteil beträgt 14 % und wir erwirtschaften mit ungefähr 300 Beschäftigten in Summe einen Umsatz von, im letzten Jahr, 166 Millionen Euro. Die Frage ist nun, wie ein solches, sehr spezialisiertes Unternehmen, von sich in Anspruch nehmen kann, fair zu schürfen. Zu den Grundprinzipien unserer Firma gehört es seit der Gründung im Jahr 1975, mit Lieferanten und Kunden fair umzugehen. Auf der Kundenseite äußert sich das darin, dass potentielle Abnehmer aktiv auf unsere Firma zugehen und wir praktisch keine Werbung für unsere Produkte machen müssen. Lieferantenseitig sind wir ebenfalls weltweit tätig und arbeiten im Rahmen von strategischen Partnerschaften, um uns im immer schwieriger werdenden Rohstoffbeschaffungsmarkt, das ist ja heute schon ein paar Mal gefallen, weiterentwickeln zu können. Über diese Aktivitäten möchte ich Ihnen berichten und zwar nicht über jenen Teil, wo es um hochtechnisierten Bergbau geht, wie in Industrieländern gezwungenermaßen aufgrund des Kostendruckes und der ausgebauten Infrastruktur betreiben müssen, sondern um den anderen Teil. Nachdem der eigene Bergbaubetrieb in Mittersill schon längere Zeit nicht mehr ausreicht, den gestiegenen Rohstoffbedarf der Hütte in Sankt Martin zu decken, haben wir bereits in den 90er Jahren begonnen, in Bolivien mittels technischer Unterstützung in Form von Beratungen und Unterstützungen von Kleinunternehmen, diese in die Lage zu versetzen, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie müssen sich vorstellen, in den 90er-Jahren, wenn man gesagt hat, man ist ein Rohstoffbetrieb, dann hat jeder gesagt, um Himmels Willen, Ihr

seid die letzten Neger, jetzt nicht schlimm gemeint, sondern das ist ja fürchterlich, was ihr hier macht, , das braucht ja überhaupt niemand.

Und keiner realisierte, dass eigentlich unser ganzer Wohlstand auf Rohstoffen aufgebaut ist. Heute braucht man das niemandem mehr sagen, jetzt hat jeder Rohstoffe, Rohstoffe. Hier wurde schon 1990 begonnen, , zu unterstützen und wir haben dort einen sehr guten Vertreter, den Generalkonsul Österreichs, der sitzt in La Paz und der hilft uns hier, vertrauenswürdige Partner zu finden. Die technische Hilfe für diese Unterstützung kommt aus unserem eigenen Betrieb in Mittersill. Dort entwickeln wir die Verfahren für die externen Projekte und helfen auch zum Beispiel mit Computermodellierungen auf der linken Seite von den Bergbauaktivitäten.

Der Direktkontakt versetzt uns in die Lage der bolivianischen Grube, und man sieht, dass sind zum Teil richtige Familienbetriebe, Weltmarktpreise zu bezahlen, die ohne Abzüge durch den Zwischenhandel erfolgen. Oft sind die so kleinstrukturiert, dass hier normalerweise Zwischenhändler auftreten, die dann die Ohnmacht der Leute ausnutzen und den Großteil sozusagen des Gewinnes, den sie dann erwirtschaften, wenn sie es an uns weiterverkaufen, für sich selbst in Anspruch nehmen. Derzeit ist es in Bolivien nicht sehr leicht, evo Moralisch-Stichwort, unsere Aktivitäten sind dort nicht betroffen, weil wir eben kleine Strukturen, lokale Strukturen, fördern. Also wir arbeiten ungestört weiter. Ich muss aber auch dazu sagen, dass wir es auf eigenes Risiko tun, das heißt, all das Geld, das wir dort hineinstecken, ist eigenes Risiko und falls es fort sein sollte, trifft das nur uns als Firma. Im letzten Jahr konnten wir nach Bolivien ungefähr 3 Millionen Euro als Gegenwert für die erhaltenen Wolfram-Konzentratlieferungen überweisen. Ein weiteres und noch größeres Betätigungsfeld dieser Art entwickelte sich nun in Zentralafrika, Ruanda und Burundi. In 2006 wurden wir von einem Handelspartner informiert, dass die staatliche Bergbauorganisation Reunion de Mines in Ruanda die Bergbaubetriebe, weil sie defizitär waren, privatisieren wollte und Investoren suchte. Das war die Situation, die wir vor Ort vorgefunden haben. Wir waren dann in 2006 in Gigale, das ist jetzt mein deutscher Kollege und ich, die anderen Leute unserer Delegation haben derweil vor Ort gearbeitet, das werden wir später sehen.

Wir haben die Konzession übernommen und uns sofort daran gemacht, eine Bestandsaufnahme zu machen und dafür zu sorgen, dass die 400 Leute, die auf unserer Konzession beschäftigt waren, auch weiter beschäftigt sein konnten. Unsere Leute fuhren zur Grube, besuchten sie mehrere Male und wir finanzierten zunächst in Sicherheitsausrüstung, denn selbst Banalitäten wie Helme, Sicherheitsstiefel oder ordentliche Bekleidung waren dort überhaupt keine Selbstverständlichkeit. Zur Verbesserung des weitgehend händischen Abbaues haben wir zunächst einmal Kompressoren und pneumatische Werkzeuge beschafft und nach Ruanda transportiert – auch das schon einmal ein Erlebnis. Unsere Leute sind dann dorthin gekommen, man sieht also da einen Mitarbeiter von uns im Hintergrund und der hat eine Einschulung durchgeführt vor Ort, der musste selbst einmal eingeschult werden bei uns im eigenen Bergbau, weil er mit einem Handgerät nicht mehr gearbeitet hat. Im Westen ist alles so hoch technisiert, dass solche Geräte praktisch keine Verwendung mehr finden. Es gelang, eine Kernmannschaft aufzubauen, die Hilfe zur Produktionssteigerung geben konnte und zwar auf dem gesamten Konzessionsgebiet. Von der kleinen Kernmannschaft konnten alle profitieren, die dort gearbeitet haben. Der Direktkontakt wurde hergestellt,

d.h. der Zwischenhandel war ausgeschaltet und die Sicherheit der Leute vor Ort ist gestiegen. Parallel dazu haben wir die weiterführenden Aufbereitungsschritte optimiert. Da ist es nämlich ganz wichtig, in diesen Schritten kann man auch die natürlichen Ressourcen, die man gewonnen hat, wieder verlieren, was natürlich auch nicht Sinn und Zweck der Sache ist, darum auch die Hilfestellung hier. Der Schwerpunkt der Arbeit derzeit liegt in der geologischen Zukunftsausrichtung. Man muss als Land einmal wissen, welche Ressourcen man überhaupt hat. Die ruanderische Regierung, die Stellen sind da sehr daran interessiert, daher führen wir auch ein geologisches Explorationsprogramm durch im Westen – das ist eine sehr komplizierte Arbeit von Spezialisten. Unsere Aufgabe war es, die Leute vor Ort hier einzuschulen, das zu machen. Wir haben zunächst einfache Gerätschaften gebaut – man fragt sich, was ist das? Jetzt sieht man es. Das ist also eine einfache Winde, mit der man das Material aus den Schurfgräben herausholen kann, nicht einmal das hat es vorher gegeben, da wurde auf einfachen Leitern mit jedem Kübel einzeln herausgekraxelt. Das Nächste war dann: Wenn man wissen will, wie viel Wolfram im Boden ist, dann macht man das bei uns mittels Röntgenfluoreszenzanalyse oder induktiv gekoppelten Plasmageräten - gibt es natürlich dort nicht. Wir mussten uns auch da überlegen: Wie können wir an das Land angepasst etwas machen? Und mit ein bisschen Überlegung, einer kleiner Küchenwaage, ein paar Waschschalen und einer Schulung im Schlussrechnen konnten wir ein Ergebnis erzielen, das wahrscheinlich jeden Pisa-Test erblassen lassen würde. Die Proben kommen aus den Schürfschächten, den Holzausbau zur Sicherung der Schürfschächte haben wir auch im Rahmen des Ausbildungsprogrammes den Leuten vor Ort gelernt. Wenn die selbständig arbeiten, tun die das nicht ausbauen und hie und da kracht dann so ein Schürfschacht zusammen und dann ist der Mann eben entsprechend verschüttet. Also auch hier ein eindeutiger Schritt in Richtung mehr Sicherheit. In Europa würde hier eine Großmaschine stehen, die das vollautomatisch betreibt und wahrscheinlich 0,2 Mitarbeiter mit der Überwachung beschäftigt sein. Im Februar dieses Jahres wurde eine zweite Grube übernommen, die über Zinn- und Wolframvorkommen verfügt und wir haben vor, dort ein ähnliches Programm zu machen. Der nächste Schritt war nun, den lokalen Arbeitern zu zeigen, wie sie auch untertätig arbeiten können. Auch da ist Holzausbau notwendig, manchmal ist das Gebirge zwar standfest, dann braucht man keinen Ausbau, aber an manchen Stellen muss man stützen, damit es ohne Sicherheit betrieben werden kann. Bald schon waren die ersten Meter des neuen Stollens geschlagen und gesichert. Zwischenzeitlich werden wir schon von Konzessionsbesitzern aus Ruanda und zunehmend auch aus Burundi angesprochen, dieses Modell bei ihnen zu implementieren, weil sich gezeigt hat, dass es so gut in die lokalen Strukturen hineinpasst. Wir haben auch nicht vor, selbst dort die ganzen Konzessionen zu übernehmen, sondern uns ist es eigentlich sehr recht, wenn die Leute vor Ort selbst aktiv werden. Ganz Afrika ist familiär strukturiert und man kann da nicht mit einer Struktur, die man von außen aufpfropft, realisieren. In einem weiteren Schritt haben wir dann einen Schreitbagger gekauft, (*Glockenzeichen der Präsidentin Beutl*) das ist ein Schweizer Produkt vom Weltmarktführer und die Leute betreiben auch den schon selbst. Ein altes Gebäude wurde in ein Büro umfunktioniert und auch die Verwaltung wird von den Leuten vor Ort betrieben. Mit relativ einfachen Mitteln ist es also gelungen, durch Einsatz unserer Mitarbeiter, welche als Lehrer vor Ort gewirkt haben, in relativ kurzer Zeit – ungefähr 1 ½ bis 2 Jahre – den Stand der Beschäftigten von 400 auf über 800 zu heben und den ehemals dort betriebenen Raubbau in einen

nachhaltigen Bergbau umzuwandeln. Das Bild hier ist eine Eröffnungsfeier unseres Bergbaues mit Liedern und Tanz und das auf der anderen Seite konnten wir von den Ruandesen lernen. Also bei uns im Unternehmen wird selten so gefeiert und man merkt da schon, dass wir in Europa, die wir nach Perfektion streben, hier und da mal was von Lebensfreude auch von Afrika mitnehmen können und wieder retour bekommen haben. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Beutl: Danke dem Herrn Dipl.-Ing. Zeiler und darf als nächsten Referenten den Herrn Monsignore Mag. Helmut Schüller ans Podium bitten. Er wird zum Thema „Fairtrade: Verantwortung in einer globalisierten Welt“ sprechen. Ich darf Ihnen 20 Minuten zugestehen. Bitte, Herr Monsignore.

Monsignore Mag. Helmut Schüller: Werde ich wahrscheinlich gar nicht brauchen, soviel muss ich da nicht darüber erzählen, vielleicht kann ich helfen, wieder Zeit einzusparen.

Ich habe auf meinem Thesenpapier 2, 3 Sätze festgehalten, ich möchte hier nicht „Eulen nach Athen tragen“ und niemanden beleidigen damit, indem ich erkläre, was „Fairtrade“ ist. Ich glaube, das wissen mittlerweile alle. Ich möchte nur auf ein paar Dinge hinweisen, die mir so im Umfeld des Tagesgeschehens wichtig sind. Ich selbst habe zu diesem ganzen Thema den Zugang aus verschiedenen Tätigkeiten gehabt. Ich war mehrere Jahre für die Caritas tätig, habe dort sozusagen auch die sozialen Fragen und Themen unserer eigenen Gesellschaft kennen gelernt, über die internationale Caritaszusammenarbeit, aber auch den Blick geweitet auf die weltweiten Zusammenhänge und bin jetzt auch als Seelsorger an der Wirtschaftsuniversität Wien und auch als Lehrbeauftragter jetzt dort mit Unternehmen und mit Studierenden aus dem Bereich der Wirtschaft verstärkt konfrontiert, um mit denen durchzudenken, was es an Fragen und Themen dazu gibt. Zunächst einmal, Fairtrade ist glaube ich – und das ist der Kern der Sache – ein interessanter Ansatz deshalb, weil er das Ganze auch in das eigene Handeln hineinverlegt, also über das eigene Nachdenken, das eigene Diskutieren, das eigene Wünschen und in die Ferne schauen, geht es auch darum, ganz konkret bei sich selber einmal anzusetzen. Der Kauf fair produzierter und gehandelter Produkte bezieht die Fragen der globalen Situation in die persönlichen Entscheidungen ein und führt zur Auseinandersetzung mit den eigenen Lebensprioritäten. Wir haben das heute schon einmal gehört, das Ganze hat auch eine Tangente zu uns hin, zu unserer eigenen Gesellschaft, zu unseren eigenen Lebensgewohnheiten, zu unseren Prioritäten. Mit dem fairtradeorientierten Kaufverhalten wird dem Handel ein Signal gegeben, welche Angebote die Kaufenden, die Fairtradeinteressierten vorfinden wollen und welche nicht, also auch eine sehr wichtige und interessante Funktion im Kunden-Händler-Dialog. Ich gebe allerdings auch zu bedenken, dass ein noch so schöner Aufstieg der Fairtradeprodukte – den haben wir momentan in Österreich, eine außerordentlich schöne Entwicklung – da nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass das nicht der Ersatz werden kann für die Frage nach einer gerechten Welthandelsordnung überhaupt. Ein wenig ist die Gefahr natürlich drinnen, das Ganze wieder zu Alibi, zu Gewissenberuhigungshandlung verkommen zu lassen, wohl mit Begeisterung Zotter-Schokolade zu essen oder fair gehandelten Obstsaft zu schlürfen, aber eigentlich bei den alten Lebensgewohnheiten zu bleiben einerseits und andererseits sich auch nicht die Pflicht zu erfüllen, als Bürger auch der Politik die entsprechenden Signale zu geben, hier im größeren Rahmen tätig zu werden.

Daher ist Fairtrade auch eine Verantwortung für eine faire Welthandelsordnung. Fairtrade ist nicht nur auf die Mikroebene individueller Kaufentscheidungen reduzierbar, sondern auch als konkret geäußerte Kritik an der derzeitigen Weltwirtschaft und Welthandelsordnung zu verstehen. Das heißt also, dass damit auch verbunden sein sollte eine Bewusstseinsbildung wie gerne gesagt wird, aber auch der Auftrag an den Bürger einer demokratischen Gesellschaft, Weltbürger zu sein und die Mandatare – ob sie jetzt hier sitzen oder ganz anders wo mit der entsprechenden Politik klar zu beauftragen.

3 kleine Problemchen möchte ich auch noch schildern, die wir auch haben – aus der Küche sozusagen von Fairtrade geplaudert. Einerseits ist uns natürlich bewusst, dass mit dem Bestreben, möglichst weit in den österreichischen Handel hineinzukommen, wir uns auch mit einigen Partner einlassen, die in verschiedenen Kreisen keine hohe Bonität genießen, mit den großen Riesen des Handelsgeschäftes. Hier spiegelt sich der alte Zwiespalt wieder, sozusagen der interne Konflikt: wenn ich nicht Nische bleiben will, muss ich in die Breite gehen, wenn ich in die Breite gehe, verliere ich natürlich unter Umständen auch an Image. Und die Frage ist: Wie kann man da sicherstellen, dass man die Ideale aufrecht erhält ohne aber an Breitenwirksamkeit und Realitätsnähe zu verlieren.

Das zweite Thema ist, es ist schon angeschnitten worden, natürlich assoziiert man mit Fairtrade weltweiten Handel mit dem ökologischen Rucksack, den dieses Thema schon auf den Tisch legt. Selbstverständlich wird sich auch Fairtrade dem nicht entziehen können, der Diskussion stellen müssen. Wir sind aber der Meinung, wenn der Konsument hier in Österreich nach solchen Produkten fragt, dann soll er fair gehandelte Varianten dazu angeboten bekommen. Und dann noch ein Thema das auch noch im Raum gestanden hat, das ist die Sache fair und/oder Bio. Unser Thema ist, dass es in manchen Sparten gelingt Fair- und Bioprodukte anzubieten, in manchen nicht. Und da stehen wir zu der Linie dass wir sagen, dort wo es Produzenten im Süden der Erde nicht oder noch nicht möglich ist biologisch nach den Standards unseres Verständnisses zu produzieren, zumindest einmal mit der ersten Stufe der Sozialverträglichkeit sozusagen als Grundlage eine Partnerschaft einzugehen. Das waren meine Ausführungen zu diesem Thema. Alles andere kann man vielleicht auch noch in kleinen Gesprächen ergänzen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Ausführungen, sehr geehrter Herr Monsignore. Sie haben uns tatsächlich zeitlich doch einiges gutgemacht. Ich darf als nächste Referentin zum Thema „Clean Clothes – Kampagne“ von Frau Mag. Michaela Königshofer überleiten. Sie ist nationale und internationale Koordinatorin der Clean Clothes Kampagne und ich ersuche um Ihre Ausführungen. Auch Sie haben 20 Minuten zur Verfügung. Bitte.

Mag. Michaela Königshofer: Danke schön. Sehr geehrte Damen und Herren!

Es freut mich sehr hier heute sprechen zu dürfen. Das ist ein ganz anderes Ambiente. Ich hatte noch nie die Möglichkeit in so einem öffentlichen Rahmen zu sprechen. Aber ich freue mich natürlich ganz besonders dieses Thema einer ganz wichtigen Zielgruppe von uns vorzustellen. Bei meinen Präsentationen fange ich normaler Weise an, „Clean Clothes“, übersetzt „saubere Kleidung“. Nicht zu verwechseln mit Waschmittel oder sonstigen Angeboten auf dem Gebiet, sondern es geht um die Arbeitsbedingungen in der

Bekleidungsproduktion. Warum das Thema das Bekleidung? Wir brauchen uns nur selbst anzuschauen. Jeder von uns trägt Bekleidung. Jeder von uns kauft Bekleidung. Also, wir sind Konsumenten des Guts „Bekleidung“. Kommen eigentlich Tag täglich nicht ohne diesem Gut aus. Warum sonst noch Bekleidung? Auf der anderen Seite ist es ein Gut, das schon historisch gesehen sehr früh globalisiert worden ist. Also, wenn man sich anschaut, woher kommen unsere Schuhe, kann man davon ausgehen, dass unser Schuh bevor wir ihn das erste Mal auf der Straße tragen, vielleicht schon einmal um die Welt gereist ist. Zum anderen, dass leider die Bekleidungsindustrie, ob sie jetzt in Österreich zu sehen ist oder auch in anderen Ländern, wo es jetzt vermehrt produziert wird, ist es eine Branche, wo Arbeiter und Arbeiterinnen eigentlich schon seit je her ausgebeutet worden sind. Also, es ist eine Industriebranche, wo schon immer sehr niedrige Löhne bezahlt worden sind, wo die arbeitsrechtliche Absicherung schon sehr gering ist und das nicht nur jetzt in der Dritten Welt oder so genannten Dritten Welt, sondern wenn man vielleicht zurückdenkt an unsere Großmütter beispielsweise, die auch in der Textilindustrie sehr viel gearbeitet haben, werden Sie gleich beschreiben, dass sie unter Zeitdruck standen, dass sie sehr schlecht verdient haben und eigentlich eine schwere Arbeit ist. So jetzt kurz zu der Fragestellung, woher kommt unsere Kleidung? Ich habe es angesprochen, Österreich war historisch gesehen ein Textilland oder ein Textil produzierendes Land, ist es aber nicht mehr. Ganz einfach, unsere Lohnkosten sind zu hoch. Der Großteil unserer Kleidung kommt mittlerweile aus China, wie man hier sieht. Was mir wichtig ist zu zeigen, wie wird produziert. Man kann im Vergleich zu Rohstoffen bei Bekleidung eben nicht davon ausgehen, dass es einen Produzenten gibt und dass es dann weitertransportiert wird zum Konsumenten, sondern es gibt unterschiedliche Ebene und Hierarchien in der Produktion, was auch die Hintergehung von Arbeitsrechten beispielsweise erleichtert. Also, das multinationale Unternehmen sagen wir mal jetzt C&A, ich kann da jetzt von jedem Unternehmen reden, kauft bei Sublieferanten ein. Diese Sublieferanten geben möglicher Weise ihre Aufträge zum nächsten Sublieferanten usw., usw. Man kann davon ausgehen, dass eigentlich Zulieferbetriebe, wenn man jetzt große Unternehmen wie Nike oder Adidas anschaut, die lassen produzieren in durchschnittlich 800 bis 1000 Betrieben. Also, die haben bei den 800 bis 1000 Betriebe, die für sie produzieren. Wenn man sich überlegt, mein Jackett, wer hat das jetzt wirklich produziert? Na ja, es wird wahrscheinlich auf drei Kontinenten und durch die Hände von, sage ich jetzt einmal, 1000 Arbeiterinnen gegangen sein. Also, das ist einfach eine sehr weite Produktionskette und es ist eigentlich sehr schwer zu überblicken. Die nächste Frage die ich heute beantworte oder stellen wollte ist, wer produziert es und wie wird es produziert? Ich habe es vorher schon angesprochen, wenn man von Erzählungen der eigenen Familie es kennt, es ist geprägt von langen Arbeitszeiten, von sehr niedrigen Löhnen, von unflexiblen Anstellungsverhältnissen. Die soziale Absicherung ist in vielen Fällen nicht gegeben und ein massives Problem ist auch, dass Gewerkschaften kaum zugelassen werden bzw. zunehmend unterdrückt werden. Vielleicht jetzt ein kleines Beispiel, um konkret zu nennen, wer produziert z.B., die Dame die man hier sieht, das ist z.B. Asma. Wir waren in Bangladesch auf einer fact-finding mission und haben eben Arbeiterinnen besucht, haben Fotos gemacht, wie schauen Fabriken aus, wie wird wirklich produziert. Wie vorher beschrieben, diese Leute arbeiten sehr lange, arbeiten sehr viel und bekommen eigentlich nichts dafür bezahlt und können sich auch kaum etwas leisten. Hier noch ein Bild von einer

Unterkunft einer Arbeiterin. Also, wenn man sich jetzt ein junges Ehepaar vorstellt heute in Österreich, die beide Vollzeit beschäftigt sind, geht man nicht davon aus, dass sie sich ein 6 m² Zimmer leisten können. Für Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie ist das leider Faktum. Um nochmals kurz auf den Punkt der Existenzsichernden Löhne zu sprechen zu kommen. Was ist das für ein Konstrukt? Dabei geht es nicht darum nur die Mindest- oder die gesetzlichen Mindestvorgaben von Regierungen zu erfüllen, sondern die sind in vielen Fällen zu niedrig angesetzt. Existenzsicherer Lohn bedeutet, dass man seine Kinder in die Schule schicken kann, dass man sich ausgewogen ernähren kann, oder beispielsweise, wenn man krank ist, sich Medikamente kaufen kann. Was ich mit dieser Grafik zeigen möchte ist eigentlich, dass man sagen könnte, durchschnittlich, dass die Arbeiterinnen in der Textilindustrie um die Hälfte zu wenig verdienen, um diesen Existenzsichernden Lohn, der ihnen gewährleisten würde, dass beispielsweise ihre Kinder in die Schule geschickt werden können, dass das nicht gegeben ist. Wenn man sich jetzt ein Produkt anschaut, beispielsweise einer Hose, dann kann man davon ausgehen, dass 1 % des ausgegebenes Geldes das wir hier ausgeben für eine Jean, dass 1 % davon die Arbeiterin bekommt. Also, ein sehr geringer Prozentsatz. Noch mal kurz auf die Clean Clothes Kampagne zu sprechen zu kommen, ich stehe hier auch als Vertreterin von Südwind. Südwind ist eine Organisation die auch hier in der Steiermark aktiv ist und versucht, die Öffentlichkeit über Ungerechtigkeiten in den Dritte-Welt-Ländern, in unseren Handelsverhältnissen aufzuklären. Sie ist Träger dieser Clean Clothes Kampagne hier in Österreich, aber es ist eben ein internationales Netzwerk. Wir haben Kontakt mit Partnerorganisationen von denen wir auch die Informationen haben zum Großteil, wie geht es den Arbeiterinnen, was sind die Bedürfnisse, was sind die Forderungen. Was macht die Clean Clothes Kampagne? Es geht darum, Konsumenten darüber zu informieren, wie schaut die Situation der Arbeiterinnen aus? Welche Folgen hat unser Konsum von Bekleidung in dieser Art und Weise? Wir versuchen Druck gemeinsam mit Konsumenten auf die Hersteller auszuüben, sowie Arbeiterinnen in konkreten Fällen zu unterstützen und auch die Gesetzgebung einzufordern, die ja in vielen Fällen vorhanden ist. Es scheitert in vielen Fällen an der Implementierung. Ziel, möchte ich jetzt noch einmal herausarbeiten. Es geht um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie und hier vielleicht noch einmal als Abgrenzung zum Fair Trade, wir sind kein Unternehmen das Zertifikate vergibt, sondern wir sind eine reine Informationskampagne. Also, das ist ein Unterschied. Wir bieten kein Produkt an – unter Anführungszeichen -, sondern das große Ziel ist, die breite Industrie, also die Bekleidungsindustrie, die Sportartikelindustrie in eine Richtung zu treiben, zu puschen, dass diese Verbesserungen flächendeckend einführen. Was sind jetzt die Hürden, wo sind die Kernprobleme in der Industrie, in der Bekleidungsindustrie. Wir haben vor kurzem einen neuen Bericht veröffentlicht. Natürlich spielt sich das dieses Jahr ganz im Zeichen von Sportevents für Olympia und EM an. Unser laufender Slogan für dieses Jahr ist auch „Play fair“. Wo es eben darum geht, besonders bei den Anbietern von Sportartikeln mehr Fairness in der Produktion einzufordern. Die Kernprobleme der Industrie sind im Moment Gewerkschaft, dass es keine Gewerkschaftsfreiheit gibt, keine ausreichenden Vertretung der Arbeiterinnen. Präkäre Arbeitsverhältnisse. Was versteht man darunter? Darunter versteht man, dass es z. B. keine Arbeitsverträge gibt.

Oder denken Sie an die Heimarbeit, wo einfach Frauen zu Hause arbeiten, ohne eine Möglichkeit haben, an Organisierung oder in irgendeine Verhandlungsposition auftreten zu können.

Dann geht es um die zunehmende Verlagerung und der letzte Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist dieser Lohn, der existenzsichernde Lohn, wo es darum geht, für eine Arbeit einen entsprechenden Lohn zu schaffen, von dem man auch leben kann. Nochmals zurück zu dem Slogan Play Fair, was steckt dahinter, ich habe es vorher schon erwähnt, es geht darum, aufmerksam zu machen. Wir haben in der nächsten Woche startet die EM, es ist Olympia in Peking und wir wollen gemeinsam mit Organisationen weltweit auf die Schattenseite dieser Events aufmerksam machen und haben auch Forderungen an Politik, an Unternehmen aber auch an die einzelnen Subunternehmen, , aufgelistet und versuchen einfach, mit einer Öffentlichkampagne, Öffentlichkeitskampagne hier in Österreich darauf aufmerksam zu machen. Jetzt komme ich zu meiner abschließenden Frage eigentlich, was kann man tun? Zum einen gibt es zwei Ebenen. Wir arbeiten sehr viel für den Konsumenten, das hab ich vorher schon erwähnt , ich habe jetzt quasi aufgeklärt, würde ich jetzt mal sagen, was kann man jetzt als Konsument tun bzw, wie kann man hier in diesem Gremium nach Konsum bestimmen. Zum einen ist unsere Forderung als Konsument aufzutreten und aktiv einzufordern, dass man Interesse hat an wie wird produziert. Halten die Unternehmen soziale Bedingungen ein? Zum anderen ist hier das Gremium denke ich, wo man Konsum auch bestimmen kann. Sie beschaffen, Sie kaufen nicht nur Bananen oder Kaffee für das Land Steiermark ein, sondern Sie werden sicher auch im Bekleidungsbereich, Einkäufe tätigen bzw. auch auf der Ebene der Kommunen wird das vorangeschritten. Also man kann hier als Einkäufer und in der Position als Politiker/Politikerin hier auch einfordern, wer anbieten darf und wie angeboten wird. Also das wäre eine Forderung von meiner Seite oder ein Wunsch von meiner Seite, dass man das auch mehr anstrebt, in seinen Verträgen, in seinen Beschaffungsverträgen, soziale Kriterien auch bei der Beschaffung von Bekleidung zu integrieren. Ich möchte vielleicht noch, in der Eigenwerbung ansprechen. Ich denke, es ist sehr wichtig zu zeigen, hier in Österreich zu zeigen, welche Auswirkungen Konsum, welche Auswirkungen der Handel von Österreich aber auch in anderen Ländern hat. Also diese Vernetzung klar darzulegen, aber, was sagt jetzt im Betreffen der Eigenwerbung das, dass wir das natürlich nur können, wenn wir entsprechende Förderungen bekommen. Ich als Mitarbeiterin einer NGO stehe natürlich nur hier, weil wir im Moment über Förderungen verfügen und dass wir dieses Thema der Öffentlichkeit preisgeben ist vielleicht übertrieben, aber das wirklich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen können und auch darlegen können. Also das wäre auch ein wichtiger Punkt, dass die Förderung in Richtung Bildungsarbeit in Richtung Kampagning weitergeht, damit wir Öffentlichkeit schaffen können für diese Themen und weiterhin die Bevölkerung zu diesem Thema sensibilisieren können. Dankeschön. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Beutl: Ich danke der Frau Magistra Königshofer und darf zum 10. Referat die Frau Magistra Doris Huber bitten. Sie wird zum Thema „Das Projekt MIRIAM“ sprechen, sie ist Geschäftsführerin von MIRIAM Österreich, hauptamtlich in Österreich und Nicaragua tätig. Auch Ihnen darf ich 20 Minuten Zeitbudget zufügen. Bitte.

Mag. Doris Huber: Danke.

Somit muss man das wechseln jetzt. Ja, mein Name ist Doris Huber. Ich bedanke mich für die Einladung, sag Buenas tardes. Meine Geschichte mit Nicaragua ist in der Zwischenzeit schon an die 20 Jahre alt. Es ist eine Liebe, ja, zu Nicaragua. Persönlich, beim Arbeitsbereich meine ich, weil persönlich halte ich mich da lieber an einen Österreicher. Und ich freu mich, dass ich Ihnen heute einmal erzählen darf, ein bisschen wie ich es gegründet hab, wie sich das MIRIAM-Projekt weiterentwickelt hat und einiges über unsere Arbeitsschwerpunkte erzählen darf.

Gleich zum Namen. Ich werde oft gefragt, warum heißt es MIRIAM. Dazu möchte ich sagen, dass ich Theologin bin, ich verstehe mich als Befreiungstheologin, als feministische Theologin und wenn ich mich hier so umschaue, dann kennen sicher alle den Moses, aber wahrscheinlich wenige die Miriam, die Miriam ist eine Prophetin, sie gilt als die Schwester des Moses und sie war eine Führerin des Volkes von Israel, wie sie aus der Sklaverei in Ägypten ins Gelobte Land gezogen sind in die Freiheit. Und mir als Theologin hat das Motiv sehr gefallen, deswegen habe ich mein Projekt MIRIAM getauft, weil Analphabetismus, fehlende Bildung, fehlendes Verstehen von Wirklichkeit, nicht sich organisieren können, Apathie, eine Form von Sklaverei ist. Und Bildung, und speziell die Bildung von Frauen, Schritt für Schritt und erkämpft wird, schrittweise auch in die Freiheit führt. Ja. 1989, ich war damals etwas über ein Jahr schon in Nicaragua im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig mit meinem Mann und mit meinen beiden Söhnen, ich hab in der Bildungsarbeit gearbeitet, hab ich mir gedacht, ich möchte speziell etwas für Frauen machen und es begann mit einer Irea, mit einer Idee, mit einem Traum, wie man aber so in Nicaragua sagen „El Sueno que sea senia sonja solamente“, also das der Traum nicht nur geträumt bleibt, habe ich mir gedacht, ich probier das jetzt einmal umzusetzen. Habe 200 Dollar in eine Handkasse gelegt und einmal 6 Stipendiatinnen aufgenommen und gesagt, ich probiere das einmal. Das war im ersten Jahr ein Pilotprojekt und habe dann Briefe geschrieben und mehr und mehr Unterstützung bekommen und dann am Ende des ersten Jahres waren es schon 10 und dann habe ich mir gedacht, ich mache weiter. Ich hab das die längste Zeit parallel zu meiner sozusagen bezahlten Arbeit gemacht. 6 Jahre waren wir insgesamt in Nicaragua und nachher war ich dann im Unterricht tätig in Wien. Auf jeden Fall nach 18 Jahren ist es also schon immer mehr und mehr und mehr und immer größer geworden, haben in der Zwischenzeit 44 Stipendiatinnen in Nicaragua und 41 in Guatemala, wo wir seit 1996 arbeiten und haben inklusive der weiterführenden Projekte, die von ehemaligen Stipendiatinnen geleitet werden, einen Jahresumsatz von 300.000 Euro, ah, Tendenz steigend. Was machen wir? Wir verstehen uns als eine Organisation, die sozusagen 4 Vereinssitze hat, ja, in verschiedenen Ländern ein Büro haben sozusagen. Einmal in Nicaragua haben wir das Stipendienprogramm und weiterführende Projekte, die ich zuerst schon genannt habe, die alle mit Bildung, Berufsbildung, gegen Gewalt in der Familie, für Frauenrechte und Kinderrechte, so in diesem Bereich arbeiten. In MIRIAM-Guatemala speziell das Stipendienprogramm und hier besonders für Maya's. Da die Indichinas, also die von den verschiedenen Maya-Ethnien, und als Frauen sie noch dazu zusätzlich diskriminiert werden, und es sehr schwer haben, Zugang zu einem Universitätsstudium zu bekommen, das wir eben mit den Stipendien fördern, , und auch eine spezielle Begleitung von Absolventinnen, damit sie ihre Diplomarbeit absolvieren oder also abschließen können. In MIRIAM-Österreich sind wir nur zu zweit, ich bin seit 2001 jetzt also

hauptamtlich tätig, weil das also neben meinem Schuldienst dann nicht mehr möglich war, beides zu machen. , wir machen inhaltliche, administrative, organisatorische Projektbegleitung, das sogenannte Monitoring. Auch das Fundraising und ich bin auch in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, sowohl in Österreich als auch in der Schweiz, Deutschland und Spanien.

Dann gibt's noch MIRIAM-Schweiz, das ist eine Gruppe, die speziell 6 Stipendiatinnen unterstützt. Der Verein hat ein Strategiedokument, da wir als MIRIAM natürlich uns auch spezialisieren müssen auf eine gewisse Art der Unterstützung und nicht überall mit diesem Prinzip überall etwas machen, sondern also wirklich auch inhaltlich und organisatorische Strategie brauchen. , als, Oberziel des Gesamtvereins wurde formuliert die Förderung der ganzheitlichen Entwicklung von Frauen, ihrem Empowerment, der Durchsetzung ihrer Rechte sowie sozialer- und Gendergerechtigkeit.

Da wir alle jetzt doch aus dem Dunstkreis der Entwicklungszusammenarbeit kommen und die Entwicklungsziele kennen merken wir schon das Dritte: Die Gleichstellung der Frauen und das Empowerment, was eigentlich sehr gut übersetzt wurde mit einer größeren Einflussnahme von Frauen zu unterstützen. Ausbildung und Qualifikation ist nach wie vor unser Kernbereich. Gleichzeitig sind mir auch wichtig die Förderung und Durchsetzung von Frauenrechten, Genderbewusstsein und Gendergerechtigkeit – also Gleichberechtigung von Mann und Frau – und die Organisationsentwicklung und die interinstitutionelle Koordination. Ich habe es zuerst schon erwähnt, wir haben in Nicaragua jetzt 44 Stipendiatinnen und in Guatemala insgesamt 21, führen auch berufsbildende Kurse für Frauen und Mädchen durch, die auch den Grundschulabschluss nachholen können. Die Stipendiatinnen helfen auch bei den Projekten ehrenamtlich mit und engagieren sich auch bei der Bildung und der Koordination von Lernhilfegruppen für Kinder aus Armenvierteln oder aus Armenlandgemeinden, denen sie sozusagen Aufgabenbetreuung machen, bzw. Nachhilfe machen. Dann haben wir noch ein Studentinnenheim in Managua. In Nicaragua – Sie sehen hier ein Foto von einer ehemaligen Stipendiatin, sie ist Informatikerin und koordinierte die Gruppe der Stipendiatinnen von Managua, sie hat jetzt eine sehr gute Anstellung bei einem Telekommunikationsunternehmen bekommen – in Nicaragua gibt es 17,9 % Studentinnen und Studenten, in Guatemala nur 9,6 und da habe ich speziell noch dazu die Daten gefunden, die - das sind Daten von Gesamtlateinamerika – aufzeigen, dass nur 2,2 % der indigenen Bevölkerung studieren, wobei Frauen immer noch benachteiligt sind, das sind dann auch noch vergleichsmäßig wenig. Ja, was ist das Besondere an unserem Stipendienprogramm? Wir fördern Frauen, engagierte Frauen, weil Frau sein alleine ist keine Qualifikation genug, finde ich, arme Frauen gibt es auch sehr viele und wenn ich das jetzt einmal so salopp ein bisschen sagen darf: Ja gut, wir fördern speziell Frauen, die wissen, was sie werden wollen, die eine konkrete Vorstellung haben von ihrer beruflichen Zukunft, die bereit sind, einen normalen Studienerfolg nachzuweisen – sie müssen keine Superstudentinnen sein, aber sie müssen durchkommen – und die sozial engagiert sind und die bereit sind auch, das anzunehmen, was wir auch in unseren Werten vertreten, dass Bildung kein individuelles Privileg sein soll für einige Frauen, sondern dass es soziale Auswirkungen haben soll, dass sie Multiplikatorinnen sein sollen dann in ihrer Gruppe oder wo auch immer am späteren Arbeitsplatz dann sie arbeiten und sich engagieren. Wir kombinieren also die Berufsausbildung – in dem Fall Universitätsstudium – mit einem monatlichen Stipendium. Damit können alle Kosten gedeckt

werden, das ist zwischen 80 und 100 Dollar im Monat, decken aber nicht die ganzen Lebenshaltungskosten. Und mit Absicht deckt es das nicht, weil wir unterstützen Eigenleistung, d.h. sie müssen sich einen Teil ihrer Lebenshaltungskosten selbst verdienen, aber alle Kosten, die mit dem Studium und der Bildung zusammenhängen, übernehmen wir – MIRIAM - und zwar mit einem Vertrag. Es gibt Jahr für Jahr einen Vertrag, wo sie Verpflichtungen haben, wo wir Verpflichtungen haben, damit wir nicht sozusagen von oben runter paternalistisch den armen „Tschapperln“ da helfen. Das ist es nicht. „Ich habe einen Vertrag mit dir, du kriegst ein Stipendium“, und die Botschaft ist ja auch: „Ich traue es dir zu, du kannst es!“ Dazu machen wir begleitende Seminare zur Persönlichkeitsbildung, Selbstbewusstseinsseminare. Viele Frauen leiden unter schlechtem Selbstwert. Viele Frauen haben innerfamiliäre Gewalt erlebt, viele Frauen sind - zum Beispiel als Kind mussten sie vielleicht arbeiten gehen oder nebenbei – also mit Schwierigkeiten haben sie die Schule fertig machen können. Da sind ganze Schicksale dahinter. Das heißt, wir betreuen sie auch, es gibt auch die Möglichkeit einer psychologischen Betreuung, einer Rechtsberatung und es gibt zum Thema Gender, Selbstbewusstsein, dann stellt wieder einmal eine ihr Studium vor, Umwelt, Politik und verschiedene Themen auch, wie die Kommunikation und Konfliktlösung, das ist auch ganz wichtig. Das sind auch Themen, die eingesammelt werden dann von der Zielgruppe, von den Stipendiatinnen. Das setzen wir uns zusammen und beschließen das gemeinsam. Und ganz wichtig das gesellschaftliche Engagement. Wir unterstützen nur Frauen, die entweder in einer Basisgemeinde tätig sind, bei einer Gewerkschaft, Studentenvertretung, Menschenrechtsorganisation, Frauengruppe, Stadtteilkomitee oder – es ist frei wählbar - aber nur welche, die jetzt schon engagiert sind und das dann auch weiter tragen werden. Nachdem die langjährige Zusammenarbeit mit der Erklärung von Graz und auch mit der Steiermärkischen Landesregierung, speziell was Guatemala betrifft, habe ich Ihnen hier noch ein paar Fotos von den guatemaltekischen Stipendiatinnen mitgebracht. Das ist so eine von diesen Monatsversammlungen und wir haben über 40 Stipendiatinnen in 2 Orten, in 2 Gruppen, die werden ihrerseits wieder koordiniert von Ehemaligen. Und das Interessante ist ja, dass die, nachdem es so viele Sprachen gibt in Guatemala, sich untereinander ja gar nicht in ihrer Muttersprache verständigen können, sondern spanisch reden müssen, was ihre 2. Sprache ist. Indigene haben es sowieso schwer in Guatemala. In Guatemala ist in der Regierung jetzt, da wurde im Herbst gewählt, ein Minister nur, Indichina – ich glaube, das ist der Kulturminister - und eine Frau unter den Ministern und Ministerinnen. Da kann man sich natürlich vorstellen, wie wenig dann Indichinas auch den Mut aufbringen und auch aufgrund der finanziellen Situation studieren können und Frauen werden dann zusätzlich auch noch diskriminiert. Da wird ihnen der Zugang erschwert, je höher qualifiziert dann die Ausbildung ist. Das ist die Gruppe der Stipendiatinnen, Sie sehen, es gibt auch schon Nachwuchs, aber die studieren unbeirrt weiter, weil ja doch die Familie sie auch dort unterstützt. Es gibt auch einen Austausch mit MIRIAM-Nicaragua, weil auch uns die Koordination der verschiedenen Vereinssitze wichtig ist, genauso wichtig wie auch „Partnership“ – so heißt es jetzt modern, aber man kann es auch interinstitutionelle Koordination nennen – mit anderen Organisationen und Institutionen des Staates, um etwas zu bewirken. So bitte, ein aktuelles Foto habe ich Ihnen auch mitgebracht. Es handelt sich um eine Frauenfußballmannschaft aus Guatemala-Stadt und wir arbeiten und koordinieren mit diesem Fußballverein dort. Das ist ein sehr interessantes Projekt, weil in einem Armenviertel, wo es sehr viel

Jugendarbeitslosigkeit gibt, die Jugendarbeitslosigkeit auch die Tendenz zu Bandenbildung und natürlich – ich glaube wir wissen, Guatemala ist ein Land, wo es leider sehr viel Gewalt gibt – ganz ein engagierter Mannschaftsleiter, die haben einen Verband gegründet, wo es relativ, ich glaube 12 Fußballmannschaften für Burschen gibt es und jetzt schon immer mehr, 8, 9, 10 für Mädchen. Und was machen wir? Wir haben ihnen einerseits bei der Vereinsgründung geholfen, weil ja unsere Mädels da sich schon auskennen, weil sie die Erfahrung haben. Und dann gehen wir auch hin und mit der Gruppe – die spielen Fußball am Nachmittag – und dann setzen wir uns mit ihnen zusammen und dann reden wir mit ihnen über ihre Situation als Jugendliche, als Frau, über ihre Rechte, die sie haben, als Kind, als Jugendliche, als Frauen, damit wir auch sozusagen Sport mit Bewusstseinsarbeit verbinden. Da arbeiten wir mit denen und auch mit den Burschen, nachdem eine Veränderung in Richtung Gleichberechtigung, Gendergerechtigkeit, die ja auch die männliche Seite ansprechen soll, in der Gesellschaft können wir die einbeziehen und haben unter den Jugendlichen ganz gute Erfolge eigentlich. Unter den Erwachsenen gibt es da mehr Skepsis. Da sind ein paar Bilder noch von unserem Projekt der Berufsbildung und Grundschule in Esteli in Nicaragua, da können rund 300 Mädchen und Frauen die Grundschule im 2. Bildungsweg nachholen und dazu einen berufsbildenden Kurs machen. Alphabetisierung ist OK, aber es ist noch kein Job jetzt, kann man sagen. Das heißt über die Förderung von Berufsbildungskursen haben diese Mädchen - die arbeitenden Kinder waren, die meisten, einige auch in der Prostitution waren und abgerutscht sind – jetzt Alternativen bekommen, über unser Projekt können sie also den Abschluss nachholen. Das Alterslimit geht hoch in die 60 hinauf, das ist glaube ich die älteste Schülerin und eine der jüngsten mit dem Motto: „Für Bildung ist es nie zu spät.“

Dieses Projekt hat begleitend auch immer eine Rechtsanwältin dabei und eine Psychologin, weil sehr viele, können Sie sich vorstellen, von diesen Frauen und Mädchen natürlich Gewalterfahrungen erlebt haben in ihrer Jugend oder auch in ihrer Ehe. Wir haben noch weitere Arbeitsbereiche von MIRIAM, die ich hier aber nicht mehr vorstellen kann. Auf Grund der beschränkten Zeit musste ich mich hier auch konzentrieren auf den Bildungssektor. Wir haben Projekte zur Förderung und Durchsetzung der Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen, die sind in Nicaragua. Rechtsberatung und psychologische Betreuung Managua, Esteli und in den Landgemeinden, im Norden Departamento de León, Chinandega, wobei wir dort wirklich Pionierinnen sind, die in den entlegenen Dörfern einmal von Frauenrechten sprechen und den Frauen eine Alternative geben, weil sie z.B. geschlagen werden oder bei sexueller Gewalt oder Unterhaltszahlungen z.B. und ähnlichem. Dann andere Projekte die Abzielen auf die Stärkung von Kindern, die Stärkung von Jugendlichen, die Verteidigung ihrer Rechte, die Durchsetzung ihrer Rechte gegen Menschenhandel. Ein neues jetzt wo wir mit „Save the children“ zusammenarbeiten und auch mit UNICEF Nicaragua gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung, das leider in einigen Orten in Nicaragua auch ein großes Problem ist eben auf Grund der Armut. Der output sozusagen der Impact, los resultados: Wir haben in 18 Jahren 310 Stipendien vergeben. 222 in Nicaragua und 88 in Guatemala. Absolventinnen mit akademischer Ausbildung sind es 120 Nicaragua und 20 Guatemala bis jetzt. Wir arbeiten in Guatemala erst etwas kürzer. Von der Qualität her jetzt, qualifizierte und selbstbewusste Frauen als Entscheidungsträgerinnen in der Gesellschaft. Wir haben Frauen als Staatsanwältinnen am Obersten Gerichtshof, eine Ärztin beim Heer, Lehrerinnen,

engagierte Frauen auch in staatlichen Institutionen vor allem in Guatemala zur Wahrung der Rechte von Indichinas, also Menschenrechtsorganisationen z.B. Es hat natürlich auch Auswirkungen auf die Kinder, weil die Kinder von diesen Stipendiatinnen natürlich alle eine bessere Bildung haben auch und darauf geschaut wird, dass sie in die Schule gehen. Wichtig ist eben auch das gesellschaftspolitische Engagement schon während des Stipendiums, aber auch dann danach. Ich schließe mit einem Wort oder einem Satz der mir sehr gefällt von der Frauenkonferenz in Peking. „Bildung ist ein Menschenrecht und ein wesentliches Instrument zur Erreichung der Zielsetzung von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Und wenn Sie gerne noch mehr Information haben wollen, können Sie dann in der Kaffeepause sich gerne an mich wenden. Hier ist auch unsere homepage: www.proyecto-miriam.org. Da können Sie alles noch nachlesen, oder was Sie noch mehr interessiert. Ich danke für die Aufmerksamkeit und sage Muchas gracias. (Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Beutl: Vielen Dank Frau Magistra Huber. Ich darf nun zum letzten Referat kommen und zwar zum Thema „Global Marshall Plan“ von Herrn Vizekanzler a.D. Dr. Josef Riegler. Sehr geehrter Herr Vizekanzler, Ehrenpräsident des ökosozialen Forums Österreichs und Europas sowie der Raiffeisen Landesbank Steiermark. Ich darf ebenfalls 20 Minuten zur Verfügung stellen. Bitte um deine Ausführungen.

Vizekanzler a.D. Dr. Josef Riegler: Danke schön. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst ein Dankeschön an die Referentinnen und Referenten vor mir, dass Sie durch Ihre außergewöhnliche Disziplin mich nicht in die Verlegenheit gebracht haben auf Kosten der Kaffeepause, meine Ausführungen vorzunehmen. Ich finde auch von der Dramaturgie es sehr gelungen, dass nach eher allgemeinen Analysen und Projektdarstellungen am Vormittag in einer Reihe von sehr eindrucksvollen konkreten Projekten aufgezeigt wurde, was wie, wo gemacht werden kann und dass ich nun die Gelegenheit habe, abschließend zu diesem Referentenblock noch einmal den Versuch zu unternehmen, eine allgemeine Darstellung über eine mögliche globale Strategie präsentieren zu können. Ich schließe bewusst an an der Analyse die Herr Prof. Brand ganz am Beginn unserer Enquete gebracht hat, weil die Problematiken und auch die Lösungsstrategien die er angesprochen hat, in hohem Maße ident sind mit dem, was ich nun im Rahmen des Projektes Global Marshall Plan für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft Ihnen vorstellen möchte. In dieser Analyse wurde diese zweifache zentrale Herausforderung der Menschheit in unserem Jahrhundert klar definiert. Auf der einen Seite die ökologische Herausforderung mit der Frage der Schonung der Lebensräume, des sorgsamem Umganges mit den Ressourcen und das globale Thema der Bewältigung des Klimawandels. Auf der anderen Seite die ganze Fülle von sozialen und damit auch gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die im Grunde darauf hinauslaufen, dass es gelingen muss, einigermaßen gerechte Lebensbedingungen rund um den Globus zustande zu bringen. Und als ein Lösungsvorschlag wie eine solche globale Strategie für Gerechtigkeit, Frieden, Menschenwürde ausschauen könnte, dürfen wir aus der europäischen Erfahrung herauskommend, das Projekt oder das Denkmodell der

ökosozialen Marktwirtschaft zur Diskussion stellen, sozusagen als ein umfassendes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Projekt, das geeignet ist, bei entsprechender Behutsamkeit auch in den verschiedensten Kulturkreisen unserer Erde in abgewandelter Form umgesetzt zu werden. Es wird ein relativ hohes Maß an politischer Übereinstimmung bestehen, auch zwischen den unterschiedlichen und gesellschaftlichen Kräften, wenn wir vom europäischen Zugang sagen, dass es darum geht, zwischen einer leistungsfähigen Wirtschaft, auch als Grundlage für Lebensqualität und Wohlstand, sozialer Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit, eine vernünftige und machbare Balance anzustreben. Und das ist auch wesentliche Aufgabe von Politikgestaltung für dieses notwendige Maß an Balance zu sorgen. Das ist meistens verbunden mit Diskussion, mit Konflikten, mit Ringen um Lösungen, aber das ist notwendig. Und wenn man nun fragt, wie es gelingen könnte oder was es bedeuten würde, dieses Konzept einer Balance zwischen Wirtschaft, Sozialem und Ökologie auch in die globale Strategie einzubringen, dann heißt es eben zunächst einmal, ein Umdenken, einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise wie globale Politik gestaltet wird. D.h., also auch in der Entscheidungsfindung auf globaler Ebene, dieser Gleichklang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem, bei Respekt der unterschiedlichen kulturellen Identitäten als gleichwertige Ziele angestrebt wird. Wenn man sich zu einem solchen Grundverständnis finden könnte oder finden kann, dann ist das Nächste die logische Folge, dass es darum gehen muss, in den verschiedenen globalen Institutionen, Vertragswerken, Vereinbarungen, die gleichen und gleichgültigen ökologischen, sozialen und auch prozeduralen Standards zu implementieren. Unter prozeduralen Standards verstehe ich z.B. die Art und Weise der Entscheidungsfindung. D.h. also auch in globalen Institutionen, Welthandelsorganisationen, internationaler Währungsfonds oder in der Formulierung von Verträgen die Chance gegeben werden muss, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung mit einbringen können. Dass auch regionale und nationalstaatliche Parlamente die Chance bekommen, auch ihre Überlegungen einzubringen, ihre Kritik anzubringen und dass das nicht sozusagen im abgeschlossenen Zirkel verhandelt wird und letztlich als nicht mehr veränderbares Resultat auf die verschiedenen Entscheidungsinstanzen zukommt. Hoch aktuell auch unterstrichen in der letzten Jahrestagung des internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die Notwendigkeit faire und brauchbare Regeln für die globalen Finanzmärkte zu schaffen und auch im Bereich der Besteuerung dafür zu sorgen, dass jeder jedes seinem Anteil, ihrem Anteil gemäß den entsprechenden Beitrag für die Finanzierung der öffentlichen Güter der Gemeinwohlerfordernisse erbringt.

Das heißt also, das Thema Steuerflucht ist ja schon angesprochen worden, ist ein sehr ernsthaftes, weil es letztlich von der Kommune über den Staat bis zur europäischen Union in ganz bedrückender Weise schlagend wird. Das spezifische am Projekt Global Marshall Plan für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft, und das unterscheidet dieses Projekt auch von vielen anderen, ähnlich orientierten Initiativen ist, dass wir zur Überzeugung gelangt sind, wenn man auf der einen Seite die beachtlichen Aufwendungen sowohl der öffentlichen Seite, wie das hohe Engagement vieler Bereiche der Zivilgesellschaft in die Entwicklungspartnerschaft wirklich zielbringend einsetzen möchte, dass man dann dafür sorgen muss, dass nicht auf der anderen Seite durch unfaire Handelsspielregeln oder unfaire Auswirkungen der Finanzmärkte etc. diese Bemühungen wieder zunichte gemacht oder in hohem Maß

unterlaufen werden. Und umgekehrt auch Entwicklungspartnerschaft einen Anspruch darauf auslösen kann, dass von allen Beteiligten, sowohl des Nordens wie des Südens, die Bereitschaft eingefordert werden muss, dafür zu sorgen, dass für Mensch, Natur und Umwelt faire Bedingungen rund um den Globus geschaffen werden. Und das halte ich für sehr wesentlich, diese Zusammenführung einer partnerschaftlichen, auch ein entsprechend in Richtung Zukunftinvestition tragfähige Entwicklungspartnerschaft mit der Gestaltung globaler Spielregeln für Handel und Finanzmärkte zu kombinieren. Und daher auch diese Bezeichnung Global Marshall Plan im Sinne einer offensiven Entwicklungsstrategie und weltweit ökosoziale Marktwirtschaft im Sinne fairer Spielregeln für die Wirtschaft, für alle Beteiligten. Wenn man das etwas konkretisiert anschaut, dann konzentrieren wir uns im Bereich der Global-Marshall-Plan-Initiative zunächst einmal stark darauf, die von der UNO im Jahr 2000 beschlossenen Millenniumsziele wirklich voranzubringen. Auch in dem Sinne, dass es zusätzlicher Mittelaufbringung bedarf, nicht nur des Ernstnehmens des 0,7%-Zieles der entwickelten Länder, sondern beispielsweise auch durch die schrittweise Schaffung globaler Abgaben für die Finanzierung globaler Güter. Und ein erster Ansatzpunkt in dieser Diskussion ist sicher die Frage einer geringfügigen Abgabe auf globale Kapitaltransfers. Es ist das Thema einer Kerosinabgabe, es ist das Thema des Wertes von CO² – Zertifikaten, im Sinne auch eines finanziellen globalen Ausgleichsmechanismus. Auf der anderen Seite setzen wir im Bereich dieses entwicklungspolitischen, dieser entwicklungspolitischen Strategie sehr stark auf die Ertüchtigung zur Selbsthilfe, auf partnerschaftliche Modelle und auch auf die Stärkung einer Good Governments in den Partnerländern. Das, was im Laufe des Tages auch deutlich angesprochen wurde. Zur Frage eines fairen weltweiten Wettbewerbs gehören eben Umweltstandards, Sozialstandards, faire Entscheidungsprozesse, und wie schon angesprochen, gewisse Grundprinzipien für faire Steuersysteme und ein erster Schritt müsste der Wille der Staatengemeinschaft sein, mit dem Unwesen der Steuerschlupflöcher und Steueroasen Schluss zu machen. Und, ah, ebenso das Thema der Vorkehrungen gegen die Volkswirtschaften und einzelne Unternehmen bzw. Sozialvorsorgesysteme gefährdende Wildwüchse an Spekulation und Hassateurtum in den globalen Finanzmärkten, Anschauungsbeispiele haben wir in den vergangenen Monaten und Jahren zur Genüge bekommen. Im Prinzip liefe das Ganze hinaus auf etwas ähnliches, wie es die europäische Union in sich versucht, nämlich eine gewisse Kohäsion in sich einen gewissen Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Regionen, in diesem Fall rund um den Globus im Sinne der dauerhaften Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für alle, unter der Voraussetzung des nachhaltigen Schutzes unserer Lebensräume und der ökologischen Grundlagen. Soweit das Projekt. Nun zur Frage, wie wir das in der Aktivität weiterbringen wollen. Wir haben von Beginn an eine Strategie verfolgt, auf zwei Ebenen zu agieren. Auf der einen Seite, diese Überlegungen an Entscheidungsträger auf nationalstaatlicher europäischer und globaler Ebene heranzubringen, sozusagen im Sinne des Darlegens eines praxistauglichen politischen Konzeptes für die Gestaltung von Globalisierung und auf der anderen Seite die Initiierung einer breiten Information und Bewusstseinsbildung von unten. Aus der Erfahrung, dass politische Entscheidungsprozesse des entsprechenden Anstoßes aus der Zivilgesellschaft bedürfen. Ein sehr wesentlicher Punkt im Grundverständnis unserer Aktivität ist das Suchen nach Gemeinsamkeit, und ich selbst glaube, dass es viel mehr Gemeinsames gibt, als man im öffentlichen Diskurs meint, wahrnehmen zu

sollen. Das heißt, ich glaube, dass es hier einen beachtlichen gemeinsamen Nenner verschiedener politischer Parteien gibt, die gemeinsamen Entschließungsanträge zu diesem Projekt etwa in den österreichischen Landtagen oder auch im Nationalrat, oder in anderen gesetzgebenden Körperschaften unterstreichen das. Wir glauben auch, dass es eine hohe Gemeinsamkeit gibt zwischen den Vertretungen der Arbeitnehmer auf der einen Seite und den Vertretungen einer mittelständischen ortsgebundenen Wirtschaft auf der anderen Seite. Auch diese Gemeinsamkeit sollte entwickelt und kultiviert werden. Das gleiche gilt für Organisationen, denen es um Gerechtigkeit und Menschenwürde geht, von den Religionsgemeinschaften und Kirchen bis zu den verschiedenen bekannten global agierenden Organisationen. Ich möchte nun, nachdem die Folien im wesentlichen selbsterklärend sind, versuchen, zur Situation in den österreichischen Bundesländern noch ein bisschen was auszuführen. Unsere Initiative ist 2003 begonnen worden in Frankfurt, zu Beginn waren es vor allem Organisationen aus der Zivilgesellschaft Deutschlands und Österreichs. Im Schneeballeffekt haben wir versucht, zusätzliche und eigenständig agierende Akteure zu gewinnen. Ein ganz wesentlicher Qualitätssprung war die offizielle Unterstützung des Projektes durch österreichische Bundesländer. Es gibt hier eine Liste der Beschlüsse. Inzwischen gibt es mit Ausnahme Kärntens, das zwar einen Antrag aber noch keinen Beschluss hat, Beschlüsse in allen anderen 8 österreichischen Bundesländern. Ich zitiere aus dem Sitzungsantrag des Landes Steiermark. Was war die Absicht des Landes? Einerseits die Unterstützung dieser Initiative und auf der anderen Seite konkrete Maßnahmen, wie sie Frau Magister Freiberger in ihrem Statement ja auch zum Teil angesprochen hat. Wobei mir besonders wesentlich erscheint, die Einbeziehung der entwicklungspolitischen Aktivitäten, die Bemühungen, den Universitätsstandort in der Steiermark für die Qualifikation von jungen Wissenschaftlern zu nützen und auf der anderen Seite gegenüber der Bundesregierung und EU-Institutionen die Initiative zu unterstützen. Ich verweise auf einen Entschließungsantrag im österreichischen Nationalrat zur Frage einer Abgabe auf Kapitaltransfers.

Ich verweise auf einen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 30. Oktober 2006, in dem ausdrücklich festgehalten wird die Ziele des Global Marshall Plans zu unterstützen und sowohl auf Bundesebene wie auch auf EU-Ebene dafür einzutreten. Ich darf darauf verweisen, dass die Global-Marshall-Plan-Initiative Österreich sowohl für das Regierungs- oder Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung wie auch für die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie entsprechende konkrete Vorschläge für die inhaltliche Ausgestaltung formuliert und an die zuständigen Instanzen herangebracht hat und ich darf festhalten, dass wir dabei sind, mit großer Dynamik von Mitteleuropa ausgehend diese Initiative immer mehr international aufzustellen. Es läuft seit März dieses Jahres ein Global Consultation Brosses, ein weltweiter Diskussionsprozess, um möglichst viele Ideen und Überlegungen in das Projekt einzubringen. Übrigens Hassan von Jordanien hat dieses Projekt unlängst auch in der UNO-Vollversammlung präsentieren können. Es gibt eine Reihe von Initiativen sowohl in den USA wie auch in den südamerikanischen und afrikanischen Ländern, um ein globales Netzwerk entstehen lassen zu können. Zur Arbeitsweise der Bundesländer möchte ich nur 4 Beispiele ansprechen, weil sie aufzeigen, wie verschieden die Ansätze und wie interessant die Ansätze sein können. In alphabetischer Reihenfolge nenne ich Oberösterreich, wo über die Umweltakademie und die SPES Akademie sehr viel getan wird zur

Unterstützung des Projektes vor allem auf örtlicher Ebene. Es gibt einen umfangreichen Maßnahmen- und Aktionskatalog und eine Unterstützung von Gemeinden, von regionalen Initiativen. Ich verweise auf das Bundesland Niederösterreich, das nach meiner Beurteilung einen sehr eindrucksvollen Arbeitsprozess in Gang gesetzt hat mit einem umfassenden Zielkatalog von der Ebene der Gemeinde bis zur globalen Aktivität und mit einer ganzen Reihe von Projekten, beginnend mit „Unsere Gemeinde handelt fair“ bis zu „Global Action Schools“ und kurz eine Reihe von Aktivitäten, die auf der Region, im Land und im internationalen Engagement ihren Niederschlag finden. Das Bundesland Steiermark mit dem Projekt „FairStyria“ mit der Koordination durch die Fachabteilung 19D und eine Beauftragung zur Weiterentwicklung des Projektes und das Bundesland Vorarlberg mit einem Lobbyingprojekt für die Global-Marshall-Plan-Initiative auf Ebene der Europäischen Union. Wir glauben, dass es möglich ist, bei politischem Willen aus den vorhandenen Institutionen eine funktionsfähige Global Governance aufzubauen und wir bauen, so wie viele andere, die heute schon gesprochen haben, auf die Kraft der Zivilgesellschaft. Ich glaube, dass es tatsächlich entscheidend ist, dass viele, viele Mosaiksteine dazu beitragen, die größte und schicksalhafte Herausforderung für die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten im Sinne von Zukunftsfähigkeit, von Friedensfähigkeit und von Menschenwürde lösen zu können. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Beutl: Vielen Dank, Herr Vizekanzler und ich darf nun, glaube ich, nach einer so kompakten Darstellung der Projekte, Sie nun zu einer 20-minütigen Kaffeepause einladen. Ich darf Sie nebenan in den Rittersaal bitten und ich ersuche Sie, um 15.35 Uhr, nachdem wir etwas Zeit gut gemacht haben, wieder hier zu sein, für die letzte Runde dieser Enquete und darf Ihnen nun eine erholsame 20-Minuten-Pause wünschen. Danke.

(Pause von 15.15 Uhr bis 15.42 Uhr)

Präsidentin Gross: Nunmehr folgen die Referate der im Landtag vertretenen Fraktionen und ich darf für das erste Statement die Frau Abgeordnete Mag. Dr. Martina Schröck vom Landtagsklub der SPÖ um ihre Worte bitten. Ich darf daran erinnern, dass Du 10 Minuten Zeit hast.

LTAbg. Mag. Dr. Martina Schröck: Ich werde mich sehr bemühen, diese 10 Minuten auch einzuhalten. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind schon ein bisschen weniger Menschen da im Raum, ich hoffe, das liegt jetzt nicht am mangelnden Interesse an dem, was Politikerinnen und Politiker zu diesem Thema zu sagen haben, sondern eher an den ich glaube mittlerweile 40 Grad, die es in diesem Raum hat. Ich darf als erste Vertreterin der Politik nun bei den Expertinnen und Experten anschließen und ich möchte jetzt gar nicht das Expertinnendasein meiner Landtagskolleginnen und –kollegen irgendwie in Frage stellen, ich kann nur für mich selber sprechen. Ich bin keine Expertin, ich bin eine, ja ich würde sagen, eine sehr interessierte Konsumentin und seit 2005 auch eine sehr interessierte Politikerin an diesem Thema. Wenn wir heute eine Enquete zu diesem Thema „Entwicklungszusammenarbeit“ haben, dann ist es aus meiner

Sicht unerlässlich, auch die aktuelle Situation anzusprechen. Die Printmedien und die Nachrichten im Fernsehen widmen sich in den letzten Wochen besonders einem Thema, nämlich den Lebensmittelpreisen, die im letzten Jahr sehr extrem angestiegen sind und vor allem sehen wir auch die Folgen die daraus resultieren, die in Form von Bildern, von Verteilungskämpfen in den besonders betroffenen Ländern wie Haiti oder den Philippinen visualisiert werden. Der Preisanstieg ist ein wirklich exorbitant hoher, einzelne Grundnahrungsmitteln sind vom Juni 2006 bis heute um unglaubliche 300 % im Preis angestiegen. In vielen Teilen der Welt müssen Menschen unglaubliche 90 % ihres Einkommens nur für Nahrungsmittel ausgeben. Die Frage, warum die Preise so hoch sind, wird mit mehreren Gründen beantwortet. Die stark angestiegene Zahl der Erdbevölkerung ist ein Grund, der hier genannt wird. Demnach würden die Ressourcen tatsächlich nicht ausreichen, um alle Menschen auf dieser Welt auch satt zu bekommen. Der zweite mögliche Grund – und der steht im Widerspruch zum ersten – ist die Annahme, dass Spekulationen der großen Lebensmittelkonzerne dafür sorgen, dass der Preis konstant hochgehalten wird. Da wird davon ausgegangen, dass riesige Mengen von Lebensmitteln vernichtet werden, anstatt sie an die Stellen der Erde zu transportieren, wo sie bitter benötigt werden würden. Ein dritter Grund sind tatsächliche Einbußen und Missernten. Ein aktuelles Beispiel ist ja gerade die Missernte von Reis in Nordkorea, wo eine enorme Hungerskatastrophe droht. Aber auch die Transportkosten sind angestiegen und daraus ergeben sich auch erhöhte Preise für Lebensmittel. Ein vierter Grund – und über diesen Grund haben wir in der letzten Sitzung hier im Hohen Haus schon debattiert, ist die Verwendung von Ackerflächen für die Produktion von Biosprit. Aufgrund der sinkenden Ölressourcen ist der Anbau von Rapspflanzen wesentlich lukrativer geworden, als der Anbau von Lebensmitteln. Welcher dieser Gründe nun auch der schwerwiegendste ist, ist nicht klar feststellbar. Festgestellt werden kann aber Folgendes: Die Ressourcen sind ungerecht verteilt, das ist der größte gemeinsame Nenner, die ich soeben angeführt habe.

Fakt ist, dass die reichen Länder über ihren Verhältnissen leben und das tun sie zu Lasten der ärmeren und ärmsten Länder dieser Welt. Würden alle Menschen so leben wie die durchschnittliche Österreicherin oder der durchschnittliche Österreicher, würden wir diesen Planeten, unsere Erde in dreifacher Ausstattung brauchen, um das überhaupt bewältigen zu können. Ich selbst habe vor einigen Jahren begonnen mich mit diesem Thema „faire Beschaffung, Entwicklungszusammenarbeit“ zu interessieren und der Grund dafür oder der Anreiz dafür war eigentlich ein Artikel im Magazin „Konsument“. Da war ein Artikel drinnen über die Produktionsverhältnisse von Laufschuhen. Das Fazit dieses Artikels war, dass es keinen einzigen fair produzierten Laufschuh bei uns zu kaufen gibt. Da gibt es auch ein Schaubild von der Clean Clothes Kampagne, das ist mittlerweile sehr alt, ich habe es trotzdem heute noch einmal mitgebracht, das kennen Sie wahrscheinlich alle, ich zeige ihnen nix neues, aber auf diesem Schaubild wird noch einmal demonstriert, was von diesen 100 Euro die ich in einem Geschäft für einen Laufschuh ausgabe, welcher Anteil der Arbeiterin, dem Arbeiter zugute kommt. Wie Sie sehen, diese Schuhspitze hier vorne zeigt, dass die Herstellungskosten dieses Schuhs 10 % in Anspruch nehmen und hier ist noch ein winziger Teil herausgelöst, das sind die Löhne. Da sind 0,4 %. Wenn ich das jetzt umrechne auf die 100 Euro meines Laufschuhs, das sind 40 Cent in die Löhne für die Arbeiterinnen und Arbeiter geflossen. Im Jahr 2001 ist auch das Schwarzbuch Markenfirmen von Klaus Werner und Hans Weiss veröffentlicht worden und ich

muss sagen, das hat mich auch sehr wach gerüttelt für dieses Thema. Dieses Buch war sehr erfolgreich und es ist mittlerweile in sehr viele Sprachen übersetzt worden. Mit diesem Buch hat sich sehr, sehr vieles zu bewegen begonnen. Durch die Inhalte dieses Buches sind sehr viele Menschen, so wie ich auch, munter geworden und wach gerüttelt worden. Die Konsumentinnen und Konsumenten haben begonnen die Waren die sie kaufen, einmal kritisch hinterfragen. Kritische Konsumentinnen hat es selbstverständlich schon vor diesem Buch gegeben, aber ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Buch dafür gesorgt hat, dass diese Gruppe der kritischen Konsumenten auf jeden Fall größer geworden ist und dass sie auch inhomogener geworden ist. Und ein Unternehmen braucht sich eigentlich vor nicht vielen zu fürchten oder vor nichts größerem zu fürchten, als vor kritischen Konsumentinnen oder auch vor unzufriedenen Kundinnen. Denn, wenn jemand mit einem Produkt unzufrieden ist, dann meidet er oder sie das Produkt nicht nur, sondern macht auch schlechte Mundpropaganda für das Produkt. Ein schlechtes Image ist auch mit einem großen Werbeetat kaum mehr hinzubekommen. Dass sich in diesem Bereich einiges bewegt hat, zeigt auch die Tatsache, dass die großen Lebensmitteldiskonter bei uns im Land, wie Hofer oder Lidl mittlerweile fair gehandelte Produkte anbieten. Was diese beiden Unternehmen, insbesondere eines davon auf der Mitarbeiterenebene aufführt möchte ich sagen, werde ich hier nicht näher ausführen, aber ich denke, das ist zumindest ein Zeichen, dass sich hier einiges getan hat. Vor einigen Jahren war es noch der Fall, dass man für fair gehandelten Kaffee, Kakao, Schokolade in Welt-Läden gehen musste und mittlerweile ist es doch so, dass man bei jedem Spar oder Billa zumindest, diese Grundprodukte des fairen Handels erhält. Es gibt auch in der Wirtschaft ein neues Schlagwort „CSR – corporate social responsibility“. Das ist auch zum neuen Schlagwort geworden und die Beispiele die wir heute gesehen haben, Herr Zotter, Herr Zeiler, haben gezeigt, dass auch Unternehmen, die sich diesem fairen Gedanken verschreiben, durchaus einen sehr tollen Unternehmererfolg haben können. Warum spreche ich nun bei einer Landtagsenquete im Jahr 2008 noch immer vom Schwarzbuch Markenfirmen, das doch eigentlich alt ist und zeige den berühmten Turnschuh von Clean Clothes her. Deshalb, weil ich davon überzeugt bin, dass ein wesentlicher Faktor im Gelingen der Entwicklungszusammenarbeit darin liegt, dass eine gute Informationspolitik passiert. Elisabeth Freiberger hat uns vorher die steirischen Zahlen präsentiert. Demnach werden die für die EZA budgetierten Mittel nicht ausschließlich in die Zielländer investiert, sondern 20 % werden in Bildungsmaßnahmen hier in der Steiermark investiert. Und genau das halte ich für unerlässlich. Der politische Konsument ist ein schlafender Riese, hat Ulrich Bäck gemeint und durch Informationen kann er geweckt werden und seine mächtige Funktion besetzen. Die Steiermark, wir haben es schon gehört, zeigt sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als besonders engagiert. Unser Landeshauptmann hat nachdem er 2005 die Ressortverantwortung übernommen hat, eine jährliche Budgeterhöhung um 10 % für die Entwicklungszusammenarbeit zugesichert. Der Fair Trade Tag des Landes, an dem viele Schulklassen aus der ganzen Steiermark teilnehmen, ist zum fixen Bestandteil des Informationsauftrags geworden. Aber auch der Journalistinnenpreis des Landes ist eine wichtige Maßnahme, um diesem Thema die Öffentlichkeit zu geben, die dieses Thema auch verdient. In naher Zukunft, nämlich am 11. Juni findet in der Aula der Alten Universität die Preisverleihung des Wettbewerbs „Fair Young Styria – Jugend für Fairness in der Welt“ statt. Es handelt sich dabei um einen Wettbewerb der Schulklassen, die sich Projekte zum Thema

Entwicklungszusammenarbeit und Fairness in der Verteilung, überlegt haben. Ich habe die Glocke schon gehört, ich werde ein bisschen kürzen. Was ich noch unbedingt sagen möchte ist, ein ganz, ganz tolles Projekt das wir in der Steiermark mittlerweile in 20 Gemeinden umsetzen, das ist die faire Gemeinde. Also, wie gesagt, 20 Gemeinden haben sich schon mittels Gemeinderatsbeschluss zur fairen Gemeinde bekannt. D.h., es braucht natürlich nicht nur einen Gemeinderatsbeschluss, sondern die Geschäfte und Gastronomiebetriebe in der konkreten Gemeinde bieten fair gehandelte Produkte oder lokal bezogene Produkte an. Es passiert Bildungsarbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen und in Schulen der entsprechenden Gemeinden. Ich möchte diese Chance heute nutzen, den Organisationen die den 20 Gemeinden in der Steiermark zur Seite gestanden sind, das sind das Welthaus der Diözese Graz-Seckau, Südwind und Fair Trade Österreich, denen möchte ich sehr herzlich für das Engagement in diesem Bereich danken und alles Gute wünschen für die nächsten Jahre. Ich hoffe, dass wir bei der nächsten Enquete zu diesem Thema uns über 542 faire Gemeinden in der Steiermark freuen können. Schlussendlich möchte ich noch ein herzliches Dankeschön sagen. Danke an alle, die diesen Tag heute ermöglicht haben. Danke bei allen Referentinnen und Referenten. Sie haben mir als Nicht-Expertin jetzt wieder dazu verholfen, dass ich meinen Informationsstand ein bisschen aufräumen kann. Ich glaube, wir haben heute die Enquete mit der hochkarätigsten Besetzung. Das macht mich sehr stolz. Weiters bedanke ich mich bei allen Abgeordneten von allen Landtagsklubs, die in der Vorbereitung im Unterausschuss so konstruktiv zusammengearbeitet haben. Ich glaube, wir haben sehr wenig diskutiert. Wir waren uns sehr schnell einig und das liegt bestimmt auch am Thema, das ist uns allen einfach sehr wichtig. Danke auch an die Landtagsdirektion für die Organisation des heutigen Tages, für die Abwicklung. Herzlichen Dank auch an die Damen für die Protokollführung, vielen Dank an Mag. Freiburger und Mag. Tausch, die uns sehr toll unterstützt haben in der Vorbereitung, die so ein bisschen das Bindeglied zum entwicklungspolitischen Beirat des Landes waren und zu uns im Unterausschuss und schlussendlich noch herzlichen Dank dem entwicklungspolitischen Beirat, der hier einen wirklich sehr, sehr tollen Vorschlag für die Referentinnen und Referenten für die heutige Enquete gemacht hat. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Gross: Wir kommen nun zum 2. Statement, und ich bitte Herrn Abgeordneten Manfred Kainz, Landtagsklub der ÖVP, an das Rednerpult

LTAbg. Kainz: Ja, Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sehr geehrte Referentinnen und Referenten.

Ich sage gleich zu Beginn einmal danke für diese Veranstaltung heute, für diese Enquete an alle, ganz besonders aber an diejenigen, die Expertise gegeben haben. Es ist für mich eine, persönlich eine sehr interessante Sache. Ich bin jetzt seit zweieinhalb Jahren in der Politik tätig und hab mich vorher eigentlich nur als Unternehmer betätigt. Als Unternehmer, der weltweit tätig ist und der zwar in vielen dieser Länder, die wir heute hier genannt haben, mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und eigentlich ist es mir nie so bewusst geworden, wie die Situation vor Ort tatsächlich sein kann. Und wenn man dann heute hier die einzelnen Vorträge hört, zu Beginn den Herrn Brand, wenn er spricht über Globalisierungsgewinner und

Globalisierungsverlierer und auch darüber, was die Gründe sind, warum und wieso und unter anderem er auch gesagt hat, na ja, diese multinationalen Konzerne gehen in die Welt, um das Maximum an Profite zu bekommen, so kann ich mir vorstellen, dass das beim einen oder anderen ohneweiters zutreffen kann, aber dass das nicht bei allen so ist. Und wenn er sagt, na ja, einer der Gründe ist auch, um Gewerkschaften zu schwächen, dann wiederhole ich mich heute hier an dieser Stelle. Ich habe schon oft gesagt, ein großer Fehler war es, dass die Gewerkschaften es nicht geschafft haben, die vielen Reserven, die sie weltweit angehäuft haben, in Solidarität dafür zu verwenden, um den Menschen vor Ort die Möglichkeiten zu geben, die gleichen zu haben wie hier. Und da muss man dann schon die Frage stellen, die Frage die sich an die Politik stellt und die der Vizekanzler außer Dienst mit seinem Global Marshall Plan interessanterweise auch zum Teil schon beantworten konnte. Die Frage an die Politik, wie schaffen wir es, unseren Menschen hier den Standard, den Menschen hier, die wir als Politiker zu vertreten haben, den Standard zu erhalten und den benachteiligten Menschen in der Welt einen lebenswerten Standard zu schaffen und das unter dem Schutz unserer Erde? Vielleicht ist der Global Marshall Plan wirklich die Antwort. Und wenn ich mir die Vision weltweit Gerechtigkeit, Friede und Nachhaltigkeit hier anschau und lese, dann ist das, nehme ich ja noch für alle Politiker hier in Österreich, ein erstrebenswertes Ziel und wir sollten alles tun, um diesen Global Marshall Plan zu unterstützen.

Wenn die Frau Königshofer uns heute hier aufgezeigt hat, wie die Wertschöpfungskette bei Textilien ist, dann bin ich sehr froh, ich muss das heute sagen, dass ich auch Importware trage, ich bin Weststeirer aus dem Bezirk Deutschlandsberg, Importware trage aus dem steirischen Vulkanland. Das ist eine Schilcherlandtracht und Herr Felber hat das ja auch angesprochen, Regionalwirtschaft. Und die steirische Volkspartei hat in diesem Haus in letzter Zeit sehr viele Anträge gestellt zu einem weißgrünen Weg, in dem wir auch ein Bekenntnis zur Regionalwirtschaft abgeben und der Herr Felber hat in seinem Vortrag eben genau diese Regionalwirtschaft in den Vordergrund gestellt, in dem er gesagt hat, die Regionalwirtschaft bietet wesentlich bessere Möglichkeiten für die Menschen hier in der Entwicklung, aber wir dürfen eben dabei nicht vergessen, und der Herr Doktor Zeiler hat es ja gesagt, es ist ihm fast peinlich, dass er exportiert. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass wir in der Steiermark sehr viele Arbeitsplätze haben, die eben exportabhängig sind und wir mit diesen Exporten unseren Menschen hier Sicherheit geben. Mit dieser Sicherheit, die wir geben und dem Geld, dem Budget, das das Land Steiermark für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt und wie wir gehört haben, es wird seit, mehr und mehr von Jahr zu Jahr. Es ist noch immer sehr wenig, wenn man sich das anschaut. Mit mehr und mehr und zwar seit dem Jahr 2003, wie wir dankenswerterweise aus ihrer Grafik entnehmen konnten, also schon sehr lange ist es diesem Haus ein großes Anliegen. Und mit dieser Sicherheit und den erweiterten Budgets, die wir haben, haben wir eben die große Aufgabe übernommen, den Menschen zu helfen. Den Menschen zu helfen, die nicht in dieser guten und glücklichen Situation sind wie wir es sind. Und da ist es mir persönlich ein sehr großes Anliegen, die Karte dieser Welt. Wenn man sich diese Landkarte anschaut, dann gibt es drei große Wirtschaftsräume: Das ist Amerika, Mittelamerika und Südamerika, das ist Asian Pacific, also Asien und der pazifische Raum und das ist Europa. Und es gibt einen Kontinent, der kommt in der Wirtschaftswelt einfach nicht vor. Und das ist Afrika. Meiner Meinung nach ist es für uns eine sehr

wichtige und große Aufgabe, dass wir vom Land Steiermark aus uns sehr intensiv mit Afrika beschäftigen und Afrika unterstützen. Wenn ich sehe, dass wir im Jahr 2007 den größten Teil unseres Budgets für Brasilien ausgegeben haben, so bin ich damit, ich persönlich, damit nicht einverstanden, denn Brasilien wird als Schwellenland bezeichnet und ist ein absolutes Industrieland. Das gleiche gilt in Asien, wir haben es heute gehört, für China. Und wenn wir hören, dass China beschlossen hat, in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika aktiv zu werden und 5 Milliarden, ich nehme an, es sind Dollar, es war keine Währungsbezeichnung dabei, aber ich nehme an, es sind Dollar, in Afrika investiert und man dann sieht, dass man aus Afrika nur, ich sag das jetzt bewusst so, nur Produkte, nur Rohstoffe holt, und der ganz große Anteil Rohöl ist, dann kann man sich vorstellen, was die tatsächlichen Interessen sind. Und wenn man dann auch noch hier hört, dass China nicht bereit ist, sich an internationale Verträge zu halten und Informationen freizugeben, um tatsächlich in Erfahrung bringen zu können, wie gut ist die Entwicklungszusammenarbeit, dann bedeutet das für uns, dass wir uns noch mehr anstrengen müssen, um in Afrika aktiv zu sein und zu helfen. Das bedeutet unter anderem, dass wir, und das hat mir das Beispiel vom Herrn Dr. Zeiler, ich habe das glaube ich vor einem halben Jahr das erste Mal gehört, das hat mir sehr gut gefallen, weil es meiner Meinung nach, und das ist natürlich jetzt nur meine Meinung, nach, ein guter und ein richtiger Weg ist, wenn man sieht, wie es geschieht, also das heißt, wir bilden aus, wir helfen, wir helfen mit einfachsten Mitteln. Wir stülpen nicht einfach unsere Technologie drüber, sondern wir versuchen gemeinsam, also das Unternehmen, und die Menschen vor Ort, versuchen gemeinsam Wert zu schöpfen. Und wir haben ja gehört, die Menschen wollen nicht Almosen, sondern die Menschen wollen einen gerechten Lohn für ihre gerechte Arbeit. Und wenn es gelingt, da tatsächlich Zwischenhändler auszuschalten, und ich geh jetzt wieder in die Textilien, wenn man sich diese Zwischenhändlerkette anschaut und jedes Mal werden da 30, 40, 50 Prozent aufgeschlagen, dann ist es eben nur die Schuhspitze des Schuhs, die als Profit demjenigen oder als Einkommen demjenigen bleibt, der es hat. Übrigens, eines muss ich schon dazu sagen, gell, ich glaube, bei einem Liter Milch bei uns ist es nicht viel anders. Ich könnte jetzt genauso wie die Kollegin noch, oder würde es auch gerne tun, noch einige Minuten anhängen und darüber sprechen. Für mich persönlich war das heute ein sehr wichtiger Tag, ein sehr interessanter Tag und für die steirische Volkspartei kann ich hier nur festhalten, dass wir auch in Zukunft zur Entwicklungszusammenarbeit stehen, dass wir ein Partner im Unterausschuss in den Ausschüssen sein werden, mit dem es interessant sein wird, zu diskutieren und wir wünschen auch für die Zukunft uns und ihnen allen in der Entwicklungszusammenarbeit eine gute Zusammenarbeit. Danke für ihre Aufmerksamkeit! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Gross: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum 3. Statement und ist darf Frau Ing. Renate Pacher vom Landtagsklub der KPÖ ans Rednerpult bitten.

LTAbg. Ing. Pacher: Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir leben heute in einer Zeit, in der genügend Reichtum vorhanden ist, in der die Entwicklung der Wissenschaft und der Technik, ja aller Produktionsmittel so weit fortgeschritten ist, dass wirklich allen

Menschen auf dieser Erde ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden könnte. Aber – und wir haben das ja heute schon ausführlich gehört - das Gegenteil ist der Fall. In den Ländern des Nordens herrschen zunehmender Sozialabbau, steigender Druck am Arbeitsplatz und die Flucht in eine Konsumwelt. In vielen Ländern des Südens und Ostens herrschen Armut und Elend, Hunger und Ausbeutung und Kriege. Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an Hunger. Und ich bin völlig einer Meinung mit Jean Ziegler, das ist der Sonderbeauftragte für Nahrung, das Recht auf Nahrung von der EU, wenn der nämlich meint: Diese Kinder sterben nicht einfach, sie werden in Wirklichkeit ermordet. Das ist die traurige Wahrheit. Zurzeit verschärft sich der Hunger noch – meine Kollegin hat das angesprochen – nämlich durch einen massiven Anstieg der Lebensmittelpreise. Nur bin ich nicht ihrer Meinung, wenn sie meint: Die Ursachen kann man nicht klar feststellen. Ich meine, die Hauptursachen sind sehr klar benennbar. Zum einen sind das eben, dass immer mehr Lebensmittel zu Biosprit verarbeitet werden und das zweite ist die Spekulation. Viele Spekulanten sind eben von den unsicheren Immobilien zur Spekulation mit Lebensmittel übergegangen und das hat einen wesentlichen Effekt auf die Preise. Deshalb ist die KPÖ auch für ein Verbot der Verwendung von Nahrungsmittel zur Biospriterzeugung und für eine Bekämpfung der Spekulation insbesondere bei den Nahrungsmitteln.

Nach dem Zusammenbruch der Sozialistischen Länder ist der Kapitalismus die Wirtschaftsform, die bis auf wenige Ausnahmen alle Gebiete der Erde dominiert. Länder, die früher dem Zugriff kapitalistischer Interessen entzogen waren, wurden nun zu neuen Märkten und auch zu Profitquellen. Das ist einhergegangen mit einem ungeheuren Aufschwung der Macht transnationaler Konzerne. Die 500 größten Privatkonzerne der Welt kontrollieren heute 52 Prozent des Bruttosozialproduktes. Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist aber der Maximalprofit und daraus die logische Konsequenz: Das ist Ausbeutung von Mensch und Natur. Diese kapitalistische Wirtschaftsweise soll in allen Teilen der Erde durchgesetzt werden. Über verschiedene Institutionen, da gibt es die Weltbank, die IWF, die WTO, dort werden die Privatisierungen, die Marktöffnung und gute Profitbedingungen für ausländische Investoren durchgesetzt. Und auch wenn ich jetzt den jetzigen EU-Reformvertrag anschau, der hebt dieses praktisch neoliberale Wirtschaftssystem gleichsam in den Verfassungsrang.

Und entgegen den vollmundigen Versprechungen - und für uns gehört auch der Global Marshall Plan dazu – verbessert sich die Lebensbedingungen der Menschen nicht durch Privatisierung und die freie Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer. Das haben Millionen von Menschen am eigenen Leib erfahren und nämlich deshalb regt sich auch in vielen Teilen der Erde Widerstand. Als eine Antwort auf die Bedrohung der Machtinteressen werden eben dann die Militärausgaben erhöht. Im Jahr 2004 haben die Rüstungsausgaben aller Staaten die 1.000-Milliarden-Dollar-Marke überstiegen. Die Tendenz ist leider weiterhin steigend. 47 % dieser Ausgaben entfielen auf die USA. Aber auch die EU, das wird meistens verschwiegen, betreibt ein ehrgeiziges Aufrüstungsprogramm und bastelt auch an schnellen Eingreifstruppen. Auch der Krieg – siehe Beispiele Irak oder Afghanistan ist als Mittel zur Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen wieder salonfähig geworden. Längst schon ist ausgerechnet worden, dass mit nur einem Teil der Rüstungsausgaben die Lebensbedingungen der Menschheit wesentlich verbessert werden könnten. Soziale Unruhen, Bürgerkriege

und auch der Terrorismus, dem könnte dadurch die Basis entzogen werden. Aber das liegt ja gar nicht im Interesse der Mächtigen. Entwicklungszusammenarbeit – und wir haben ja heute sehr viele Beispiele hier im Hof und auch vor Ort gehört, der wird von einzelnen Personen und Organisationen mit großem Engagement geleistet. Und für viele Menschen des Südens und Ostens ist das auch ein Hoffnungsanker in einem Meer von Elend. Allerdings – und das ist die traurige Wahrheit - konnte in den vergangenen Jahrzehnten die Situation für die Menschheit insgesamt in Mehrheit nicht verbessert werden. Es gibt kaum einen Staat, der die vereinbarten 0,7 % des BIP für Entwicklungszusammenarbeit verwendet. Hier kommt noch, dass ein Teil der EZA eher den Interessen der Geberländer entspricht und es werden Projekte gefördert, die im politischen und wirtschaftlichen Interesse der Geber unterliegen. Für einen großen Teil der Entwicklungshilfegelder hat sich der Ausdruck „Phantomhilfe“ eingebürgert. Das bedeutet, dass diese Gelder nur sehr beschränkt zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Finanziert werden dadurch eher Schuldenerlässe, Ausgaben für ausländische Studentinnen und Studenten, die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern und besonders pervers ja sogar die Kosten für deren Abschiebung. Eine unabhängige Analyse stellt für Österreich im Jahr 2005 fest, dass einen Anteil von 62 % der so genannten Phantomhilfe an offiziellen Entwicklungshilfegelder gibt. Wir sind aber der Meinung: Angesichts der Jahrhunderte dauernden Ausbeutung der Dritten Welt müsste es eher um Wiedergutmachung gehen und nicht um Entwicklungshilfe. Eine Entwicklung, die die KPÖ strikt ablehnt, ist die schleichende Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Mir fehlt leider jetzt die Zeit, um das wirklich genau zu beleuchten. Ich möchte deshalb auf eine Studie verweisen, nämlich mit dem Titel: „Mit Sicherheit keine Entwicklung, die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit“ von Jürgen Wagner, die das sehr gut ausführt. Kurz gesagt: Tatsache ist, dass in immer mehr Strategiepapieren der USA, der EU und einzelner Staaten – aber leider nicht nur in diesen Papieren, sondern auch in der Praxis – da hört die Entwicklungszusammenarbeit auf, ein eigenständiges Konzept zu sein. Zunehmend wird Entwicklungszusammenarbeit mit, auch militärischer, Sicherheitspolitik verknüpft. Entwicklungshilfeorganisationen werden vor Ort in militärischen und Sicherheitsfragen eingebunden. Immer mehr Entwicklungshilfegelder, also Gelder, die eigentlich zur Senkung für die Armutsbekämpfung zu wirken gedacht sind, werden für Militäreinsätze und Sicherheitsaufgaben zweckentfremdet. Immer häufiger wird die Vergabe von Entwicklungshilfegeld an das Wohlergehen im so genannten Krieg gegen den Terror geknüpft. Der Druck, immer mehr Arten von militärischen- und Sicherheitsaufgaben als Ausgaben für die öffentliche Entwicklungshilfe anrechnen zu dürfen, der steigt ständig. Ich habe da auch ein konkretes Beispiel dafür, also ein sehr böses Beispiel, also ein schlimmes Beispiel in meinen Augen: Nämlich die Kosten für den Österreich-Tschad-Einsatz, die werden aus dem Entwicklungshilfe-Etat genommen. Das ist in meinen Augen ein Skandal, gegen den die Öffentlichkeit protestieren müsste.

Nachdem was wir heute gehört haben und was ich oben gesagt habe, gibt es für mich als Kommunistin nur einen Schluss: Eine Wirtschaftsordnung wie der Kapitalismus, deren Antriebsfeder der Maximalprofit ist, der kann ganz einfach die Lebensbedürfnissen der Menschheit, das Recht jeder und jedes Einzelnen auf ein wirklich menschenwürdiges Leben, eine solche Gesellschaftsordnung kann dem nicht gerecht werden.

Eine Antwort aus dem gegenwärtigen Meer des Elends kann deswegen nur Abrüstung und eine wirklich gerechte Weltwirtschaftsordnung sein. Eine Weltwirtschaftsordnung, in der die Früchte aus der gemeinsamen Arbeit aller auch allen Menschen zu Gute kommen. Deshalb sind wir auch solidarisch. Wir sind solidarisch mit Ländern wie Kuba, Venezuela oder Bolivien und mit allen Bewegungen, die einen anderen Weg als jenen der Kapitallogik und des Maximalprofits suchen oder versuchen zu gestalten. Auch wenn die Errichtung einer anderen, einer gerechten Gesellschaft angesichts der Übermacht der Konzerne, der Militarisierung, des aufkommenden Rassismus und auf der Bewusstseinslage der Menschheit, wie sie derzeit ist, weil das zurzeit utopisch erscheint, wollen wir diese Frage wirklich keinesfalls von der Tagesordnung nehmen. Denn wir sind der Meinung: Angesichts der drängenden Probleme der Menschheit wie Armut, Umweltzerstörung oder Klimawandel wird die Frage nach einer gerechten, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung letztendlich auch eine Überlebensfrage sein, eine Überlegensfrage für die ganze Menschheit. Damit beende ich meine Ausführungen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.
(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Gross: Als viertes und letztes Statement darf ich nun Frau Abgeordnete Mag. Editz Zitz vom Landtagsklub der Grünen um ihr Statement bitten.

LTAbg. Mag. Zitz: Liebe anwesende Menschen!

Also, ich frage, was ich da vorne jetzt machen müsste, um nur irgendwie Ihren Energiepegel zu heben und im Moment fällt mir überhaupt nichts ein. Weil es einfach total warm hier herinnen ist, weil wir jede Menge sehr tollen Fachinput gehört haben, aber das ganze sehr wenig interaktiv, abgesehen von den Pausen. Das was mir ein Anliegen ist, dass die Dinge die wir da berichtet bekommen haben, dass wir die wieder auf die landespolitische Ebene bringen und das wäre gleich meine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, dass wir jedenfalls den bestehenden Unterausschuss, also Martina Schröck hat das ja kurz angeführt, weiterführen und dass es einfach eine politische Nachbereitung dieser Enquete gibt. Das zum einen. Das Zweite, liebe Kollegin Pacher, ich kann nicht anders als kurz auf deine Ausführungen einzugehen, mit einem Hinweis, wie der Begriff „Dritte Welt“ entstanden ist. Dieser Begriff ist entstanden in einer geopolitischen Situation, als ehemals kolonialisierte Länder aus strategischen Gründen von den USA und der Sowjetunion massiv instrumentalisiert worden sind und zwar zu militärischen Zwecken, zu wirtschaftlichen Zwecken und aus Gründen Satellitenstaaten in den bewusst angehaltenen Teilen der Welt zu schaffen. Ich glaube einfach, dass man immer wieder darauf hinweisen muss, dass ein emanzipatorischer Zugang im Bereich Globalisierungskritik und Entwicklungspolitik bedeutet, dass man Autonomie und emanzipierte Bewegungen zulässt. Zweites Anliegen: Wir haben heute, teilweise für mich sehr erkenntnisreichen, faszinierenden Ausführungen sehr oft gesprochen über unseren Kompetenztransfer in die Länder des Südens. Ich habe selber in Nicaragua gearbeitet auf der Uni für Bodenkultur und habe dort erlebt, wenn hochrangige Agraringenieurinnen wirklich von Promi-Unis aus der EU nach Nicaragua gekommen sind, wie fassungslos die Leute waren, nämlich unsere EU Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen mit wenig schließigen Mitteln man es in Nicaragua geschafft hat, hochqualitative Forschung zu machen.

Hochqualitative Wissenschaft zu machen und das in einer Situation, die von den USA finanzierten Kontras Leute misshandelt haben, missbraucht haben, ermordet haben und das teilweise auch mit konsequentem Wegschauen der EU und auch von Österreich. Drittes Anliegen: Ich komme jetzt zur Situation in der Steiermark. In der Steiermark, das ist genannt worden, gibt es ein sehr breites Feld an unterschiedlichen NGO's, also an zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die aus sehr, sehr unterschiedlichen Lagern kommen. Das sind radikal globalisierungskritische Leute. Sehr junge Leute, etwa von Spectral. Das sind Leute, die aus der Weltlandbewegung kommen. Das sind Leute von der Erklärung von Graz, das ist wahrscheinlich eine der ältesten Einrichtungen. Das sind Leute von der Drei-Königs-Aktion, vom Welthaus, vom Verein Südwind und diese Leute arbeiten sehr professionell. Aber oft auch sehr geprägt durch massive Selbstausbeutung. Ich glaube einfach, dass ein Strukturaufbau, wo man diese Kompetenzen sozusagen auch wertschätzend einbringt und diese Verknüpfung zwischen lokalem Handeln und globalen Überlegungen das sicherstellt, das ist für mich einfach eine emanzipatorisches Anliegen und deshalb halte ich auch Ausgaben im Bereich Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit für absolut wichtig. Und Projekte in dem Bereich sind für uns manchmal unangenehmer, weil wir mit unseren Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen mehr konfrontiert sind, als wenn man punktuelle Projekte in der Dritten Welt finanziert. In der Steiermark gibt es einen aktiven entwicklungspolitischen Beirat plus auch auf der Verwaltungsebene Leute, die sich da sehr engagieren. Aber Fakt ist, dass wir in der Steiermark immer noch relativ knapp bemessen sind, was die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit betrifft, das ist Fakt. Das war in der letzten Enquete zur Entwicklungszusammenarbeit Thema und ich möchte das einfach noch einmal einbringen und zwar kreativ einmahnend, hoffe ich, also nicht destruktiv einmahnend, sondern einfach in der Hoffnung, dass sich da auf Basis dieser Enquete etwas tut. Eine Sache noch, Beschaffungswesen Bio und fair. Positives Beispiel ist für mich der Retzhof. Das ist ein Bildungshaus des Landes, wo sehr viel Bio und auch fair gehandelte Produkte verwendet werden. Ich glaube einfach, dass das total wichtig ist, auch mit positiven Beispielen darauf aufmerksam zu machen was da umgesetzt wird. Fakt ist auch, dass etwa im Bereich der Krankenanstalten es ziemlich klemmt, weil man dort einfach Vergabemodalitäten nach dem Billigstbieter und nicht nach dem Bestbieterinnenprinzip angeht. Zurückzukommend auf ein Thema das erst peripher gestreift wurde, das mir ein großes Anliegen ist, Menschenrechtssituation. Wir werden in Bälde die Olympiade haben in China, in einem Land das immer wieder ganz krass Menschenrechte verletzt. Die geopolitische Potenz von China ist uns am Vormittag schon sehr gut vor Augen geführt worden. Fakt ist, dass es in Tibet massivste Menschenrechtsverletzungen gibt, die man einfach in diesem Zusammenhang jedenfalls thematisieren muss, weil man es einfach ein Stück der Herrschaft und auch der Unterdrückung sonst außer Augen lässt. Und ein zweites Thema ist einfach die Situation in Burma bzw. auch die Situation in Ländern, wo viele Flüchtlinge zu uns kommen. Also, ich nenne Länder wie Somalia, wie Nigeria, das sind false states, wo es keine funktionierende Staatsstruktur mehr gibt und wo wir über unser Zuschauen, über unsere Duldsamkeit teilweise und auch über unsere Ausbeutung jahrzehntelang dazu beigetragen haben, dass diese Länder in diesen Zustand gekommen sind, wohl wissend, dass diese Länder natürlich auch ein Stück Eigenverantwortung haben. Und dass die Eliten in diesen Ländern und das möchte ich gerade in dem Zusammenhang auch betonen, sehr oft auch alles andere als demokratisch und

emanzipatorisch vorgehen. Und da heißt es einfach auch ganz, ganz klug, Widerstand zu leisten und dass z.B. in Brasilien Projekte unterstützt werden. Ich weiß, dass Land investiert sozusagen viele dieser Mittel in diese Projekte, aber das sind Projekte, wo man wirklich mit emanzipatorischen teilweise auch sehr, sehr durchaus aufrührerischen – im positivsten Sinn des Wortes – Methoden versucht, ein Stück Verteilungsgerechtigkeit zustande zu bringen und deswegen sind die Mittel für mich in diesem Zusammenhang auch absolut gerechtfertigt eingesetzt. Am Vormittag ist auch angesprochen worden bzw. am Nachmittag, die internationale Steuerpolitik. Wir haben in Österreich leider eine Situation, wo eine Vermögenssteuer im Anflug ist, wo niemand ganz genau weiß, wie die ausschauen wird und wie die bestehende Erbschaftssteuer gekippt worden ist. Was ich aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit für absolut nicht gerechtfertigt sehe. Wir haben in Österreich auch eine Steuersituation, wo gerade Klein- und Mittelbetriebe alles andere als privilegiert werden. Also ich empfinde es auch als störend, wenn man immer global über die Wirtschaft redet. Ich glaube, da muss man sehr, sehr genau differenzieren, wer da Ansprechpartnerin und Ansprechpartner ist und die kollektiven Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen gibt es für mich auch nicht, weil es einfach einen Unterschied macht, ob man am gestellter Maßen in der Chefetage ist oder Hofrätin im Landesdienst, pragmatisierter Weise oder Universitätsprofessor, oder ob man im einem prekären Beschäftigungsverhältnis ist und weiß, dass man eigentlich der Pension nur entgegen zittern kann, obwohl man sehr, sehr viele Jahre gearbeitet hat und das gilt noch einmal verschärft für Frauen, um jetzt auch die Genderperspektive einzubringen. Zusammengefasst, aus Sicht der Grünen halte ich es für dringend angebracht und auch für gut machbar, dass wir eine Nachbereitung dieser Enquete machen mit den Punkten, die zwischen uns mehrheitsfähig sind. Ich halte es für absolut wichtig, dass wir die Aktivitäten, die regional gestreut sind, weiter entwickeln. Also, das können Klimabündnisaktivitäten sein, das können die fairen Gemeinden sein, das können antirassistische Schulprojekte sein, das können Frauen- und Mädchenantigewaltprojekte sein und ich halte es auch für wichtig, dass wir hergehen und unser Vergaberecht in die Richtung umbauen, dass es möglich ist, Produkte die wir zu fairen Preisen konsumieren, dass wir auch die wirklich im Beschaffungswesen unter die Leute bringen können. Wenn ich nach hinten schaue, dann sehe ich leider eine leere Regierungsbank. Es war am Vormittag die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder da, aber ich denke, es ist unser Auftrag als Abgeordnete, die Botschaften von dieser Enquete, die sozusagen zwischen uns mehrheitsfähig sind, auch wieder ins politische System einzubringen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Gross: Ich danke für die perfekte Einhaltung von 10 Minuten. Meine Damen und Herren, laut Tagungsprogramm kommen wir nun zur Diskussionsrunde, für die eine Stunde Zeit vorgesehen ist. Es besteht, wie bereits eingangs erwähnt wurde, die Möglichkeit, sich mit den in der Sitzungsunterlage enthaltenen Formularen beim Direktor des Landtages Steiermark, Herrn Hofrat Mag. Heinz Drobesch, für eine Wortmeldung anzumelden. Derzeit liegen mir zwei Wortmeldungen vor. Ich weise nur nochmals darauf hin, dass die Wortmeldungen keineswegs länger als 5 Minuten dauern sollten, damit ein sinnvoller Diskussionsfluss gewährleistet ist. Ich darf als erstem Redner Herrn Mag. Dietmar Schreiner, vom Welthaus der Diözese Graz Seckau das Wort erteilen.

Mag. Dietmar Schreiner: Geehrte Frau Präsidentin, geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete und sie auch als Besucher.

Ich möchte mich als erstes einmal ganz herzlich dafür bedanken, dass es diese Enquete heute wieder gegeben hat. Es ist das letzte Mal vor 6 Jahren gewesen, dass eine entwicklungspolitische Enquete stattgefunden hat. Aus meiner Sicht solle es noch wesentlich öfter sein, denn alle die Themen, die heute nicht besprochen werden konnten und auch wichtig sind, hier noch zur Sprache zu bringen, würde uns entwicklungspolitisch auch weiterbringen. Erlauben Sie mir am Anfang aber auch eine Kritik zu äußern. Die diesmalige Enquete wurde vorbereitet, ohne die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik Steiermark und die entwicklungspolitische Plattform, also die steirische Plattform der Gruppen, in die Vorbereitung einzubinden. Das ist anders, als es beim letzten Mal war. Wir hatten das beim letzten Mal als sehr positiv empfunden und konnten natürlich auch unsererseits in der Vorbereitung einiges beitragen. Ich habe, als diese Enquete hier beschlossen wurde, dem damaligen Vorsitzenden Abgeordneten Bernhard Stöhrmann, auch seitens dieser beiden genannten Netzwerke zur Sprache gebracht, dass wir das gerne machen würden. Ich habe aber nie eine Reaktion darauf bekommen, das ist schade und ich selber empfinde es eigentlich als eine Missachtung der Zivilgesellschaft in der Steiermark, wenn man diese entwicklungspolitische Szene nicht auch in der Vorbereitung einbindet. Ich denke, es wären auch mehr Personen aus den Reihen der Organisationen da, wenn sie in der Vorbereitung dabei gewesen wären.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass in diesem Zusammenhang auch es deshalb der Fall ist, dass man sich nicht gefragt hat, was sind eigentlich die Ergebnisse, was ist aus den Ergebnissen der letzten Enquete geworden? Denn dort war ein wesentlicher Punkt im Beschaffungswesen, doch einige Sachen vorzusehen. Also man hatte damals im Landtag beschlossen, dass mindestens 25% fair gehandelte Produkte im öffentlichen Beschaffungswesen des Landes aus dem fairen Handel bezogen werden sollen. Es gab dann eine Arbeitsgruppe, die für ein Jahr gearbeitet hat und im Herbst 2003 den Bericht entgegengenommen hat, das ging da um etwa 6300 Euro an Mehrkosten, die das ermöglicht hätten, dass man den fairen Handel deutlicher zum Zug hätte kommen lassen, und man hat damals dann auch noch Kommunikationsbeschlüsse gefasst, also über Informationen, da ist eigentlich überhaupt nichts umgesetzt worden. Der einzige Fair Trade Tag des Landes, der mit einer Verspätung von 3 Jahren dann erstmalig wirklich stattgefunden hat. Das finde ich sehr schade, denn es gibt Beschlüsse des Landtages und ich wundere mich, warum Sie sich nicht stärker darum kümmern, dass diese Beschlüsse auch eingehalten werden. Ja. Lassen Sie mich jetzt noch zu einer positiveren, gewinnenderen Sache kommen. Frau Mag. Freiburger hat über die Länder gesprochen, die über die Mittel des Landes Steiermark gefördert werden und bei beiden Grafiken der Jahre 2006 und 2007 ist immer Guatemala genannt worden. Wir hatten eine Evaluierung, wo also über einen Zeitraum von 10 Jahren betrachtet wurde, was die am meisten geförderten Länder sind, und da war es auch Guatemala, das einfach von einer Reihe von steirischen Gruppen und Organisationen seit Jahren mit Projekten gefördert wird. Und ich möchte Sie einladen, also speziell Sie als Abgeordnete des Landtages, aber auch die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, auch wenn sie jetzt nicht anwesend sind, sich vor Ort vielleicht diese Projekte oder einen Teil dieser Projekte einmal anzuschauen. Ich denke mir, es

ist doch ein erklecklicher Anteil dieses Budgets, das dorthin gegangen ist und gerade die persönliche Kenntnisnahme solcher Projekte bringt Ihnen nicht nur jetzt persönliche Erfahrungen, um was es eigentlich in diesem Bereich geht, sondern ich denke, Sie sehen auch, wie die einzelnen Organisationen und Gruppen in der Steiermark dann vor Ort solche Projekte umsetzen. Und ich darf Ihnen da von Seiten des Welthauses anbieten, dass wir so eine Reise gerne organisieren in Zusammenarbeit mit den anderen Beteiligten und wir haben also auch vor Ort eben selber Projekte und über Horizont 3000 auch vor Ort selber Personal, das so eine Reise auch gut organisieren könnte und auch für die nötigen Übersetzungen sorgen etc. Ja, meine Zeit ist um, ich hätte noch eine Reihe von Themen, die anzusprechen wären, eines vielleicht noch zum Schluss, ganz kurz. Es geht ja auf österreichischer Ebene zur Zeit darum, dass wieder einmal Budgets vereinbart werden und es ist schon angesprochen worden, die österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist zwar knapp an die 50 % offiziell, in Wirklichkeit sind es 0,2%, und es wäre ganz wichtig, wenn Sie Ihre Kollegen im Nationalrat bzw. auch in der Regierung gewinnen könnten, hier endlich wirkliche Schritte in der Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit zu setzen. Das ist jetzt nötig, denn es geht darum, dass die Budgets der nächsten 4 Jahre zu planen, wenn auch nur das nächstjährige beschlossen wird. Und es werden auf jeden Fall Gelder in einer Größenordnung von 250 Millionen Euro für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit ganz dringend nötig und nicht so, wie es im letzten Jahr war, dass man vielleicht so um die 10 Millionen Euro hergibt. Also es geht um wirklich gravierende Änderungen in Dimensionen. Bemühen Sie sich bitte in Ihren Parteien, da wirklich für Veränderungen zu sorgen. Ich danke Ihnen. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Gross: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Magistra Michaela Königshofer. Bitte um Ihre Ausführungen.

Mag. Michaela Königshofer: Ja, ich habe es nicht lassen können, diesen schönen Rahmen und diesen schönen Raum noch mal kurz zu nutzen und zwar möchte ich einfach als Vertreterin von Südwind hier in der Steiermark Sie noch einmal herzlich einladen, nach dem Ende dieser Enquete sich noch einmal in den Hof zu bewegen und Sie kurz mit den Global Development Coals auseinanderzusetzen, ich denke, das ist eine sehr nette Plakatausstellung, die unten heute hängt und ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, es ist ja nicht mehr viel Zeit. Diese Ziele sollten eigentlich bis 2015 umgesetzt werden. Und ich glaube, ein besonderes Ziel, was auch für den Landtag hier wichtig sein kann, ist einfach die globale Partnerschaft, also das Ziel 8. Und ich glaube, da ist einfach eine wichtige Möglichkeit, auf die ich jetzt noch einmal hinweisen möchte, ist einfach die Förderung von fairen Produkten, auch hier im Haus, und ich glaube, da hat einfach der Landtag eine sehr wichtige Vorbildfunktion, wo ich denke, die er wirklich wahrnehmen soll und das möchte ich noch einmal herausstreichen, dass eben das sehr wichtig wäre, hier weiterzuarbeiten und es gibt ja schon eine gute Basis, wie man gehört hat, einfach an dieser Umsetzung arbeitet. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsidentin Gross: Als nächste Wortmeldung liegt mir vor, eine Wortmeldung der Frau Magistra Amara Dissanayake, entschuldigen Sie, falls ich es falsch ausgesprochen habe. Bitte, Sie sind am Wort.

Mag. Amara Dissanayake: Hallo, hören Sie? Okay, gut. Vor 6 Jahren war ich auch, glaube ich, das erste Mal auch so was dabei. Da war ich eine Mitarbeiterin noch von Welthaus, aber heute stehe ich nicht von Welthaus weder von niemandem. Heute bin ich da als freier Mensch. Deshalb habe ich gesagt, ich habe in Klammer geschrieben, freier Mensch! Und ich bin eigentlich eine Soziologin und so, nur eines habe ich mir gedacht, ich habe nicht vorbereitet, nur die alle sind, die ich hier bekommen habe, was ich nur einmalgedacht habe, während ich alles zugehört habe, 1. Welt, 2. Welt, 3. Welt, und meine Frage: Heute nach Hause gehen und nachdenken, wo können Sie das finden? Im Globus? 1. Welt, 2. Welt, 3. Welt. Wenn Sie das finden können, dann haben Sie was gewonnen. Und zweitens, ich glaube Sie sind meistens – ich bin eigentlich geborene Buddhistin, aber wir sind freie Menschen. Es ist mir egal, wer, was wann. Nur, was wir nicht vergessen sollen ist: Wir sind Menschen, ob katholisch oder egal, sagt man schon „Brüder“ und „Schwestern“, „Nächstenliebe“, schöne Worte.

So, wir haben viele Fehler gemacht in der Geschichte als Europa, oder keine Ahnung. Sie kennen schon Ihre Geschichte besser als ich. So, jetzt haben wir alle eine Chance, wenn wir uns alle retten wollen, dann haben diese Kraft meistens Europäer, weil, wer Geld hat, der hat ein bisschen mehr Macht, Wissen und alles. Nur eines, was ich nur sagen möchte ist, dass ich auch in der Steiermark lebe und Gerechtigkeit – ist egal wo – wenn es ungerecht ist, ist es ungerecht, oder? Ja, so, damit – ich nehme mir nicht so viel Zeit, weil ich weiß, alle sind so müde und so kann man so helfen heute. Da habe ich nur nachgedacht: Wie viel Volt verbrauchen diese Lichter? Wenn wir was ändern wollen in der Steiermark, wenn wir ein bisschen frische Luft brauchen, wir müssen nicht so viel Volt verbrauchen, das ist auch Verschwendung. Danke.
(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Gross: Danke auch für diese Wortmeldung. Herr Mag. Dietmar Schreiner hat sich noch einmal zu Wort gemeldet von Welthaus – bitte.

Mag. Dietmar Schreiner: Dankeschön, so kann ich meine 5 Minuten natürlich verlängern. Es ist vorher auch schon angesprochen worden, dass zumindest ventiliert wurde, dass dieser entwicklungspolitische Unterausschuss auch weiterhin bestehen soll und weiterarbeiten soll. Also wir würden das von Seiten der NGO's ganz ganz stark begrüßen und ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass ich die Richtung, in die dieser Unterausschuss arbeiten sollte, immer in 2 verschiedenen Perspektiven sehe. Das eine ist natürlich die Arbeit hier in der Steiermark, im Speziellen im Steiermärkischen Landtag, wo ich mir denke, wo es sicher einmal sinnvoll wäre zu reflektieren, das was im entwicklungspolitischen Beirat ja auch schon geschehen ist: Wie hat diese Arbeit in den letzten Jahren und Jahrzehnten statt gefunden und wo sind die zukünftigen Herausforderungen also sowohl in der Arbeit in den Entwicklungsländern, aber auch ganz speziell in der politischen Bildungsarbeit und Informationsarbeit hier in der Steiermark? Also ich denke, das wäre so die eine Richtung, an die man denken sollte, das Zweite ist aber immer das, was ich vorhin schon

angesprochen habe: Die Österreichebene, die Ebene der Bundesregierung, die ja primär für die Entwicklungsarbeit eigentlich zuständig ist. Und hier denke ich mir, macht es doch einen Sinn, wenn man auch vonseiten des Steirischen Landtages sich immer wieder auch thematisch einbringt. Das heißt, man kann ja durchaus an die Regierung auch Forderungen stellen, also ich denke da zum Beispiel in der Gestaltung der OEZA. Also auch das, was schon angeklungen ist, inwieweit Militäreinsätze dann berechnet werden, oder inwieweit der sogenannte Page support, also die direkte Finanzauszahlung an Regierungen anderer Länder gemacht werden oder nicht, wie stark NGO's einbezogen werden sollen in die österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Oder auch diese Fragen in Richtung Wirtschaft und Entwicklung, wo wir heute von Dr. Zeiler eine Information von einem schmalen Ausschnitt bekommen haben, der aber für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Also da denke ich mir, wäre es wirklich wichtig, auch für die gesamtösterreichische Entwicklungszusammenarbeit, wenn vonseiten des Steirischen Landtages immer wieder auch Forderungen kämen, Empfehlungen kämen. Da gibt es auch noch eine Reihe von Punkten wie beispielsweise auch die Frage der Steuerbefreiung für Spendenmittel an die Entwicklungszusammenarbeit. Das ist auch etwas, was es seit Jahren auf österreichischer Ebene diskutiert wird, aber eigentlich dann immer wieder vonseiten des Finanzministeriums verhindert wird und was uns NGO's doch Einiges an Vorteilen bringen würde, wenn das möglich wäre. Also wie gesagt, um nur hier einige dieser Themen aufzuzeigen, die eigentlich jetzt schon anstehen und notwendig wären, dass sie behandelt wären. Ich glaube, da wäre es wirklich wichtig vom Unterausschuss her über den Landtag dann immer wieder Sachen auf die Österreichebene auch einzubringen. Dankeschön. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsidentin Gross: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und ich darf damit die Diskussion hier und für heute für beendet erklären. Wir sind nun am Ende dieser heutigen Enquete angekommen und ich danke allen Referentinnen und Referenten, allen Expertinnen und Experten, aber auch allen Rednerinnen und Rednern recht herzlich für ihre hochinteressanten Beiträge. Ich bin davon überzeugt, dass Sie – wie Monsignore Schüller schon festgehalten hat – auch dem Landtag Steiermark Orientierungshilfe sind. Ich danke auch den Damen und Herren auf der Tribüne, die mit großer Aufmerksamkeit dieser Veranstaltung gefolgt sind und noch immer folgen. Nicht zuletzt danke auch ich den Stenotypistinnen, den Herren, die im Hintergrund für einen guten Ton und die Übertragung im Internet verantwortlich gezeichnet haben und der Präsidialkanzlei mit dem gesamten Team, die die Enquete vorbereitet hat. Ich weise darauf hin, meine Damen und Herren, dass eine Publikation dieser Veranstaltung im Internet, sowie in der Schriftenreihe des Landtages Steiermark erfolgen wird.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Enquete, wünsche unseren aus nah und fern angereisten Gästen eine gute Heimreise, danke nochmals für die interessanten Beiträge und für die rege Teilnahme auch an der Diskussion und erkläre die Enquete zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit“ für beendet. *(Allgemeiner Beifall –*

Ende der Enquete : 16:43 Uhr